

1979

Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg

Terrorismus
Linksextremismus
Rechtsextremismus
Ausländerextremismus
Spionageabwehr



Baden-
Württemberg



INNENMINISTERIUM



Mit freundlichen Grüßen übersandt

SPD-Landtagsfraktion

Haus des Landtags

Konrad-Adenauer-Straße 3

7000 Stuttgart 1

11.5.81

Valerbaes

i. A.

Vorwort



*Prof. Dr. Roman Herzog,
Innenminister*



*Robert Ruder,
Staatssekretär*

Die Hilflosigkeit, mit der die Weimarer Demokratie ihren Feinden begegnete, hat die Väter des Grundgesetzes bewogen, den Verfassungsschutz als Instrument einer abwehrbereiten Demokratie einzurichten. Sie haben aber zugleich das Aufgabenfeld dieser Institution klar eingegrenzt: Der Verfassungsschutz hat daher keine polizeilichen Befugnisse. Er klärt vielmehr auf, sammelt Informationen und wertet diese aus.

Vor den Bürgern hat der Verfassungsschutz nichts zu verbergen. Dies zeigt erneut der vorliegende Bericht, mit dem die Landesregierung unterstreicht, welche Bedeutung sie der Aufklärungsarbeit im Bereich des politischen Extremismus zumißt. Der Bericht leistet einen wichtigen aktuellen Beitrag zur politischen Bildung. Er soll insbesondere die jungen Bürger befähigen, die geistig-politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten des politischen Extremismus selbst aktiv mitzugestalten.

Für Vorbehalte, die ein Teil der jungen Generation gegenüber dem Verfassungsschutz zum Ausdruck bringt, besteht kein vernünftiger Grund. Kritische Meinungsäußerungen zu politischen Fragen in Schulen und Universitäten interessieren den Verfassungsschutz nicht. Anlaß zur Furcht vor dem Verfassungsschutz könnten allenfalls diejenigen haben, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung mit Wort und Tat planvoll bekämpfen. Daß gerade sie nicht ängstlich sind, sondern die auch ihnen von der

Verfassung eingeräumten Rechte bis an die Grenze des für einen Rechtsstaat Erträglichen ausschöpfen, haben sie gerade in jüngster Zeit wieder bewiesen. Auch für die innere Sicherheit gilt der Leitsatz: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“.

Den Mitarbeitern, die im Bereich des Verfassungsschutzes tätig sind, danken wir für die Erfüllung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe. Der Name „Verfassungsschutz“ verpflichtet. Wie in keinem anderen Bereich der staatlichen Verwaltung müssen gerade die Beamten des Verfassungsschutzes sich in ihrer Tätigkeit tagtäglich an dem Ihnen anvertrauten hohen Schutzgut messen lassen. Ihre Arbeit verdient daher besondere Anerkennung.

Herzog

R. Rühl

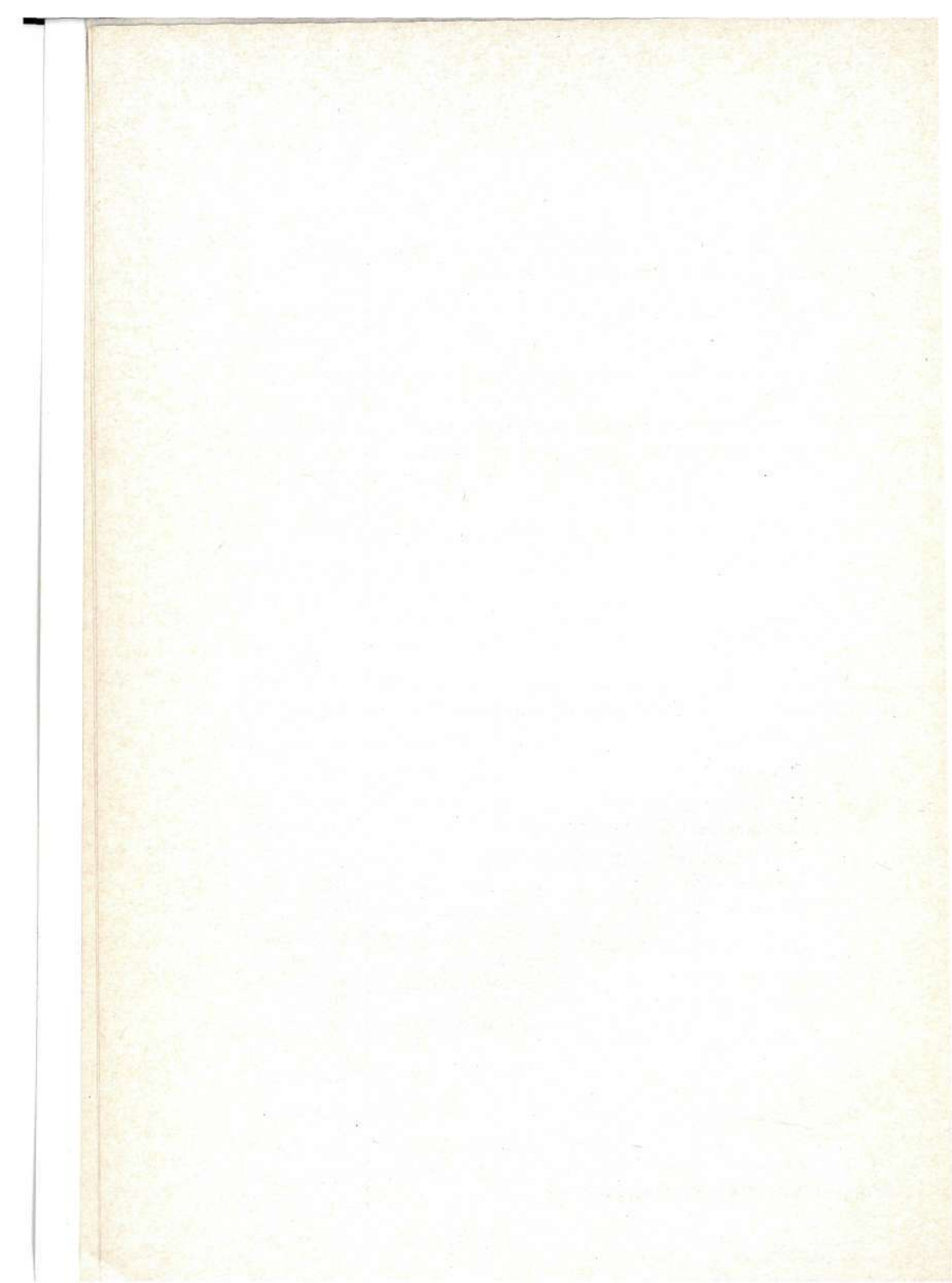
Inhalt

	Seite
A. Rechtliche Grundlagen	7
1. Grundgesetz	7
2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg	7
3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	10
B. Verfassungsschutz durch Aufklärung	13
C. Bericht	
I. Linksextremistische Bestrebungen	15
1. Allgemeiner Überblick	15
1.1 Terrorismus	15
1.2 Linksextremistische Gruppierungen	16
2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus	18
2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerbereich	18
2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)	18
2.1.2 Unterstützerbereich der RAF	20
2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)	27
3. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“	28
3.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	28
3.1.1 Organisation	30
3.1.2 Mitglie derbewegung und Publikationswesen	32
3.1.3 Aktivitäten	32
3.1.4 Die „Massenorganisationen“ des KBW	35
3.2 „Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)	36
3.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	40
3.4 „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)	43
3.5 „Kommunistischer Bund“ (KB)	44

	Seite
3.6 „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)	46
3.7 „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM)	47
3.8 Sonstige trotzkistische Vereinigungen	48
4. Organisationen der „Alten Linken“	48
4.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	48
4.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	55
4.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	58
4.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen	58
5. Zur Situation an den Hochschulen des Landes	60

II. Rechtsextremistische Bestrebungen	64
1. Allgemeiner Überblick	64
2. Neonazismus	66
2.1 Allgemeiner Überblick	66
2.2 NS-Gruppen im Bundesgebiet	67
2.3 NS-Gruppen in Baden-Württemberg	70
2.3.1 „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ (DVG)	70
2.3.2 „Kampfgruppe Priem e.V.“ (KGP)	71
2.4 Neonazistischer Terrorismus	71
2.5 Neonazistische Ausschreitungen	72
2.6 Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivisten	75
2.7 Verbindungen zu ausländischen NS-Gruppen	76
3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	77
3.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	80
4. „National-Freiheitliche Rechte“	81
5. Rechtsextremistische Jugendorganisationen	83
5.1 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)	83
5.2 „Wiking-Jugend e.V.“ (WJ)	84
6. Rechtsextremistische Publizistik	86

	Seite
III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer	87
1. Allgemeiner Überblick	87
2. Türken	90
2.1 Orthodox-kommunistische türkische Organisationen	90
2.2 Türkische Organisationen der „Neuen Linken“	92
2.3 Rechtsextremistische türkische Vereinigungen	93
3. Iraner	95
4. Araber	96
5. Griechen	98
6. Italiener	99
7. Jugoslawen	101
IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionage- bekämpfung	103
1. Allgemeiner Überblick	103
2. Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste	105
2.1 Werbungen, Werbungsversuche 1979	105
2.2 Aufträge 1979	105
2.3 Erkenntnisfälle 1979	106
3. Die Werbung von Agenten	106
3.1 Kontaktanlässe	106
3.2 Werbungsverfahren	108
4. Die Führung von Agenten	108
5. Einzelfälle	109
6. Folgerungen	110
Gruppen- und Organisationsregister	



A. Rechtliche Grundlagen

1. Grundgesetz

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ... zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg

(Landesverfassungsschutzgesetz – LVSG)
Vom 17. Oktober 1978 (GBl. S. 553)

§ 1

Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

§ 2

Zuständigkeit

- (1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden vom Landesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Amt hat seinen Sitz in Stuttgart; es untersteht dem Innenministerium und ist ausschließlich für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zuständig.
- (2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.
- (3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

§ 3

Aufgaben des Verfassungsschutzes

(1) Die Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimzuhaltenden Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Anforderung der Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen.

§ 4

Befugnisse des Verfassungsschutzes

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, ist das Landesamt für

Verfassungsschutz innerhalb der durch das Recht gesetzten Schranken berechtigt, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die nachrichtendienstlichen Mittel anzuwenden, die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich erscheinen.

(2) Dem Landesamt für Verfassungsschutz und seinen Angehörigen stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

§ 5

Amtshilfe und Auskunftserteilung

(1) Die Behörden und Einrichtungen des Landes, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Landes und das Landesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über alle Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahin gehende Vorbereitungshandlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind; die Polizeidienststellen und -behörden übermitteln darüber hinaus auch alle ihnen bekannten Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1.

§ 6

Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf seine Erkenntnisse nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Die Entscheidung über die Weitergabe trifft der Innenminister oder sein ständiger Vertreter.

§ 7

Parlamentarische Kontrolle

(1) Das Innenministerium unterrichtet den Ständigen Ausschuß des Landtags über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes halb-

jährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlaß.

(2) Art und Umfang der Unterrichtung des Ständigen Ausschusses werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ständigen Ausschuß bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Ständigen Ausschuß oder aus dem Landtag.

(4) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Innenministerium das Gremium nach Artikel 10 Grundgesetz zu unterrichten hat.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der vorläufigen Regierung über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz vom 10. November 1952 (GBl. S. 49) außer Kraft.

3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682),
geändert durch Gesetz vom 7. August 1972
(BGBl. I S. 1380)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder in sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

B. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Vorträge und Diskussionen zu Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes

Kontaktanschrift:
Innenministerium
Baden-Württemberg –
Referat ‚Verfassungsschutz‘ – Postfach 277
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11/20723768
oder 20723743

Der Schutz unserer Verfassungsordnung wird nicht nur dadurch erreicht, daß die Verfassungsschutzbehörden Aktivitäten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen beobachten, auswerten und Regierung und Parlament davon unterrichten, sondern insbesondere auch dadurch, daß die Bürger selbst über Strategie und Taktiken extremistischer Vereinigungen informiert werden.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus kann auf lange Sicht wirkungsvoll nicht nur repressiv vom Staat, sie muß auch geistig-politisch von den Bürgern geführt werden. Dies setzt qualifizierte Information voraus.

Von dieser Überlegung ausgehend beschloß die Innenministerkonferenz am 9. Dezember 1974 die Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. Sie umfaßt Information und Aufklärung über

- die Verfassung, insbesondere über die Rechte, Pflichten und politische Beteiligungsmöglichkeiten, die sie den Bürgern einräumt,

- extremistische Strategien und Aktionen, über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen im Sinne der Verfassungsschutzgesetze und ihre ideologischen Hintergründe,

- gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Probleme des Verfassungsschutzes.

In Baden-Württemberg werden die Aufgaben des Verfassungsschutzes durch Aufklärung vom Referat „Verfassungsschutz“ im Innenministerium wahrgenommen. Im Rahmen der Konzeption bietet das Innenministerium an, einen Referenten zu Vorträgen und Diskussionen über Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes zu entsenden. Die entstehenden Kosten trägt das Innenministerium. **Das Angebot richtet sich an alle Träger der politischen Bildungsarbeit, an Lehrer, Studenten und Schüler, an Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildung, an politische Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an kirchliche Institutionen.**

Vorschläge für Vortrags- bzw. Diskussionsthemen:

- Verfassungsschutz und Grundrechte
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise der Ämter für Verfassungsschutz
- Das Landesverfassungsschutzgesetz vom 17. Oktober 1978
- Befugnisse und parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes
- Verfassungsschutz und Datenschutz

- Extremistenbeschluß: Rechtslage und Durchführung
- Spionageabwehr der Ämter für Verfassungsschutz
- Terrorismus
- K-Gruppen
- Orthodoxer Kommunismus
- Alte Rechte
- Neonazistische Gruppen
- Ausländerextremismus.

} Strategien
und ideologische
Hintergründe

Interessenten für Vorträge oder Diskussionen können sich an die oben angegebene Kontaktanschrift wenden.

C. Der Bericht

I. Linksextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

1.1 Terrorismus

Obwohl im Jahre 1979 in der Bundesrepublik Deutschland keine neuen folgenschweren Terroranschläge von Kommandos der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) zu verzeichnen waren, muß davon ausgegangen werden, daß die im Untergrund operierenden „bewaffneten Kader“ weitere Aktionen planen und vorbereiten. Dies wird vor allem durch erkannte Vorbereitungshandlungen, durch das Auffinden mehrerer konspirativer Wohnungen sowie durch die Festnahme einiger Mitglieder des harten Kerns der RAF (Angelika SPEITEL, Michael KNOLL und Willy Peter STOLL) belegt. Im Zusammenhang mit dem Erkenntnisbild und den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gesehen, kann dies nur bedeuten: die terroristische Bedrohung der führenden Repräsentanten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dauert auf gegenwärtig nicht absehbare Zeit an.

Es deutet alles darauf hin, daß die RAF nach wie vor im gesamten Bundesgebiet aktiv ist. 1978 gab es zahlreiche Hinweise, die den westdeutschen Raum, besonders die Region Rhein-Ruhr, als Operationsbasis der illegalen Kommandos auswiesen. Ab dem Frühjahr 1979 wurden dann stärkere Aktivitäten im süddeutschen Raum bekannt. So zum Beispiel die Banküberfälle am 19. März 1979 in Darmstadt und am 17. April 1979 in Nürnberg, die Festnahmen in Nürnberg (4. Mai 1979) und Frankfurt (9. Juni 1979) sowie die ab April 1979 in Süddeutschland entdeckten konspirativen Wohnungen.

Die am 19. November 1979 erfolgte Festnahme von Rolf Klemens WAGNER in Zürich läßt zudem keinen Zweifel mehr daran zu, daß die vier im Mai 1978 in Jugoslawien festgenommenen und im November des gleichen Jahres wieder auf freien Fuß gesetzten mutmaßlichen Terroristen Brigitte MOHNHAUPT, Sieglinde HOFMANN, Peter Jürgen BOOCK und Rolf Klemens WAGNER erneut im terroristischen Untergrund aktiv geworden sind. Angesichts der unbestrittenen Führungsfunktion, die Brigitte MOHNHAUPT nach ihrer Haftentlassung am 8. Februar 1977 zugewachsen war, haben die illegalen Kader der RAF dadurch wieder eine spürbare personelle Verstärkung erfahren.

Im Gegensatz zu der mit ihrer „Globalstrategie“ sich als Teil des weltweiten „bewaffneten antiimperialistischen Kampfes“ verstehenden RAF halten die **Revolutionären Zellen (RZ)** an ihrem Ziel

Die terroristische Bedrohung unseres Staatswesens durch in der Illegalität operierende Kommandos der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) dauert an.

„Revolutionäre Zellen“ (RZ) halten an ihrem Konzept des „revolutionären Kleinkrieges“ fest.

fest, mit „vielen selbständigen Zellen“ den „Widerstand (auf tausend Ebenen“ zu organisieren.

„... Das Prinzip, viele selbständige Widerstandszellen zu gründen, ist richtig, weil das gewährleistet, daß jede Zelle ihre eigene Politik macht, daß sich die vielfältigsten Initiativen und Kampagnen entwickeln und weil es für die Bullen keine Methode gibt, diese Struktur aufzurollen. Man kann dafür keine Fahndungsraster aufstellen, das einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall.“

Im 2. Halbjahr 1978 war es allerdings gelungen, die bis dahin weitgehend im Dunkeln liegende Organisationsstruktur der „Revolutionären Zellen“ aufzuhellen. Aufgrund der sich daran anschließenden verstärkten Fahndungsmaßnahmen ging die Zahl der Anschläge „Revolutionärer Zellen“ seitdem deutlich zurück. Auch blieb die seit Mai 1975 regelmäßig einmal im Jahr konspirativ gedruckte und verbreitete Zeitung der RZ, „Revolutionärer Zorn“, im Jahre 1979 aus, nachdem es im April 1978 sogar noch eine sogenannte Praxis-Sondernummer gegeben hatte. Diese äußeren Anzeichen lassen den vorläufigen und vorsichtigen Schluß zu, daß den Sicherheitsbehörden eine gewisse Verunsicherung des RZ-Potentials gelungen war.

Dennoch findet das auf „Massenwirksamkeit“, auf das „Nachmachbare“ zielende Konzept dieser terroristischen Gruppierung unverändert Nachahmer. Die in den vergangenen Monaten im Bundesgebiet verübten Sprengstoff- und Brandanschläge zeigen, daß „Revolutionäre Zellen“ nach einer Phase des Stillhaltens wieder zu terroristischen Aktionen übergegangen sind.

1.2 Linksextremistische Gruppierungen

Die von den dogmatisch ausgerichteten Organisationen der „**Neuen Linken**“ ausgehende aktuelle Gefährdung der inneren Sicherheit hat sich im Jahre 1979 spürbar abgeschwächt. Fast ausnahmslos mußten die maoistisch, albanisch und trotzkistisch orientierten Vereinigungen und Parteien Rückschläge hinnehmen; zugleich hat ihre ohnehin begrenzte Resonanz in der Bevölkerung – insbesondere bei den seit Jahren umworbenen „Werkträgern“ – weiter nachgelassen. Die Folge war, daß – wie bereits 1978 – die Zahl derer, die diese Gruppierungen aus Enttäuschung oder Verbitterung verlassen haben, insgesamt wiederum höher war als die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder. Solche personellen Verluste trafen vor allem „kampferfahrene“ Parteien wie die **„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“** (Gründung: 1968) und die **„Kommunistische Partei Deutschlands“** (Gründung: 1970); diese sah sich schließlich Anfang März 1980 gezwungen, sich aufzulösen. Beide Organisationen hatten vor Jahren noch Tausende von Anhängern zu teilweise überaus spektakulären und gewalttätigen Aktionen zu

Die Schlagkraft der Organisationen der „Neuen Linken“ hat nachgelassen.

mobilisieren vermocht. Auch der in den vergangenen Jahren durch besondere Militanz bei den Auseinandersetzungen in Brokdorf und Grohnde überregional bekanntgewordene „**Kommunistische Bund**“ (KB) verlor mehr als die Hälfte seiner Mitglieder. Lediglich dem relativ jungen „**Kommunistischen Bund Westdeutschland**“ (Gründung: 1973), der ebenfalls von Austritten führender Funktionäre und zahlreicher Mitglieder nicht verschont blieb, gelang es, sein Mitgliederpotential zum Teil durch die Übernahme von Angehörigen seiner Hilfs- und Nebenorganisationen wieder leicht zu vergrößern. Er ist mit 2400 Personen die weitaus stärkste Gruppierung der „Neuen Linken“.

Unübersehbar war ferner, daß der Versuch, ehemalige Angehörige maoistischer Gruppen in einer neuen Organisation aufzufangen, ebenfalls auf Schwierigkeiten stieß. Die zu diesem Zweck im Jahre 1979 vor allem auf Betreiben früherer Mitglieder und Funktionäre des KBW gebildeten „**Komitees für Demokratie und Sozialismus**“ (KDS) waren bis zum Jahresende noch nicht in der Lage, aus den einzelnen lokalen Zirkeln einen organisatorisch stabilen Verband zu formen.

Mitgliederentwicklung der wichtigsten Gruppen der „Neuen Linken“

	1974	1975	1976	1977	1978	1979
KPD	700	900	700	700	550	400
KPD/ML	700	800	800	800	600	500
KBW	1700	2000	2500	2500	2300	2400
KB	800	800	1500	1700	1400	600

Trotz leichter Mitgliederverluste bleibt die orthodox-kommunistische „Alte Linke“ die stärkste politisch extreme Kraft.

Erstmals seit ihrer „Neukonstituierung“ im Jahre 1968 mußte auch die größte Organisation der „**Alten Linken**“, die „**Deutsche Kommunistische Partei**“ (DKP), leichte Mitgliederverluste hinnehmen. Die Tätigkeit der Partei im Bundesgebiet wurde 1979 von etwa 40000 Mitgliedern (1978: 42000) getragen. Der Rückgang der Zahl der organisierten Anhänger ist teilweise eine Folge der „Bestandsbereinigung“, zu der sich die DKP im Zuge des Umtausches aller Mitgliedsbücher veranlaßt sah. Führende Funktionäre äußerten sich wiederholt unzufrieden darüber, daß aus dem „Produktionsbereich“ nur wenige neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Im Jahr 1980 will die Partei daher verstärkte Anstrengungen zur Werbung von „Tausenden von Betriebsarbeitern“ unternehmen.

Unverändert hält die DKP an ihrer Bündnistreue gegenüber den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und der DDR sowie an dem im Programm von 1978 festgelegten Endziel, die „Macht- und Besitzverhältnisse“ in der Bundesrepublik Deutschland „revolutionär“ umzugestalten, fest. Ihre vielfältigen Aktivitäten waren deshalb erneut – wenn auch weitgehend erfolglos – darauf gerichtet, die Voraussetzungen für die Herbeiführung „grundlegender Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse“ in der

Bundesrepublik Deutschland zumindest in Teilbereichen zu schaffen. Die DKP setzt zugleich ihre Bemühungen fort, von ihren verfassungsfeindlichen Bestrebungen dadurch abzulenken, daß sie ständig den demokratischen Parteien vorwirft, ihre Politik führe zur Aushöhlung des Grundgesetzes.

2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus

Der Banküberfall in Zürich am 19. November 1979 durch „bewaffnete Kämpfer der RAF“, der erneut ein Menschenleben forderte, erhellte schlaglichtartig die fortdauernde Bedrohung der inneren Sicherheit durch terroristische Gewalttäter. Die der „Geldbeschaffung“ dienende Aktion hat darüber hinaus die bedenkenlose Brutalität des Vorgehens der deutschen Terroristen verdeutlicht. Bei der Tötung der völlig unbeteiligten Passantin wurde wiederum in eklatanter Weise gegen den politischen Anspruch der Ideologen der frühen RAF verstoßen, die mit der Forderung angetreten waren: „Aktionen der Guerilla richten sich niemals gegen das Volk!“ Der bewaffnete Überfall von Zürich unterstreicht damit aufs Neue, daß die RAF auch die letzte von ihr ursprünglich lautstark beanspruchte „politische Motivation“ aufgegeben hat zugunsten eines blindwütigen Aktionismus um jeden Preis.

2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützsbereich

2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Die RAF befindet sich nach den schweren Terrorakten des Jahres 1977, die letztlich mit einem „Mißerfolg“ endeten und die wegen der Entführung der Lufthansamaschine teilweise sogar Kritik in den eigenen Reihen auslösten, in einer Ruhe- und Regenerationsphase, die zugleich der Vorbereitung neuer Aktionen dient. Immerhin führten die Fahndungserfolge seit Herbst 1978 auch – zumindest zeitweise – zu einer personellen Schwächung der im Untergrund operierenden „Kommandos“:

Festnahmen mutmaßlicher Terroristen

6. September 1978	STOLL, Willy Peter (†)
24. September 1978	SPEITEL, Angelika KNOLL, Michael (†)
4. Mai 1979	von DYCK, Elisabeth (†)
9. Juni 1979	HEISSLER, Rolf
19. November 1979	WAGNER, Rolf Klemens

Hauptträger terroristischer Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland sind unverändert die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ (RZ).

Im Jahre 1979 konnten die Sicherheitsbehörden im In- und Ausland 16 Personen unter dem Verdacht, einer terroristischen Vereinigung angehört oder diese unterstützt zu haben, festnehmen. Ende 1979 waren 86 dem terroristischen Bereich zuzurechnende Aktivisten inhaftiert, davon 12 in Baden-Württemberg. Dem illegalen Flügel der RAF sind derzeit etwa 15 im Untergrundkampf erfahrene Personen zuzurechnen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Terroranschlägen des Jahres 1977 beteiligt waren und die von mehreren Mitgliedern der „**Bewegung 2. Juni**“ unterstützt werden.

Fahndungsplakat des
Bundeskriminalamts –
Ausgabe November
1979

Terroristen



**ALBRECHT
Susanne**

28 Jahre
Größe: 1,96 cm
2 Muttermale links
am Hals, Leberleck
unter linkem Auge,
Stimmengraben



**HOFMANN
Juliane**

34 Jahre
Größe: 1,87 cm
gr. lin. Muttermal
auf linker Wange und
rechtem Mundwinkel,
Narbenverwundung
auf Nasenrücken



**PLAMBECK
Juliane**

27 Jahre
Größe: 1,76 cm



**BARABASS
Ingrid, Ursula**

27 Jahre
Größe: 1,67 cm
2 kleine Wunden auf
linker Stirnseite



**KLAR
Christian**

27 Jahre
Größe: 1,82 cm
ausgeprägter Adamsapfel,
zeitweise Brillenträger



**SCHULZ
Adelheid**

24 Jahre
Größe: 1,63 cm
2 Muttermale auf
rechter Wange,
zeitweise Brillenträgerin



**BOOCK
Peter, Jürgen**

28 Jahre
Größe: 1,72 cm
3 Muttermale auf
rechter Halsseite,
Narbe Narbe am
Nasenrücken



**KRABBE
Friederike**

29 Jahre
Größe: 1,72 cm
kurz, zeitweise gestrichelte
Brille



**SIEPMANN
Ingrid**

35 Jahre
Größe: 1,71 cm
Leberleck rechts über
den Oberlippe



**DÜMLEIN
Christine**

30 Jahre
Größe: 1,72 cm



**LOTZE
Werner, Bernhard**

27 Jahre
Größe: 1,74 cm



**STERNEBECK
Sigrid**

30 Jahre
Größe: 1,69 cm



**FRIEDRICH
Baptist, Ralf**

33 Jahre
Größe: 1,81 cm
Muttermal an linker
Stirn- und Wangenseite



**MAIER-WITT
Silke**

29 Jahre
Größe: 1,71 cm



**VIETT
Inge**

35 Jahre
Größe: 1,63 cm
Narbe am rechten
Zungenrücken (1 cm lang),
3 Glanz, Fingerunterseite,
zeitweise Brillenträgerin



**HELBING
Monika, Brigitte**

26 Jahre
Größe: 1,70 cm
2 Muttermale (Wunden)
oberhalb des linken
Mundwinkels, Muttermal
links vom Kehlkopf,
kurz, zeitweise gestrichelte
Brille



**MOHNHAUPT
Brigitte**

30 Jahre
Größe: 1,62 cm
Brillenträgerin



**WAGNER
Rolf, Klemens**

36 Jahre
Größe: 1,76 cm
Narbe an linker
Kinnwinkel (3 cm),
Brillenträger

Für Hinweise, die zur Ergreifung einer der gesuchten Personen führen, sind je 50 000 DM als Belohnung ausgesetzt, die unter Ausschluß des Rechtsweges zuerkannt und verteilt werden. Die Belohnungen sind nicht für Personen bestimmt, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört.

Vorsicht Schußwaffen!

Hinweise, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt jede Polizeidienststelle entgegen

Herausgeber: Ulf Vögelge, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. Druck: Bundesdruckerei, Berlin. Ausgabe November 1979.

Besonders augenfällig ist dabei der in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegene Anteil der Frauen in den illegalen Kadern: Ende 1979 waren 13 der 17 meistgesuchten mutmaßlichen Terroristen Frauen.

Die Spurenauswertung hinsichtlich zahlreicher in jüngerer Zeit im Bundesgebiet enttarnter konspirativer Wohnungen bestätigt die

Entdeckte konspirative Wohnungen

8. September 1978	Düsseldorf, Augusta-Str. 28
2. Oktober 1978	Hamburg, Eilbecker Weg 14
1. November 1978	Dortmund, Baumstr. 29
6. Januar 1979	Düsseldorf, Mindener Str. 35
29. Januar 1979	Hamburg, Papenhuder Str. 9
25. April 1979	Nürnberg, Stephanstr. 40
8. Juni 1979	Frankfurt, Textorstr. 79
13. Juli 1979	Frankfurt, Im Sachsenlager 11
22. November 1979	Mannheim, 07, 9 (Horten Passage)

Annahme, daß die RAF sich nach wie vor auf eine funktionsfähige Logistik stützen kann. Offensichtlich bestehen aber drängende Probleme in bezug auf Barmittel. Nur so sind sie – jeweils mit einem erheblichen Risiko verbundenen – Banküberfälle („Enteignungsaktionen“) der letzten Monate zu erklären.

Banküberfälle mit terroristischem Hintergrund

19. März 1979	Bank für Gemeinwirtschaft Darmstadt Beute: 49000,- DM
17. April 1979	Schmid-Bank Nürnberg Beute: ca. 200000,- DM
29. November 1979	Volksbank Zürich Beute: 473000 Schweizer Franken 335000 sfr bei Festnahme WAGNER gesichert

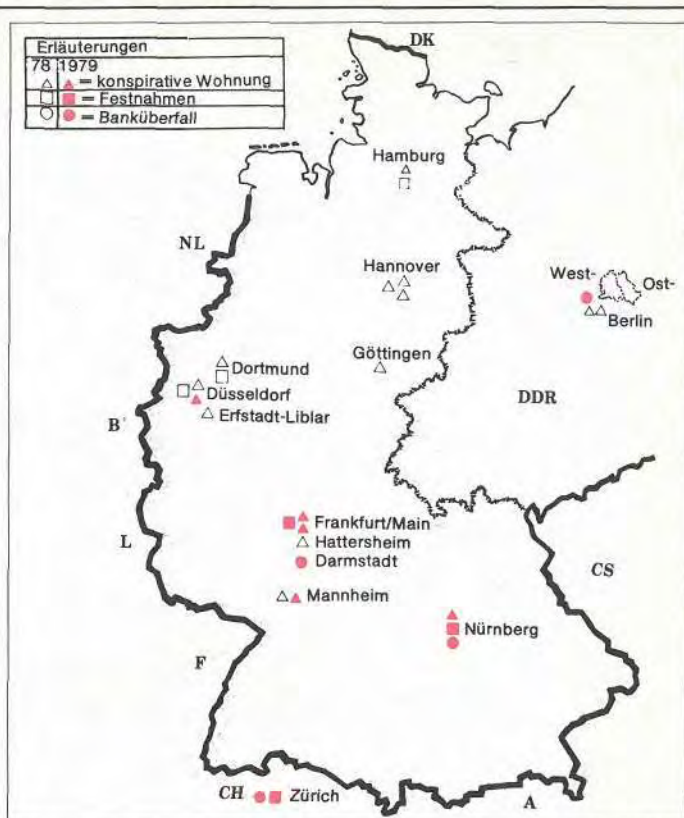
Bis zum Späthjahr 1978 fielen zahlreiche Erkenntnisse an, die das Rhein-Ruhr-Gebiet als hauptsächlichen Planungs- und Operationsraum der RAF auswiesen. Ab dem Frühjahr 1979 konnten dann insbesondere im süddeutschen Raum in wachsendem Maße Aktivitäten festgestellt werden.

2.1.2 Unterstützerebereich der RAF

Mit der zumindest zeitweiligen Verlagerung des Schwerpunktes der Untergrundtätigkeit der RAF in den süddeutschen Raum erhält die „halblegale“ und die „legale Ebene“ der Terroristen – also der eigentliche Unterstützer- und Sympathisantenbereich – gerade für Baden-Württemberg wachsende Bedeutung: Die unterstützenden Gruppierungen bilden seit Jahren das personelle Reservoir, aus dem die im Untergrund operierenden Kommandos ihren Nachwuchs rekrutieren.

Dabei hat sich seit geraumer Zeit im öffentlich artikulierten Selbstverständnis dieser Gruppen eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen: während früher eine lediglich „politische Unter-

Die Bedeutung der „legalen Ebene“ der RAF wächst.



stützung“ behauptet wurde, macht man in jüngerer Zeit keinen Hehl mehr daraus, daß man sich als integrierenden Bestandteil, als (noch) „legale Ebene“ der RAF versteht. Allerdings wird auch für die Öffentlichkeit immer klarer erkennbar, daß diese Gruppen die verschiedenen Ebenen der RAF, die „Illegalen“, die „Legalen“

in den letzten Jahren aus der „legalen Ebene“ abgetaucht:

Stuttgart

SPEITEL, Angelika und Volker
STOLL, Willy Peter
WACKERNAGEL, Christof
v. DYCK, Elisabeth
FRIEDRICH, Ralf

Karlsruhe

KLAR, Christian
HELBING, Monika
SCHULZ, Adelheid
SONNENBERG, Günter
FOLKERTS, Knut

Heidelberg

HAAG, Siegfried
TAUFER, Lutz
KRABBE, Hanna
KRABBE, Friderike

und die „gefangenen Kämpfer“, als eine Einheit betrachten. Bezeichnend dafür ist eine Ende März 1979 anlässlich des Beginns der Hauptverhandlung gegen die an der Besetzung des dpa-Büros in Frankfurt am 6. November 1978 beteiligten Personen herausgegebene Erklärung, in der es heißt:

„... Gegen eine Trennung durch den Staatsschutz von legalem und illegalem Kampf. Lassen wir uns nicht spalten in Legale und Illegale.“

Diese Unterstützer-Gruppen, denen ein nur schwer zu umgrenzender Personenkreis in mehreren Städten im Bundesgebiet, darunter in Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, zuzurechnen ist, greifen unter der Parole „DRINNEN – DRAUSSEN – LEGAL – ILLEGAL: EIN KAMPF!“ in verstärktem Maße zu Mitteln von begrenzter Militanz wie Besetzungsaktionen, um dadurch die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen:

KAMPF DEN VERNICHTUNGS- TRAKTS + DER INTERNIERUNG IN DER BRD + WESTEUROPA ★

**FÜR ZUSAMMENLEGUNG
DER GEFANGENGENOMMENEN
KÄMPFER AUS DER GUERRILLA!**

**FÜR DIE FREILASSUNG
ALLER INTERNIERTEN!**

DRINNEN ·

DRAUSSEN

LEGAL ·

ILLEGAL

EIN KAMPF! ★



Am 1. Mai 1979 in
Heidelberg und Neckar-
gemünd in größerer
Anzahl aufgefunden.

– So wurde in einem am 23. Januar 1979 in Heidelberg verbreiteten Flugblatt mit der Überschrift „Wir gehen nicht unter in Niederlagen, sondern in Kämpfen, die wir nicht führen“ unverhohlen dazu aufgerufen, die „Ebene des rein verbalen Protestes (zu) verlassen ...“, da sich Solidarität mit den politischen Gefangenen und mit den Befreiungsbewegungen nicht auf Flugblätter und Veranstaltungen beschränken kann“. Die Schrift schloß mit dem Aufruf, den „antiimperialistischen Kampf offensiv (zu) führen“.

– Am 9. März 1979 besetzten mehrere Angehörige des terroristischen Umfeldes in Heidelberg kurzfristig das dortige Amerika-Haus. Die Eindringlinge wollten damit angeblich ihre Solidarität mit dem „Kampf des iranischen Volkes gegen die Imperialisten, insbesondere die US-Militärberater“ zum Ausdruck bringen. In einem anlässlich der Aktion verteilten Flugblatt wurde behauptet:

„Die BRD versuchte im Inneren die Iran-Solidaritätsbewegung im Ansatz zu zerschlagen, indem sie vor Iran-Demos ganze Städte militärisch besetzte und Genossen/innen vorbeugend

einknastete; indem die imperialistischen Medien gezielte Falschmeldungen bringen wie z. B. die Volksmodjahedin seien Rechtsextremisten oder indem sie den Kampf der Revolutionäre als inneriranischen Konflikt darstellen und die wirkliche Front zwischen revolutionärer Bewegung und US-Imperialisten verschleiern. Das entspricht der Angst der BRD davor, daß sich die Bewegungen hier mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt zusammenschließen und sie dadurch mit einem Widerstand hier in der Metropole konfrontiert sind.“

– Nach dem Tod Elisabeth von DYCKs, die am 4. Mai 1979 den bei ihrer Festnahme in Nürnberg am gleichen Tag erlittenen Schußverletzungen erlegen war, kam es vor allem im Raum Heidelberg/Mannheim zu zahlreichen „Solidaritätsaktionen“ – vorwiegend Farbschmierereien –, die eine breitere Öffentlichkeit auf diesen „geplanten Mord der staatlichen Killerkommandos“ aufmerksam machen sollten:



– Am 9. Juni 1979 wurde der wegen Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns-Martin SCHLEYER und seiner Begleiter steckbrieflich besuchte ROLF HEISLER bei seiner Verhaftung in Frankfurt verletzt. Diese Verletzung HEISLERs führte erneut zu einer bundesweiten Kampagne, in deren Verlauf die Behauptung aufgestellt wurde, die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigten, „keine Gefangenen mehr zu machen“. So hieß es in einem in Heidelberg unter dem Pseudonym „K. Rieg“ verbreiteten Flugblatt mit dem Titel „Feuer unterm Arsch * Wut im Bauch * Kommunismus im Kopf“:

„... man hat ... zwei möglichkeiten:
man schmeißt alles weg, seine verantwortung, seinen widerstand, und damit sich selbst, paßt sich den bedingungen an ...
oder wir nehmen den kampf auf, den kampf gegen die mörder

Am 1. Mai 1979 in
Heidelberg und Neckar-
gemünd in größerer
Anzahl aufgefunden.



und sie sind die Konsequenz aus der Erfahrung, daß jeder offene Schlag gegen uns, jeder Mord an Gefangenen vermehrten Widerstand gegen das ‚Modell Deutschland‘ produziert. Die verdeckte Vernichtungsmaschinerie der perfektionierten Isolationsbunker soll ohne Spuren zerstören, ohne Blut, ohne Skandale, ohne Öffentlichkeit...”

Mit im Vergleich zu früheren Jahren eher noch gesteigerter Intensität wurde von den dem terroristischen Umfeld zuzurechnenden Gruppierungen die publizistische Unterstützungskampagne für den „bewaffneten antiimperialistischen Kampf“ fortgesetzt. Es ist ihnen hierbei auch im Jahr 1979 wieder gelungen, Unterstützung aus Teilbereichen der sogenannten Alternativbewegung zu erlangen. Beispielhaft für dieses taktische Bemühen ist die noch andauernde Kampagne um die „FANTASIA“-Druckerei in Stuttgart:

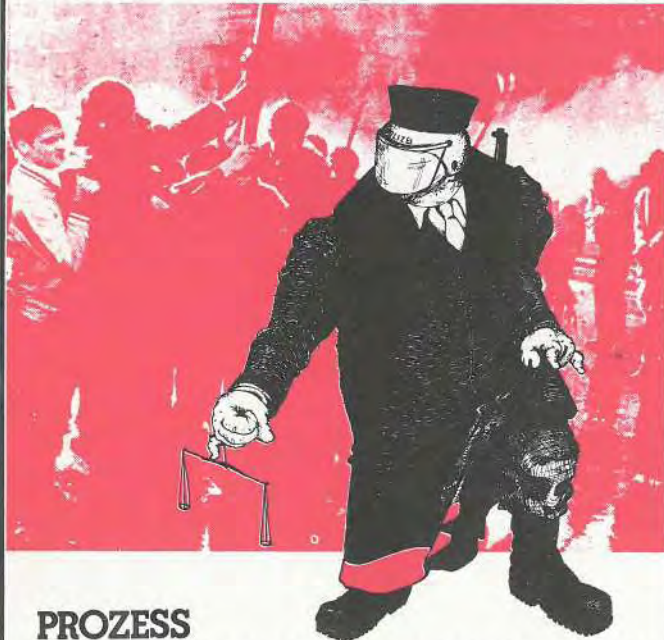
Am 10. September 1979 begann vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart die Hauptverhandlung gegen fünf Angehörige dieser Druckerei wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Bereits Wochen vor Prozeßbeginn setzten breit gefächerte Versuche ein, Teile der Öffentlichkeit durch Flugblattaktionen, Solidaritätsveranstaltungen sowie durch andere um Sympathie werbende Aktivitäten zugunsten der Angeklagten zu mobilisieren.

Publizistisch wurden diese Bestrebungen durch mehrere Beiträge in sogenannten Alternativ-Zeitungen unterstützt. Dem linksextrem beeinflussten Stuttgarter „Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung“ wurden mit Beginn des Verfahrens regelmäßig „Infos zum Prozeß gegen FANTASIA“ beigelegt, in denen teilweise überaus polemisch und verzerrend über den Verlauf der Hauptverhandlung berichtet wurde. So wurde im „2. Info zum Prozeß gegen FANTASIA“ erklärt:

„... Da wir alle wissen, was in diesem Prozeßgebäude schon verhandelt wurde, welche politische Zielsetzung diese Prozesse hatten und wie sie teilweise zu einem ‚tod’sicheren‘ Ende geführt wurden, nehmen wir an, daß dieses Gericht sich ebenfalls genau wie die anderen Staatsschutzgerichte als zuverlässiges Rad am Wagen der Herrschenden erweist.“

WER HAT ANGST VOR WEM



PROZESS

GEGEN FANTASIA-DRUCK + IVK

angeklagt wegen öffentlichkeitsarbeit zu den bedingungen
der politischen gefangenen in den knästen der brd -

weitere prozesstermine: 11., 15., 18., 22., 25.10.

im einzweckgebäude in stuttgart- stammheim,

SCHAFFT ÖFFENTLICHKEIT, KOMMT ZUM PROZESS

kontakt: fantasia-druck, schloesserstr. 28a, 7 stuttgart 1, tel: 60 61 26

Der intensiven „Öffentlichkeitsarbeit“ der „Szene“ aus Anlaß dieses Verfahrens entsprach das überaus provozierende und militante Verhalten der Angeklagten ebenso wie von Personen des Sympathisanten- und Unterstützerkreises im Verhandlungssaal. Die Motive für dieses Vorgehen hatten Mitglieder der „FANTASIA“-Druckerei bereits vor Beginn der Hauptverhandlung in einer mehrseitigen Erklärung kundgetan:

„... Wir werden in diesem Prozeß um das Recht kämpfen, selbstbestimmt ohne staatliche Zwangszensur das zu sagen, zu schreiben, zu drucken und zu verbreiten, von dem wir meinen, daß es den Widerstand in der BRD vorantreiben kann.“

Am 10. Oktober 1979
auf der Frankfurter „Ge-
genbuchmesse“ verteilt.



**Die Auswahl der Ziel-
objekte bei den An-
schlägen „Revolutionä-
rer Zellen“ zeigt, daß
diese sich unverändert
am Grundsatz der
„Vermittelbarkeit“ ge-
genüber den „Massen“
orientieren.**

2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Die Zielrichtung der zweifelsfrei „Revolutionären Zellen“ (RZ) zuzuordnenden Anschläge des Jahres 1979 war zwar überaus unterschiedlich; gemeinsam war ihnen jedoch, daß die RZ vorgeben, damit an aktuelle gesellschaftspolitische Konflikte anknüpfen zu wollen. So reichte das Spektrum „revolutionärer Militanz“ von Aktionen gegen Zeitungshäuser, denen eine einseitige „volksfeindliche Berichterstattung“ vorgeworfen wurde, über Angriffe gegen Verkehrsbetriebe und kommunale Einrichtungen bis zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Firmen wegen angeblicher „Unterstützung des Zionismus und des weltweiten US-Imperialismus“. Mit dieser, sich an vermeintlichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientierenden Stoßrichtung sollen offensichtlich weitere Bevölkerungskreise angesprochen werden. Bezeichnend für das taktische Konzept der RZ ist die erhebliche Spannweite des „Widerstands“, der vom „Steine schmeißen“ bis zum Angriff auf Großkonzerne reicht. Diese soll den „Einstieg

in die Guerilla" zunächst bewußt niedrig halten, um damit denkbare Hemmschwellen bei Sympathisanten abzubauen:

„... Wenn von Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes die Rede ist, dann ist damit noch nicht Guerillakampf gemeint, sondern eine **Methode**, die viele Abstufungen kennt und daher massenhaft möglich ist ...“

Obwohl Baden-Württemberg 1979 von erneuten Anschlägen „Revolutionärer Zellen“ verschont blieb, sprechen manche Anzeichen dafür, daß das im Vergleich zur RAF völlig andersartige Konzept dieser terroristischen Gruppierung auch künftig weitere Verbreitung finden wird. Insbesondere militante Bereiche der **undogmatischen „Neuen Linken“**, also Teile der Sponti- und Alternativbewegung, greifen es in wachsendem Maße auf und orientieren sich an den von den RZ verbreiteten Anleitungen für das „alltägliche Widerstandsverhalten“.

3. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“

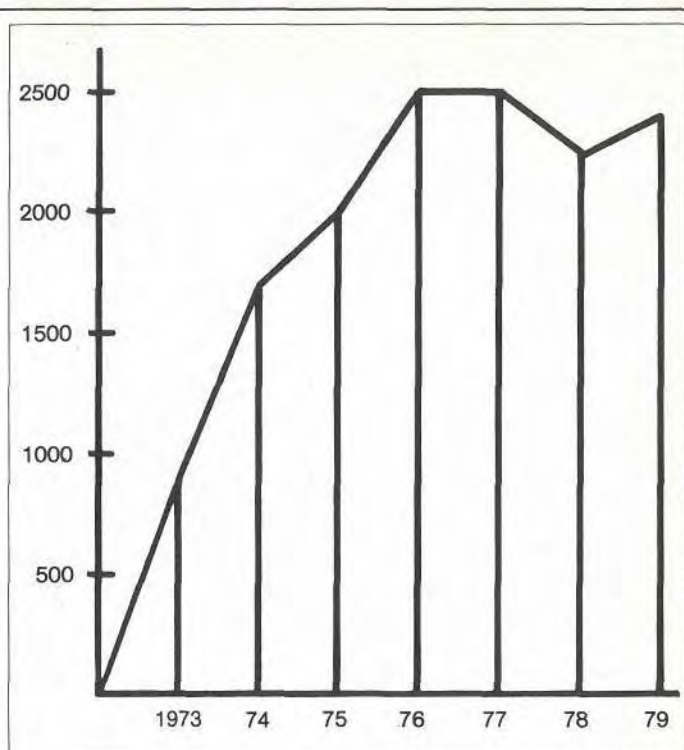
3.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)

Der prochinesische **„Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW)** – 1973 in Bremen gegründet – blieb auch im Jahre 1979 die weitaus aktivste, mitglieder- und finanzstärkste Organisation im Bereich der dogmatischen „Neuen Linken“. Er versteht sich nach wie vor lediglich als „Parteiensatz“, dem die Aufgabe gestellt sei, die „Vereinigung der westdeutschen Kommunisten in einer Partei“ und den „Wiederaufbau der Kommunistischen Partei“ voranzutreiben. Sein Mitgliederbestand im Bundesgebiet betrug Ende 1979 etwa 2400 Personen und war damit im Vergleich zum Vorjahr (1978: 2300) sogar leicht angestiegen.

Die sich im Laufe des Jahres 1979 erstmals wieder abzeichnende Stabilisierung der Mitgliederentwicklung war das Ergebnis intensiver Bemühungen der Parteispitze, die seit Jahren andauernden Probleme der Organisation, vor allem den seit 1977 auch den KBW erfassenden Mitgliederrückgang, unter Kontrolle zu bringen. Im Zuge verschiedener Maßnahmen zur Stabilisierung der Partei, die von Umbesetzungen in einzelnen Führungsgremien, dem Aufbau von Bezirksgruppen, der Neugliederung von Bezirksverbänden und -leitungen bis hin zu einer umfassenden Neu- und Umverteilung der „Kräfte der Organisation“ reichten, gelang eine weitere Straffung der Partei und wurde eine überregional ausgeglichene Mitgliederstruktur geschaffen, um – so der KBW – eine „schlagkräftige Präsenz in ganz Westdeutschland und Westberlin zu gewährleisten“.

Der KBW hat auch 1979 nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß er sich unverändert als marxistische „Avantgarde“-

Der KBW bleibt die aktivste Organisation der „Neuen Linken“.



Organisation versteht, die sich berufen sieht, die „westdeutsche Arbeiterklasse“ auf der Grundlage ihres Programms zur „sozialen Revolution (zu) führen“. Die vom KBW seit Jahren in betont aggressiver Weise propagierte Forderung, den „bürgerlichen Staat“ im Wege dieser „sozialen Revolution“ zu beseitigen, wird unverändert erhoben. Voraussetzung für den offen angestrebten Umsturz ist – so der KBW – die „Zerschlagung des Staatsapparates“ zur „Eroberung der politischen Macht“. Dabei wird es seiner Ansicht nach unvermeidlich sein, den „Widerstand der Ausbeuter“ unter Anwendung von Gewalt zu brechen.

Auf die Erreichung dieses Zieles waren auch 1979 die – nicht in allen Regionen erfolgreichen – Bemühungen der Parteiführung gerichtet, die Schlagkraft der Organisation im gesamten Bundesgebiet weiter zu festigen, die Zahl der Mitglieder und Anhänger wieder zu erhöhen sowie mit einem erheblichen publizistischen Aufwand möglichst große Teile der „Massen“ anzusprechen. Hierbei bediente sich der KBW – wie bereits in den Vorjahren – nicht nur der Mittel bloßer Propaganda und Indoktrination, sondern er setzte – wenngleich die Zahl militanter Aktionen zurückging – auch aggressive Kampfformen als festen Bestandteil seiner „kämpferischen Strategie“ ein. Vom KBW – wie auch von den übrigen Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“ – wird im Grundsatz nahezu jedes tauglich erscheinende Mittel zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung befürwortet.

3.1.1 Organisation

Die Grundeinheiten des KBW sind die **Zellen**, die jeweils einem **Bezirksverband** als nächsthöherer Führungseinheit zugehörig sind. Die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland agierenden 39 Bezirksverbände sind in 12 **Bezirksgruppen** zusammengefaßt, die den 3 Regionalverbänden „Nord“ mit Sitz in Hannover, „Mitte“ mit Sitz in Köln und „Süd“ mit Sitz in München nachgeordnet sind. In Baden-Württemberg, das mit Bayern und Gebiets teilen von Rheinland-Pfalz die Region „Süd“ des KBW bildet, bestehen unverändert 7 Bezirksverbände, die in 2 Bezirksgruppen mit Sitz in Mannheim und Stuttgart gegliedert sind.



„Kommunistischer Bund
Westdeutschland“
(KBW)
– Bezirksverbände in
Baden-Württemberg –

Die Führungsgremien der Partei, das **Zentrale Komitee (ZK)** und der **Ständige Ausschuß** des ZK, dessen Sekretär unverändert seit 1973 Hans Gerhart SCHMIERER ist, befinden sich seit 1977 in einem vom KBW-Verlag „Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf“ für insgesamt 3,2 Millionen DM erworbenen sechsstöckigen Gebäude in Frankfurt/Main. Der im Jahre 1977 begonnene Aufbau eines modernen Datenfernver-

bund- und Textübertragungsnetzes, durch das die Parteizentrale in Frankfurt/M. mit allen Führungsgremien ab Bezirksebene aufwärts zur Übermittlung von Weisungen und Direktiven verbunden ist, wurde 1979 weiter ausgebaut. Inzwischen sind auch die Geschäftsstellen der 12 KBW-Bezirksgruppen an das System angeschlossen worden, damit die Herstellung des Zentralorgans „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) und anderer KVZ-Publikationen rationalisiert werden kann.

Zur Finanzierung dieser umfangreichen, überaus kostenintensiven Investitionen der Partei mußten die Mitglieder auch 1979 erhebliche Mittel, deren Höhe häufig den im Statut festgelegten monatlichen Mindestbeitrag von 30,- DM um ein Vielfaches überstieg, aufbringen. Andere Einnahmen flossen dem KBW aus der regelmäßigen „Abschöpfung“ der monatlichen Bezüge gut verdienender Mitglieder zu, wobei der Verdienst des KBW-Sekretärs SCHMIERER (monatlich 1000,- DM) die Grenze dessen markiert, was der einzelne von seinem Einkommen behalten darf. Außerdem besteht die Führung des KBW unverändert darauf, daß die Mitglieder Bausparverträge, Lohnsteuerrückzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgelder, Bankguthaben, Lebensversicherungen, Grundstücksvermögen und Erbschaften der Partei übereignen.

Im Gegensatz zu den anderen Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“, die teilweise mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, erweist sich der KBW seit geraumer Zeit als überaus zahlungskräftig. Mit seiner „Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf“ und weiteren Gesellschaften setzte er im vergangenen Jahr nahezu 7 Millionen Mark um und erwirtschaftete bisher ein Vermögen von rund 10 Millionen Mark. Der Partei gehören mittlerweile neben dem Gebäude in Frankfurt/Main, in dem die zentralen Führungsgremien untergebracht sind (Wert und Ausstattung werden auf etwa 5 Millionen Mark geschätzt), Immobilien in Berlin, Bremen und Hamburg, umfangreiche nachrichtentechnische Anlagen (Kostenaufwand bisher über 1,5 Millionen DM) sowie ein leistungsfähiger Fuhrpark einschließlich Unimog-Fahrzeugen.

Für das Jahr 1980 sind vom Zentralen Komitee (ZK) erneut umfangreiche ergänzende Investitionen beschlossen worden:

- Weiterer Ausbau des Nachrichtenübertragungsnetzes. Hierfür sind finanzielle Aufwendungen in Höhe von 300 000,- DM erforderlich.
- Beschaffung von Kraftfahrzeugen (Marke SAAB) – zusätzlich zu den bereits vorhandenen 52 Fahrzeugen – zum Stückpreis von 13 000,- DM zur „Einrichtung eines einheitlichen Fuhrparks“ der Partei.
- Erwerb weiterer Gebäude in Mannheim und München. Diese wie auch die bereits in Frankfurt (3,2 Mill. DM), Berlin (300 000,- DM), Bremen (360 000,- DM) und Hamburg (mehr als 300 000,- DM) gekauften Objekte sollen zu „Zentren“ auf Bezirksgruppenebene insbesondere für den Druck und Vertrieb der KVZ und anderer Publikationen ausgebaut werden.

3.1.2 Mitgliederbewegung und Publikationswesen

Die noch im Jahre 1978 bundesweit zu erkennende rückläufige Mitgliederbewegung des KBW vermochte dieser 1979 zu stoppen; die Zahl der organisierten Anhänger ist sogar wieder leicht gestiegen. In den in Baden-Württemberg bestehenden 7 KBW-Bezirksverbänden waren Ende 1979 (gegenüber 1978 insgesamt nahezu unverändert) etwa 450 Mitglieder organisiert, davon die überwiegende Mehrzahl im Bezirksverband Rhein-Pfalz (Mannheim – Ludwigshafen). Auch 1979 noch zu verzeichnende Mitgliederverluste konnte die Partei teilweise durch Übernahme von Angehörigen ihrer Nebenorganisationen ausgleichen, ohne daß diese etwa in gleichem Umfang Neuzugänge zu verzeichnen gehabt hätten. Das hatte zur Folge, daß die Neben- und Hilfsorganisationen des KBW im Ergebnis weitere deutliche Mitgliedereinbußen hinnehmen mußten. Trotz der – im Vergleich mit anderen Gruppen der „Neuen Linken“ – noch immer relativ günstigen Mitgliederentwicklung ist jedoch bemerkenswert, daß auch bei Angehörigen des KBW die Tendenz zu kritischerer Einstellung gegenüber Konzeptionen, Direktiven und Maßnahmen der Parteiführung gewachsen ist und daß auch 1979 wieder langjährige Funktionäre und Mitglieder die Partei verlassen haben. Zahlreiche ehemalige KBW-Angehörige – wie auch frühere Mitglieder anderer Gruppen der „Neuen Linken“ – gingen vermehrt dazu über, sich in den örtlichen Zirkel der 1979 konstituierten **„Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)** neu zu organisieren.

Der KBW hat 1979 sein breitgefächertes Publikationswesen weiter modernisiert und rationalisiert. Zu den wichtigsten Publikationsorganen gehören

- das Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) (Auflage 32000)
- die theoretische Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ (KuK) (Auflage 10000).

Ferner gibt die Partei zur raschen Information ihrer Orts- und Betriebszellen

- „KVZ-Eilnachrichten“
- „KVZ-Extrablätter“ und
- „KVZ-Spezialnachrichtendienste“

heraus.

Die Parteipublizistik sowie die Nachdrucke kommunistischer „Klassiker“ werden nach wie vor in der Firma „Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf“, Frankfurt, gedruckt und über die – ebenfalls KBW-eigene – „Hager Buchvertrieb GmbH“ verbreitet.

3.1.3 Aktivitäten

Zu den Agitationsschwerpunkten des KBW gehörten auch 1979 wieder Probleme, die im Zusammenhang mit den Tarifausschließungen in der Stahlindustrie und im öffentlichen Dienst entstanden, sowie Fragen der Bildungspolitik und der Berufsaus-



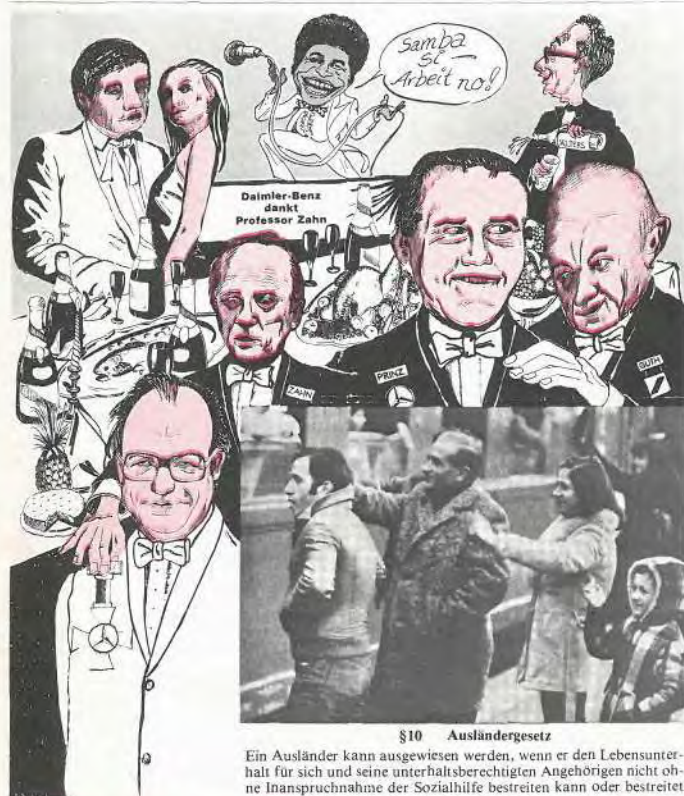
bildung. Die Stellungnahmen der Partei hierzu waren unverändert „klassenkämpferisch“ geprägt. Mit massiver Polemik reagierte der KBW auf die Nominierung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef STRAUSS zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, die als „gut gelandeter Coup“ bezeichnet wurde. Wo „ein SCHMIDT“ die Regierung führe, brauche – so der KBW – die „bürgerliche Opposition einen STRAUSS“. Zugleich wurden die demokratischen Kräfte des Landes vom KBW in der bereits früher beobachteten Weise polemisch angegriffen: „Rücksichtnahme auf die SPD-Regierung ist das sichere Mittel, um von der Regierung gezaust und mit STRAUSS belohnt zu werden.“

Die mit großem publizistischem Aufwand betriebene Agitation des KBW setzte sich in einer Vielzahl von Demonstrationen und Kundgebungen sowie in zahlreichen, teilweise nicht genehmigten Informationsständen fort. Dabei kam es im Verlauf solcher Aktionen auch 1979 zu Widerstandshandlungen gegen einschreitende

Polizeibeamte. Insgesamt wurde den Aufrufen des KBW zu Demonstrationen und Kundgebungen – trotz intensiver öffentlicher Werbung – allgemein in geringerem Umfang Folge geleistet als in früheren Jahren. Die Partei war jedoch in Baden-Württemberg unverändert in der Lage, bei Veranstaltungen jeweils mehrere hundert Personen zu mobilisieren.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung



KBW

**Kommunistischer
Bund
Westdeutschland**

Einen Großteil seiner Aktivitäten konzentrierte der KBW ferner auf die Landtagswahlen in Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, an denen er sich wiederum mit eigenen Kandidaten beteiligte. Er erreichte dabei durchweg nur 0,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und blieb damit ohne Mandate. Auch bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg am 28. Oktober 1979 konnte die Partei keinen Sitz erringen. Die auf die Organisation insgesamt entfallenen 11 258 Stimmen entsprachen ebenfalls nur einem Anteil von durchschnittlich 0,1 Prozent.

Im Zusammenhang mit dem Einmarsch vietnamesischer Streitkräfte in Kambodscha (Kambodscha) entfaltete der KBW eine mit Hilfe publizistischer Mittel breit angelegte Kampagne und rief zur Unterstützung des vom POL POT-Regime angeblich rechtmäßig geführten „Demokratischen Kambodscha“ auf. Im Rahmen einer überregional betriebenen Solidaritätsaktion wurden in der Bundesrepublik Deutschland über 250 000 DM und etwa 24 000 Unterschriften für die materielle und moralische Unterstützung des POL POT-Regimes gesammelt. Die seit Jahren betriebene intensive Unterstützung der revolutionären Untergrundbewegung ZANU in Rhodesien wurde Ende Mai 1979 mit der Übergabe einer Spende von etwa 485 000,— DM abgeschlossen.

3.1.4 Die „Massenorganisationen“ des KBW

Der KBW hat 1979 die Zahl seiner Neben- und Hilfsorganisationen verringert mit dem Ziel, die in der Praxis immer schwächer gewordene Unterstützung durch diese Vereinigungen nach Möglichkeit wieder zu verstärken. Gegenwärtig sind noch folgende überregional tätige, zumeist ebenfalls in Bezirksverbänden organisierte Vereinigungen aktiv:

- „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)
- „Kommunistischer Jugendbund“ (KJB)
- „Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ (VRV-SR)

Die **„Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ (VRV-SR)** entstand im März 1979 durch die vom „Zentralen Komitee“ (ZK) des KBW beschlossene Umbenennung der seit 1974 bestehenden **„Soldaten- und Reservistenkomitees“ (SRK)** bei gleichzeitiger Eingliederung der Mitglieder der aufgelösten **„Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV)** und der **„Komitees gegen § 218“** in diese Vereinigung. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wurde seitens des „Zentralen Komitees“ (ZK) damit begründet, daß die bisherigen drei Gruppierungen insgesamt zu geringe Aktivität entfaltet hätten. Deshalb müsse eine „kommunistische Massenorganisation“ geschaffen werden, die auch jenen Personen, die „für das Programm des KBW eintreten“, aber sich zunächst nicht der aus ihm folgenden strengen Inpflichtnahme unterwerfen wollen, ein „großes Feld revolutionärer Tätigkeit“ eröffnet. Das Spektrum der Agitation der VRV-SR hat sich gegenüber dem der früheren SRK denn auch erheblich verbreitert: Der neuen „Massenorganisation“ obliegt es, eine „relativ umfassende, politische, wissenschaftliche und technische, kulturelle und militärische Tätigkeit auf der Grundlage des Programms des KBW“ zu entwickeln. Sie wendet sich dabei in erster Linie an die „ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen“ und außerdem – wie die früheren SRK – an die Soldaten und Reservisten. Die vom ZK des KBW in die Umstrukturierung ihrer „Massenorganisationen“ gesetzten Erwartungen haben sich bisher allerdings nicht erfüllt.

3.2 „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)

Die älteste Gruppierung der dogmatischen „Neuen Linken“, die 1968 gegründete **„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)**, hat 1978 völlig mit den „revisionistischen“ Lehren MAO TSE-TUNGS gebrochen und orientiert sich seitdem ausschließlich an der Politik der „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA). Die heftige Kritik der KPD/ML an dem militärischen Eingreifen der VR China in Vietnam machte zugleich deutlich, wie sehr sich diese ehemals strikt an Peking orientierte Partei inzwischen vom politischen Kurs der KPCh entfernt hat. Der Besuch des Parteivorsitzenden HUA KUO-FENG in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1979 – von den unverändert prochinesisch ausgerichteten anderen Parteien der „Neuen Linken“ bejubelt – diente nach Ansicht der KPD/ML nur der Stärkung der „reaktionären Allianz“ zwischen China und der NATO.

Die Partei hat auch im Jahre 1979 keinen Zweifel daran gelassen, daß die Lehren von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN unverän-

KPD/ML – militante Kaderpartei mit albanischer Ausrichtung.



Die KPD/ML und KPD in Baden-Württemberg

*Stand:
Dezember 1979*

dert die eigentliche Grundlage ihrer „revolutionären Weltanschauung“ sind. Diese Position stellt klar, daß die KPD/ML ohne jegliche Einschränkung für den „gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Macht und die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsmaschine“ eintritt, um den „bürgerlichen Staatsapparat“ durch die „Diktatur des Proletariats“ in Form der Rätemacht zu ersetzen. Änderungen in der Parteistruktur waren 1979 ebenfalls nicht festzustellen: Neben der Sektion „Westberlins“ und der vermutlich nur formal existenten Sektion „DDR“ ist die KPD/ML im Bundesgebiet in 3 Landesverbände (Nord, Mitte und Süd) gegliedert.

Der dem Landesverband Süd untergeordnete Landesbezirksverband Baden-Württemberg (Sitz: Stuttgart) umfaßt noch immer etwa 10 Ortsgruppen und Stützpunkte, deren Mitgliederzahl jedoch überaus unterschiedlich und in nahezu allen Parteieinheiten rückläufig ist.

Obwohl die KPD/ML 1979 von schweren innerorganisatorischen Auseinandersetzungen verschont blieb, gelang es ihr nicht, den seit Jahren anhaltenden Mitgliederschwund zu stoppen. Die Zahl ihrer Angehörigen im Bundesgebiet sank vielmehr weiter von 600 im Jahr 1978 auf etwa 500 im Jahre 1979. In Baden-Württemberg dürften der KPD/ML mitsamt ihren Neben- und Hilfsorganisationen noch knapp 100 Mitglieder angehören (1978: 130). Wie bei den meisten Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“ war die auch von der KPD/ML gleichbleibend starr praktizierte strenge und weitreichende Inpflichtnahme der Mitglieder die Hauptursache dafür, daß weitere Angehörige der Partei den Rücken kehrten oder Sympathisanten ihr erst gar nicht beitraten. Die zunehmend schwierige Situation der KPD/ML konnte schließlich auch von führenden Funktionären nicht mehr geleugnet oder verharmlost werden. So hat sich nach Meinung des Parteivorsitzenden Ernst AUST durch die „Zersplitterung der linken Bewegung“ und die „mitgliedermäßige Schwäche“ der Organisation „bei einzelnen Genossen eine gewisse Resignation breitgemacht“, die auch in unserem Bundesland spürbar war.

Wie schon in den Vorjahren veröffentlichte die KPD/ML auch 1979 wieder eine Übersicht über die von ihr und ihrer Jugendorganisation „Rote Garde“ herausgegebenen Publikationen. Danach erschienen 1979 im Bundesgebiet noch insgesamt 92 Kleinzei-
tungen, was gegenüber dem Vorjahr (1978: 140) eine wesentliche Abnahme bedeutet. Von diesen 92 Druckschriften waren 53 Betriebs-, 14 Stadt- und 11 Krankenhauszeitungen; 14 wurden von der „Roten Garde“ herausgegeben, davon waren 7 Hochschul- und Schülerzeitungen, 7 Jugend- beziehungsweise Soldatenzeitungen. Besonders augenfällig war der Rückgang der Publikationen im Hochschul- und Schulbereich, der verdeutlicht, daß die „Rote Garde“, die anstelle des seit 1978 aufgelösten „Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML) neben der Jugend- auch die Hochschularbeit übernommen hat, sich organisatorisch nicht weiter zu entwickeln vermochte. Auch die Auflage des von der Parteizentrale in Dortmund heraus-

gegebenen Zentralorgans „Roter Morgen“ war 1979 mit noch 6000 gedruckten Exemplaren weiter rückläufig (1978: 10000). Zur Unterstützung ihrer insgesamt spürbar eingeschränkten Aktivität bedient sich die KPD/ML unverändert mehrerer überregional tätiger Neben- und Hilfsorganisationen, die freilich mit den gleichen Strukturproblemen konfrontiert sind wie die Partei selbst

- „Rote Garde“
- „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD)
- „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO)
- „Revolutionäre Landvolkbewegung“ (RLB)
- „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ (Volksfront)

Publikationen der KPD/ML und ihrer Neben- und Hilfsorganisationen



Die Jugendorganisation „Rote Garde“, der seit 1978 auch die ehemals im KSB/ML zusammengeschlossenen Studenten angehören, konnte trotz nachdrücklicher Versuche ihre Mitgliederbasis

nicht erweitern; vielmehr führten Austritte langjähriger Anhänger und der damit zwangsläufig verbundene Rückgang der Aktivitäten zur Auflösung mehrerer Ortsgruppen.

Die **„Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD)**, die im Januar 1980 ihr 5jähriges Bestehen feierte, setzte sich 1979 vor allem für angeblich wegen ihres „Eintretens für die Interessen der Werktätigen“ verfolgt oder in Not geratene Personen ein. Nach eigenen, nicht exakt überprüfbaren Angaben hat die Organisation in den letzten Jahren insgesamt 450 000 DM an Unterstützungszahlungen für diesen Personenkreis geleistet. Eine 1978 vorgenommene Satzungsänderung, die den Beitritt von Sympathisanten erleichtern sollte, brachte indes nicht die erhoffte personelle Stärkung.

Erhebliche Mitgliederverluste und der Rückgang des Beitrags- und Spendenaufkommens zwangen sogar zur Schließung des zentralen Büros in Dortmund. Ferner sah sich die Vereinigung im Januar 1979 genötigt, die seit Jahren erscheinende Zeitung „Die Rote Hilfe“ durch ein auf 4 Seiten verengtes Mitteilungsblatt zu ersetzen.

Erhebliche Anstrengungen konzentrierte die KPD/ML auf den weiteren Ausbau der **„Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO)**. Diese am 25./26. November 1978 auf Bundesebene gegründete Hilfsorganisation konnte – nach eigenen Angaben – innerhalb der Gewerkschaften „einigen Einfluß gewinnen“ und ihre Mitgliederzahl angeblich versechsfachen. Die RGO bezeichnet sich als „gewerkschaftliche Kampforganisation“, deren erklärtes Ziel es ist, den Kampf als „Opposition in den DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionäre DGB-Führung“ aufzunehmen.

Große Bedeutung maß die KPD/ML der von ihr zum 1. Mai 1979 initiierten „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ bei. Mit Informationsständen und Unterschriftenlisten trat die „Kampagne“, die von einem „Zentralen Ausschuß“ gesteuert wird, über einen längeren Zeitraum bundesweit an die Öffentlichkeit. Von dieser Aktion, die im übrigen die von den Gewerkschaften bereits seit längerer Zeit erhobene Forderung nach einem Verbot der Aussperrung aufgreift und propagandistisch mißbraucht, versprach sich die Partei einen gesteigerten Einfluß auf die „Werktätigen“.

Die **„Revolutionäre Landvolkbewegung“ (RLB)**, deren Aufbau 1978 begonnen wurde, konnte sich im Jahre 1979 organisatorisch nicht festigen. Die Vereinigung trat nur durch gelegentliche, zumeist regional begrenzte Aktivitäten sowie durch die Herausgabe des Organs „Freies Landvolk“ in Erscheinung.

Große Erwartungen setzt die KPD/ML in die Anfang 1979 mit massiver publizistischer Unterstützung begonnene „Kampagne gegen Reaktion und Faschismus“, die nach einer Anlaufzeit zur Bildung von örtlichen „Initiativen gegen Reaktion und Faschismus“ führte. Aus diesen neuen Organisationsansätzen entstand schließlich – wiederum von der Partei unterstützt – die **„Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ (Volksfront)**. Sie soll denjenigen Kreis von Personen ansprechen und organisieren, der

sich gegen den angeblich zunehmenden Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland zur Wehr setzen will.

Die Gründungsversammlung der „Volksfront“ als bundesweitem Zusammenschluß fand am 6. Oktober 1979 in Dortmund statt. Dabei wurden „Politische Grundsätze“, die Satzung und das „Programm zur Bundestagswahl“ (an der sich die „Volksfront“ beteiligen will) beschlossen sowie ein neunköpfiger Vorstand gewählt. Die Vereinigung verfügt mittlerweile über zentrale Führungsgremien (mit Sitz in Essen) sowie über Landesverbände in allen Bundesländern. Nach der Satzung, die im übrigen jeglichen Hinweis auf die KPD/ML vermeidet, steht der Beitritt „unabhängig von Weltanschauung und Religion und Zugehörigkeit zu einer anderen Partei“ jedem offen, der die „Grundsätze“ und die Satzung anerkennt. Die „Grundsätze“ bezeichnen die Forderung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ als das höchste Ziel der „Volksfront“. Es gelte daher, „gegen die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Polizeistaat“ und „gegen die zunehmende Militarisierung in der Bundesrepublik“ zu kämpfen. Die Organisation fordert ferner die „Vernichtung der Datenbanken“ und die „Auflösung der Ämter des Verfassungsschutzes“ sowie das Verbot aller „deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen“.

Die „Volksfront“ bemüht sich derzeit intensiv um den weiteren personellen und organisatorischen Auf- und Ausbau, um damit günstigere Voraussetzungen für die geplante Teilnahme an der Bundestagswahl 1980 zu schaffen. Die KPD/ML ihrerseits konnte sich dazu in realistischer Einschätzung ihrer Kräfte nicht entschließen.

Seit November 1979 gibt die „Volksfront“ ein eigenes „Mitteilungsblatt“ heraus. Im Januar 1980 fand ihr erster bundesweiter Kongreß in Dortmund statt, an dem etwa 3000 Personen teilnahmen.

Mit dieser Tarnorganisation scheint die KPD/ML ein Instrument gefunden zu haben, das sie in die Lage versetzen könnte, der drohenden Krise der Partei – zumindest zeitweise – zu begegnen. Ob es ihr freilich gelingt, mit Hilfe des sich gegenwärtig unter einer nur sehr allgemein umschriebenen Zielsetzung in der „Volksfront“ sammelnden Personenkreises die eigene Organisation zu kräftigen, bleibt abzuwarten.

3.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

Die 1971 gegründete, nach Peking hin orientierte „**Kommunistische Partei Deutschlands**“ (KPD) war 1979 in eine schwere Krise geraten, die im März 1980 dazu zwang, die Selbstauflösung der Organisation zu beschließen. Weiter rückläufige Mitgliederzahlen, nachlassender Einsatz der Anhänger sowie erdrückende finanzielle Verbindlichkeiten stellten die führenden Funktionäre vor nicht mehr lösbare Probleme.

In einer Stellungnahme, in der mögliche Gründe für den bereits Ende 1979 drohenden Zerfall der Partei erörtert wurden, hatte der Ständige Ausschuß des Zentralkomitees (ZK) der KPD schon

**Maoistisch orientierte
KPD löst sich nach
10jähriger Aktivität auf.**

Letzte Ausgabe des Zentralorgans der KPD vom 19. März 1980

Anfang Dezember 1979 zugeben müssen, daß „die Gewißheit eines weltrevolutionären Zusammenhangs von Arbeiterbewegung, nationaler Befreiungsbewegung und sozialistischen Ländern geschwunden“ sei. Die KPD müsse bekennen, daß „bei der Linken die internationale Solidarität weitgehend am Boden“ liege, nachdem die frühere Begeisterung für die Volksrepublik China mehr und mehr geschwunden sei. Die Partei müsse somit nach fast zehnjähriger Existenz eingestehen, daß ihr Weg zum Sozialismus „illusorisch“ gewesen und „gescheitert“ sei.

★ **Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!**



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Herausgeber: ZK der KPD, vertreten durch:
Sinn des Presseorgans, Christian Senig
5000 Köln 1, Aachenerstraße 15
Redaktion, Krefeld

Letzte Ausgabe

11.Jg./Nr.6 19.3.1980

Druckort: im Verlag Rote Fahne GmbH
Krefeld und Berlin, GPO Adr. 1. Klasse
19. März 1980, 19. März 1980
Herausgeber: 2.10.79
Abdruck: 2.10.79
G 2010D

3. Parteitag der KPD:

Auflösung beschlossen

Vom 7.—9. März 1980 versammelten sich die Delegierten der KPD in der Nähe von Gelsenkirchen zu ihrem III. Parteitag, anwesend waren ebenfalls Gastdelegierte aus den ehemaligen Massenorganisationen der KPD, Kommunistischer Jugendverband Deutschlands und Kommunistischer Studentenverband, sowie aus einer Reihe von Sympathisantenzirkeln. Das wichtige Ergebnis der Tagung war die fast einstimmig beschlossene Auflösung der KPD nach fast genau zehnjährigem Bestehen, die Verpflichtung der Delegierten, die aus der Auflösung sich ergebenden Ver-

schieden sich die Delegierten dafür, daß allen Delegierten - also nicht nur den bisherigen KPD-Mitgliedern, sondern auch den Gastdelegierten aus den Reihen von KJVD, KSV und Sympathisantenzirkeln - Rede- und Stimmrecht zuerkannt werden müsse, vor allem deshalb, weil man Entscheidungen über die Zukunft kaum fällen könne, ohne die hinter solchen Entscheidungen stehenden Kräfte und Interessen zu berücksichtigen - also unabhängig von formeller Mitgliedschaft, auf der anderen Seite einige man sich aber auch bewusst der Verantwortung

schließen auf. Die Vertreter der Auflösung, daß die finanziellen Verbindlichkeiten auf dem Hintergrund einer abgeschlossenen politischen Klärung diskutiert werden sollten, setzten sich jedenfalls nicht durch.

2. Generaldebatte

Obwohl die Generaldebatte und die inhaltliche Auseinandersetzung nicht im Zentrum dieser Tage stand - die mit Leidenschaft geführte Diskussion drehte sich um die Bewältigung der finanziellen Probleme -

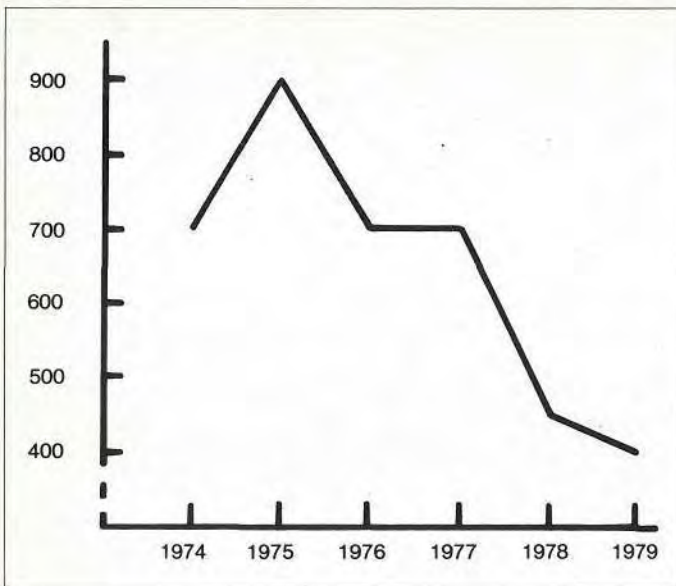
diffizierte Fassung des Antrags der 99. ein Antrag von M. Brexler, der nach der nicht mehr begründeten Zurücknahme des Antrags der 41 von der Gruppiierung der 41er unterstützt wurde, sowie der modifizierte Antrag der Berliner und der Antrag der Werdener Delegierten, die KPD nicht aufzulösen. (Abstimmungsergebnis sind im Zusammenhang der Dokumentation der Anträge abgedruckt.) Überwinning wurde erreicht hinsichtlich der Auflösung der KPD, des Verfalls auf die Bildung einer Übergangsorganisation, der

Die KPD war bis zu ihrer Auflösung in sechs Regionalkomitees (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, West-Berlin, Wasserkante) gegliedert. Dem für Baden-Württemberg zuständigen Regionalkomitee in Stuttgart unterstanden die Bezirksleitung Südbaden und acht teilweise überaus mitglieder-schwache Ortsgruppen.

Die schon seit 1978 sich deutlich abzeichnende rückläufige Mitgliederentwicklung hatte sich 1979 weiter beschleunigt: die Partei zählte bei ihrer Auflösung noch höchstens 400 Angehörige (1978: etwa 550). In Baden-Württemberg dürfte die KPD Ende 1979 insgesamt noch etwa 40 Mitglieder umfaßt haben.

Die krisenhafte Entwicklung der KPD hatte auch Folgen für den Bestand ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen. Zwei von ihnen, die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) und das „Forum Neue Erziehung“ (FNE), lösten sich schon 1979 auf. Der Zentralvorstand der „Roten Hilfe e.V.“ hatte hierzu erklärt, daß es keinen Sinn mehr habe, die Organisation aufrecht zu erhalten, „weil der Klassenkampf in der Bundesrepublik Deutschland noch keinen fortschrittlichen Charakter erreicht hat.“

Damit waren Ende 1979 noch folgende überregional tätige Hilfs- und Nebenorganisationen der KPD existent, die allerdings in



gleicher Weise von starken Mitgliederverlusten betroffen sind:

- „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) mit dem Organ „Kämpfende Jugend“
- „Kommunistischer Studentenverband“ (KSV), dessen Organ „Dem Volke dienen“ bereits 1978 eingestellt wurde
- „Vereinigung Kultur und Volk“ (VKV) mit dem Organ „Spuren“
- „Liga gegen den Imperialismus“ mit dem Organ „Internationale Solidarität“, das seit Juni 1979 wieder erscheint, nachdem die Herausgabe Ende 1978 vorübergehend eingestellt worden war.

Sichtbarstes Zeichen für die sich 1979 zuspitzende Krise der KPD waren die finanziellen Schwierigkeiten, in die ihr Zentralorgan „Rote Fahne“ geraten war. Nach Angaben der Partei waren die Verkaufszahlen so weit zurückgegangen, daß durch die Erlöse die Herstellungskosten nicht mehr gedeckt werden konnten. Durch organisatorische und personelle Änderungen in der Redaktion, die Reduzierung der Seitenzahl sowie eine Spendenaktion hatte die KPD noch einmal versucht, das weitere Erscheinen der „Roten Fahne“ sicherzustellen. Da jedoch der erwartete Erfolg ausblieb und sich zudem noch politische und ideologische Differenzen zwischen Redaktionsmitgliedern und Mitgliedern des ZK der KPD ergaben, mußte Ende 1979 das Erscheinen des Zentralorgans „vorläufig ausgesetzt“ werden.

Auch die öffentlichen Aktivitäten der KPD hatten 1979 stark abgenommen. Als Folge ihrer organisatorischen und personellen Schwäche sah sie sich zudem gezwungen, auf die Teilnahme an Parlamentswahlen zu verzichten. Sie rief stattdessen zur Unterstützung von „bunten“ und „alternativen“ Listen auf. Einzelne Mitglieder oder Anhänger der Partei kandidierten sogar auf Listen dieser Gruppierungen. Aufgrund der erkennbaren Nähe von Teilen

KABD – besonders konspirativ agierende Funktionärsgruppe.

der KPD zu „alternativen Gruppen“ erscheint es naheliegend, daß nach Auflösung der Partei deren Mitglieder in größerer Zahl zu den „Bunten“ überwechseln werden.

3.4. „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)

Der 1972 durch Zusammenschluß mehrerer bis dahin selbständiger Organisationen entstandene KABD bekannte sich auch 1979 vorbehaltlos zu den von MAO TSE-TUNG entwickelten Ideen. Zugleich hielt er aber an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der neuen politischen Führung in der Volksrepublik China, die er mitunter heftig kritisierte, fest.

Der KABD begreift sich unverändert als marxistisch-leninistische Kampfpartei, die als „politische Vorhutorganisation der deutschen Arbeiterklasse“ das Ziel verfolgt, den „Sturz des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystems“ herbeizuführen und die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten.

Die Führungsgremien des KABD befinden sich seit einigen Jahren in Nordrhein-Westfalen. Dort wird auch das Zentralorgan „Rote Fahne“ gedruckt, das jedoch nach wie vor über den Verlag „Neuer Weg“ in Stuttgart vertrieben wird.

Nicht zweifelsfrei ist gegenwärtig zu bestimmen, ob die Organisation den Mitgliederstand des Jahres 1978 (etwa 400) auch im Jahr 1979 halten konnte. Wie bei den anderen Parteien und Zirkeln der „Neuen Linken“ kam es auch beim KABD verschiedentlich zu Mitgliederausschlüssen wegen „organisationsfeindlicher Angriffe“ oder zu Austritten, die teilweise mit der Leitungsschwäche der Führungsgremien begründet wurden. Organisationsinterne Schwierigkeiten in Verbindung mit ideologischen Differenzen waren es auch, die zur Auflösung des KABD-Landesverbandes Bayern geführt haben.

Im Gegensatz dazu blieb der Landesverband Baden-Württemberg offenbar von größeren Mitgliederverlusten verschont. In den etwa 14 Ortsgruppen, deren personeller Bestand allerdings sehr unterschiedlich ist, dürften insgesamt etwa 70–80 Personen organisiert sein.

Der in Einzelbereichen sehr aufwendigen publizistischen Tätigkeit der sich ansonsten überaus konspirativ verhaltenden Vereinigung standen in Baden-Württemberg nur verhältnismäßig wenige öffentliche Veranstaltungen, vor allem in Stuttgart, Ulm, Tübingen und Böblingen gegenüber. Dem KABD gelang es dabei wiederholt, weit mehr Teilnehmer zu mobilisieren, als selbst bei großzügiger Schätzung des Anhängerpotentials zu erwarten waren.

Die Organisation griff, wie bereits in den Vorjahren, fast ausschließlich solche Fragen und Probleme auf, die angeblich in besonderer Weise die „Werk tätigen“ berühren. In diesem Zusammenhang wurde die Herstellung und Verarbeitung von – allerdings zumeist unregelmäßig erscheinenden – Betriebszeitungen weiter vorangetrieben.

Zur Durchsetzung seiner politischen Ziele bedient sich der KABD mehrerer Nebenorganisationen: des „**Revolutionären Jugend-**

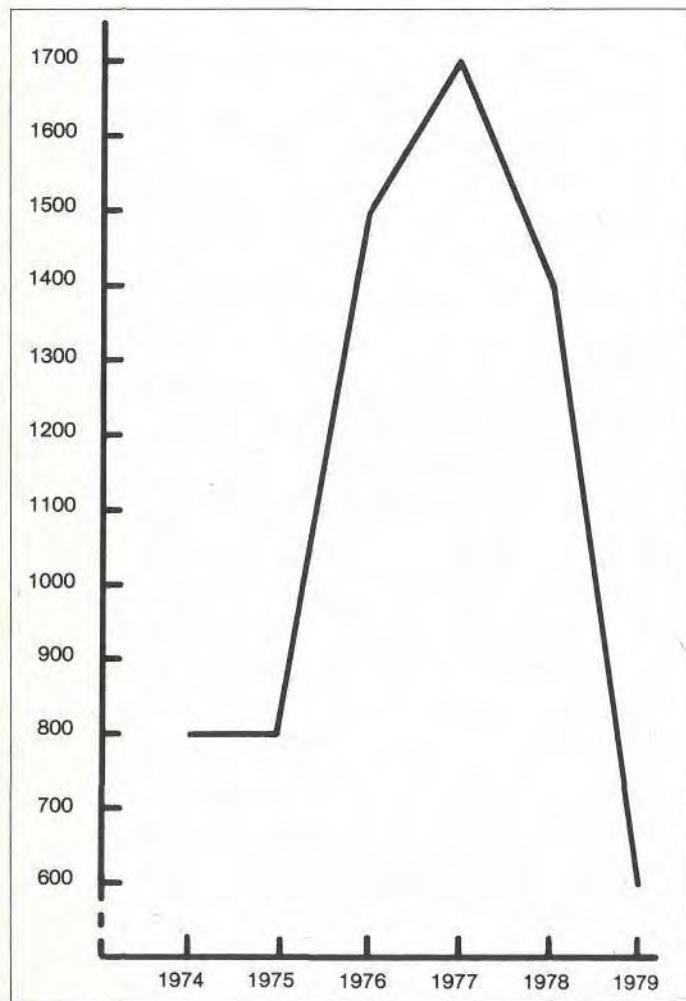
verbandes Deutschlands" (RJVD), der „Kommunistischen Studentengruppen" (KSG) sowie des im April 1979 gegründeten „Bundes Kommunistischer Intellektueller" (BKI).

3.5. „Kommunistischer Bund" (KB)

Der 1971 gegründete, vor allem im norddeutschen Raum überaus aktive „Kommunistische Bund" zählt zu den Vereinigungen der „Neuen Linken", die 1979 von innerorganisatorischen Problemen besonders stark betroffen waren. Äußeres Zeichen hierfür sind empfindliche Verluste an Mitgliedern, deren Gesamtbestand von 1400 im Jahre 1978 auf etwa 600 Ende 1979 absank.

Auch der militante „Kommunistische Bund" erleidet starke Mitgliedereinbußen.

Mitgliederentwicklung des KB im Bundesgebiet



Neben zahlreichen Austritten von Einzelpersonen war die Abspaltung ganzer Ortsgruppen und „Fraktionen" die Hauptursache für diesen starken Mitgliederschwund. Allein die im Spätjahr 1979

erfolgte Loslösung einer „Zentrumsfraktion“ bedeutete für den „Kommunistischen Bund“ den Verlust von etwa 200 Angehörigen. Der KB wird seitdem weitgehend von der sogenannten Mehrheitsfraktion getragen. Anlaß für die internen Fraktionierungen und die nachfolgenden Abspaltungen waren insbesondere die unterschiedliche Beurteilung des Verhältnisses zu den „grünen“ und „bunten“ Gruppierungen sowie Meinungsverschiedenheiten über die von der Organisation intensiv betriebene „Frauenarbeit“.

Die starken Mitgliederverluste vor allem im norddeutschen Raum bewirkten schließlich auch, daß der KB in finanzielle Schwierigkeiten geriet. So war das weitere Erscheinen des Zentralorgans „Arbeiterkampf“ nur durch eine Spendenaktion der Abonnenten und Leser (Spendeneingang bis November 1979: ca. 61 000 DM) zu ermöglichen.

Die Führung der Organisation versuchte mehrfach, durch eine offene und teilweise auch selbstkritische Diskussion einen Ausweg aus den internen Schwierigkeiten zu finden. So veranstaltete der KB am 2. und 3. Juni 1979 eine „Arbeiterkonferenz“ zur Vorbereitung seines ersten – bereits mehrfach verschobenen – Kongresses, auf dem ein neues Statut sowie ein Programm verabschiedet werden sollen. Die Teilnehmer diskutierten die Lage der Organisation, die künftige „innerorganisatorische Struktur“ und das Verhältnis zur Volksrepublik China, ohne jedoch irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

Der „Kommunistische Bund“ bekannte sich seit seiner Gründung zu den „Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dessen Weiterentwicklung durch MAO TSE-TUNG“. In dem derzeit noch geltenden Statut fordert er die „Zerschlagung des Staatsapparates“ und den „Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats“. Im Gegensatz zu den meisten anderen maoistisch orientierten Organisationen kritisierte der KB aber schon frühzeitig die Politik der Volksrepublik China unter der Führung von HUA KUO-FENG und sympathisierte in den vergangenen Jahren offen mit der politischen Zielsetzung der sogenannten „Viererbände“.

Schwerpunktmäßig befaßte sich der KB 1979 vor allem mit der „Antifaschismusarbeit“. Ferner versuchte die Gruppe dort, wo dies personell möglich war, auf Bürgerinitiativen einzuwirken. Die Gründung der neuen Partei „Die Grünen“ führte innerhalb der Organisation zu heftigen Diskussionen; unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über die dieser Partei gegenüber einzunehmende Position waren schließlich mitursächlich für die bereits erwähnten Abspaltungen.

In Baden-Württemberg verfügt der KB unverändert über fünf – wenig aktive – Stützpunkte in Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim, denen insgesamt höchstens 25–30 Personen zuzurechnen sind. Das für das Jahr 1979 gesteckte Ziel, die Organisation in Baden-Württemberg stärker auszubauen und die Verkaufszahlen des Zentralorgans „Arbeiterkampf“ zu steigern, wurde nicht erreicht.



Publikationen der dogmatischen „Neuen Linken“ (ohne KBW)

3.6. „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS)

Am 13. und 14. April 1979 fand in Mannheim eine Konferenz mit Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Ihr Ziel war die Gründung einer weiteren Gruppierung der „Neuen Linken“, der **„Komitees für Demokratie und Sozialismus“**. Eingeladen hatten vorwiegend frühere Mitglieder und Funktionäre des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW), die wegen ihrer Kritik an der Partei ausgeschlossen worden waren oder die aus Enttäuschung über die Politik der Führungsgremien des KBW

Erneuter Versuch der Organisationsbildung innerhalb der „Neuen Linken“.

**Die Zersplitterung der
trotzkistischen Kräfte
dauert an.**

diesen verlassen hatten. Die etwa 150 Teilnehmer beschlossen zunächst lediglich eine gemeinsame Plattform, in der dazu aufgerufen wurde, die Bildung „örtlicher Komitees“ voranzutreiben, „für die politische und organisatorische Einheit der Sozialisten und Kommunisten einzutreten und ihre Zersplitterung und Spaltung zu überwinden“. Auf einer zweiten, wiederum in Mannheim durchgeführten Konferenz am 8. und 9. September 1979 verabschiedeten die Delegierten der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ einen Tätigkeitsplan, der sich – ersichtlich auch taktisch motiviert – vorwiegend mit aktuellen, in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Probleme befaßt, wie etwa dem „Kampf gegen das Atomenergieprogramm“ und der „Bewegung für die 35-Stunden-Woche“. Ferner setzten sich die „Komitees“ für die Bildung einer „Aktionseinheit“ aus Anlaß der Bundestagswahl 1980 ein.

Die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ waren Ende 1979 noch nicht zu einer organisatorisch verfestigten Gruppierung zusammengewachsen. Es handelt sich vielmehr um eine lose Verbindung örtlich selbständiger Komitees, die ihre Aufgabe bis auf weiteres darin sehen, „gemeinsame Aktionen möglich zu machen und die sozialistischen Anschauungen zu verbreiten“. Zentrale Leitungs- und Führungsgremien gibt es gegenwärtig nicht. Immerhin konnten sich die Gruppen auf die gemeinsame Herausgabe einer Zeitschrift „Hefte für Demokratie und Sozialismus“ einigen, die Ende 1979 erstmals verbreitet wurde.

In Baden-Württemberg bestanden Ende 1979 örtliche „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ in Heidelberg und Mannheim. Der Aufbau weiterer Stützpunkte ist geplant.

3.7. „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM)

Der organisierte Trotzkismus in der Bundesrepublik Deutschland ist unverändert durch die Existenz mehrerer, zumeist mitglieder-schwacher Vereinigungen gekennzeichnet. Dabei ist die im Mai 1969 als deutsche Sektion der IV. Internationale gegründete GIM nach wie vor die stärkste Gruppierung im Bundesgebiet. Ihr Programm stützt sich auf die von TROTZKI entwickelte Lehre von der „permanenten Revolution“ mit dem Endziel der Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ in Form einer „Rätekerrschaft“. Das Bekenntnis der GIM zum Trotzkismus schließt die Bejahung der revolutionären Gewalt ein, wobei der Zeitpunkt der Anwendung für die Gruppe lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit ist. Wie alle kommunistischen Gruppen ist auch die GIM nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut; dennoch gehört sie zu den wenigen Vereinigungen, die das Auftreten von „Fraktionen“ und „Tendenzen“ innerhalb ihrer Organisation zumeist dulden.

Die Selbsteinschätzung der GIM als „kleine revolutionäre Organisation“ kommt dem Eingeständnis nahe, daß sie 1979 keinerlei nennenswerte Erfolge zu verzeichnen hatte. Rückläufige Mitgliederzahlen, verursacht durch vermehrte Austritte selbst führender Funktionäre, waren bundesweit festzustellen. Daneben zwangen

finanzielle Schwierigkeiten zu Umstellungen bei der Herausgabe des Organs „was tun“: die zuvor wöchentlich vertriebene Zeitung erscheint seit April 1979 nur noch alle zwei Wochen; gleichzeitig mußte die Auflage um 30% auf 3000 Exemplare verringert werden. Das endgültige Scheitern der seit 1978 laufenden Vereinigungsbemühungen mit der trotzkistisch orientierten **„Kommunistischen Liga“ (KL)** zerstörte zudem alle Hoffnungen auf eine personelle Stärkung. Die Aktivitäten der gegenwärtig noch knapp 70 Mitglieder umfassenden GIM-Organisation in Baden-Württemberg beschränkte sich im wesentlichen auf die Verbreitung von Publikationen und die Durchführung gelegentlicher öffentlicher Veranstaltungen, vorwiegend in den Universitätsstädten Freiburg, Tübingen, Stuttgart und Heidelberg.

3.8. Sonstige trotzkistische Vereinigungen

Der **„Spartacusbund“** trat im Jahre 1979 in Baden-Württemberg nicht mehr erkennbar in Erscheinung. Auf seine Existenz wiesen lediglich noch vereinzelt verbreitete, teilweise gemeinsam mit der GIM herausgegebene Flugblätter hin.

Auch die erst 1978 von ehemaligen Mitgliedern des „Spartacusbundes“ gegründete **„Kommunistische Liga“ (KL)** sowie der **„Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA)** und dessen Jugendgruppe **„Sozialistischer Jugendbund“ (SJB)** entfalteten 1979 in Baden-Württemberg kaum noch Aktivitäten.

Die **„Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG)**, eine trotzkistische Funktionärsgruppe mit Sitz in Frankfurt, die im Januar 1979 erstmals in unserem Lande aufgetreten ist, konnte ihre Organisation nicht weiter ausbauen. Ihre lediglich publizistisch geartete Tätigkeit blieb auf den Raum Heidelberg – Mannheim – Ludwigshafen beschränkt.

Durch – vor allem im Heidelberger Raum verbreitete – Flugschriften ist 1979 eine weitere trotzkistische Gruppe, die **„Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation“ (ISA)**, aktiv geworden. Sie war auf dem im Juli 1979 durchgeführten „I. Kongreß der trotzkistischen Organisation in ganz Deutschland – für den Wiederaufbau der IV. Internationale“ konstituiert worden. Einem Flugblatt zufolge kämpft die neue Vereinigung – ebenso wie die anderen trotzkistischen Organisationen – für die „Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, für die Arbeiterregierung, die Diktatur des Proletariats, die eine, unteilbare Räterepublik Deutschland“.

4. Organisationen der „Alten Linken“

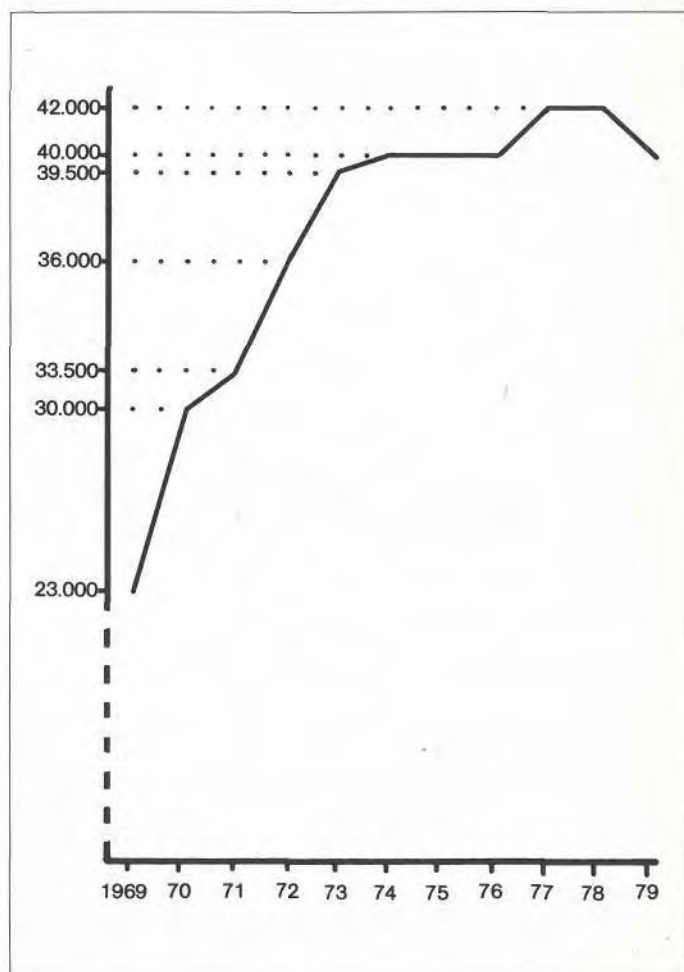
4.1. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Der sich ohne jegliche Einschränkung kritiklos an der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) orientierende orthodoxe Kommunismus wird in der Bundesrepublik Deutschland seit mehr als zehn Jahren von der **„Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP)** repräsentiert. Sie hat sich auch 1979 allseitig und

Die DKP bleibt die stärkste extremistische Partei im Bundesgebiet.

ausnahmslos den ideologischen und politischen Leitlinien der KPdSU untergeordnet. Trotz dieser dogmatischen Starrheit blieb die DKP die mit Abstand mitgliederstärkste aller im Bundesgebiet aktiven linksextremen Organisationen. Ihr organisatorischer und personeller Aufbau hat sich seit der „Neukonstituierung“ im September 1968 zwar nicht eben stürmisch, aber doch mit einer unbeirrbaren Stetigkeit vollzogen. Vom Präsidium, das in Düsseldorf seinen Sitz hat, werden die im Bundesgebiet agierenden 12 Bezirksorganisationen, die weitgehend Landesverbänden entsprechen, straff geführt. Dabei ist es die wesentliche Aufgabe dieser Führungsebene, die nachgeordneten Kreisorganisationen, unter denen wiederum die Wohngebiets-, Betriebs- und Hochschulgruppen als die sogenannten Grundeinheiten angesiedelt sind, „anzuleiten“. Das bedeutet in der Praxis, daß die Führung der DKP ihre Beschlüsse auf allen Ebenen der Partei nach den – von jeder kommunistischen Organisation als schlechthin konstitu-

Entwicklung des
Mitgliederstandes der
DKP
(geschätzt)



ierend angesehenen – Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ durchzusetzen vermag. Damit können Fraktionierungen ebenso wie bloße abweichende Meinungen bereits im Ansatz unterdrückt werden. Bezeichnend für die auf diese Weise erzwungene „ideologische Festigkeit“ ist, daß es innerhalb der DKP keinerlei ernstzunehmende „revisionistische Tendenzen“ – wie etwa Sympathien mit eurokommunistischen Vorstellungen und Intentionen – gibt.

Die vor allem die Parteien und Zirkel der „Neuen Linken“ erschütternde oder zumindest abbremsende „Krise der linken Bewegung“ wirkte sich auf die DKP kaum aus. Allerdings ist es der Partei 1979 erstmals trotz vielfältiger Bemühungen nicht mehr gelungen, den Mitgliederstand des Vorjahres zu halten oder gar auszubauen. Eine Reihe von Austritten, über deren Zahl sich die DKP freilich ausschwig, sowie die im Zuge des im vergangenen Jahr durchgeführten Umtauschs aller Mitgliedsbücher notwendig gewordene Bereinigung des Karteibestandes führten zu einem leichten Rückgang der Mitgliederzahl der Gesamtorganisation. Danach dürften Ende 1979 in der DKP noch etwa 40 000 Mitglieder organisiert gewesen sein (1978: ca. 42 000).

Daß die Parteiführung mit dieser Entwicklung unzufrieden war, läßt sich zumindest daraus ersehen, daß 1979 auf die in früheren Jahren regelmäßig verbreitete „Erfolgsmeldung“ verzichtet wurde. Noch 1978 hatte die DKP eine – allerdings überhöhte – Mitgliederzahl von 46 480 angegeben. 1980 will sie eine umfangreiche Werbekampagne starten, wobei besonders darauf geachtet werden soll, die Zahl der Angehörigen der „Arbeiterklasse“ zu erhöhen, um den immer weiter wachsenden Anteil der Intellektuellen einzudämmen. Diesem Vorhaben diente eine Besprechung des Parteivorstandes der DKP mit den Vorsitzenden der Kreisorganisationen am 1. Dezember 1979 in Dortmund, bei der das „große Kampfziel“, „Tausende neue Mitglieder aus der Industriearbeiterschaft und der Arbeiterjugend“ zu gewinnen, formuliert und bekanntgemacht wurde.

Auch in Baden-Württemberg mußte die DKP erstmals seit Jahren leichte Verluste hinnehmen und zählt jetzt etwa 2900 Mitglieder (1978: 3150), die in 23 Kreisorganisationen und 121 (1978: 120) Grundeinheiten gegliedert sind. Die Partei, deren gesamte Tätigkeit vom Bezirksvorstand in Stuttgart gesteuert wird, konnte damit ihre Organisation in Baden-Württemberg nicht weiter ausdehnen.

**Zahl der Grundeinheiten der DKP in Baden-Württemberg
(Zahlen in Klammern: Stand 1978)**

Wohngebiets- gruppen	Betriebs- gruppen	Hochschul- gruppen
90 (89)	18 (18)	13 (13)

Daneben werden vom Parteivorstand in Düsseldorf auch weiterhin der „DKP-Pressedienst“, die „DKP-Informationen“, die „Landrevue-Informationen für die Landbevölkerung“ und die Zeitschrift „praxis“ herausgegeben. Weitere Publikationen wie die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und die „Marxistischen Blätter“ werden von der DKP nahestehenden Firmen gedruckt oder von diesen verlegt. Ferner verbreitet die Partei die deutschsprachige Ausgabe der internationalen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“.

*DKP-Publikationen,
insbesondere Betriebs-
zeitungen*



gehören die in relativ großer Auflage erscheinenden Betriebs- und Ortszeitungen. Daß die DKP gerade diesen Flugschriften besondere Bedeutung beimißt, wird dadurch unterstrichen, daß deren Zahl gegenüber 1978 weiter gestiegen ist.

**Zahl der DKP-Zeitungen in Baden-Württemberg
(Zahlen in Klammer: Stand 1978)**

Orts- und Stadt- zeitungen	Betriebs- zeitungen	Hochschul- zeitungen
49 (24)	19 (14)	6 (9)

Bei den Orts- und Stadtzeitungen muß freilich berücksichtigt werden, daß einige nur in größeren zeitlichen Abständen erscheinen und in der Regel nur wenige Seiten stark sind.

Immerhin ist es der DKP mit diesen – vor allem aktuelle Sachfragen und lokale Bedürfnisse ansprechenden – Zeitungen in einigen Bereichen gelungen, eine gewisse, nicht selten ihre Bedeutung als Partei übersteigende Resonanz zu finden.

Die DKP hat im Jahre 1979 auch in Baden-Württemberg ihre Bemühungen weiter verstärkt, durch das Aufgreifen tatsächlicher oder angeblicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf sich aufmerksam zu machen. Diese öffentliche Geschäftigkeit soll allem Anschein nach den Beweis dafür erbringen, mit welcher Ausdauer und Unerschrockenheit sich Kommunisten für die „Interessen der arbeitenden Bevölkerung“ einsetzen. In diesem Sinne griff die Partei beispielsweise Probleme ausländischer Arbeitnehmer sowie der Stadtsanierung und der Verkehrsplanung auf, kritisierte bestimmte Einzelpositionen kommunaler Haushaltssatzungen, führte Unterschriftensammlungen gegen die Erhöhungen der Heizöl- und Gaspreise durch, brandmarkte angebliche Umweltverschmutzungen, agitierte gegen die Rodung von Wäldern und engagierte sich für die Erhaltung von Naherholungsgebieten. Breiten Raum in der Agitation der DKP nahm seit dem Frühsommer 1979 auch die Kampagne gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Franz-Josef STRAUSS, ein.

Mit gleicher Intensität unterstützte die DKP regionale und bundesweite Protestaktionen gegen die sogenannten Berufsverbote. In öffentlichen Erklärungen, zahlreichen Flugschriften und Dokumentationen versuchte sie – gelegentlich flankiert durch Meinungsäußerungen und Forderungen aus dem demokratischen Raum – den Nachweis zu führen, daß die vom „Berufsverbot“ betroffenen DKP-Mitglieder zu jenem Personenkreis zu zählen seien, der sich besonders nachdrücklich für die „Verteidigung demokratischer Rechte“ einsetze und dessen Verfassungstreue außer Zweifel stehe.

Obwohl der von der DKP in dieser Weise herausgestellte vorgebliche Einsatz für den „demokratischen und sozialen Fortschritt“ insgesamt noch immer nicht die von der Parteiführung erhoffte Resonanz hatte, zeigen dennoch Einzelergebnisse bei Wahlen

DKP UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER



DKP VE YABANCI İŞÇİLER

**TO ΓΚΚ ΚΑΙ ΟΙ
ΑΛΛΟΔΑΠΟΙ ΕΡΓΑΤΕΣ**

**DKP E TRABALHADORES
ESTRANGEIROS**

**DKP E LAVORATORI
STRANIERI**

**PCA Y LOS TRABAJADORES
EXTRANJEROS**

DKP I STRANI RADNICI



des Jahres 1979, daß sich – allmählich in größerer Breite – gewisse Erfolge des taktischen Konzepts des „langen Atems“ einstellen. Das Bekenntnis der DKP zu leninistischen Prinzipien und ihr Selbstverständnis als „Erbin der KPD“ lassen keinen Zweifel daran zu, daß ihre breitgefächerten Kampagnen für sie langfristig lediglich Mittel zur Erreichung ihres eigentlichen Fernzieles sind, nämlich der totalen Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Die DKP erklärt auch offen, daß sie den Blick stets auf die „weitergehenden Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung“ richte. Das bedeutet, daß die Partei, die nach eigener Einschätzung „den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung unseres Landes verkörpert“, trotz aller Scheinbekenntnisse konsequent und ohne Abstriche an ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung festhält.

Ihre Tätigkeit orientiert sich an dem 1978 verabschiedeten Programm, in dem sie sich für die „revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse“ einsetzt und nach dem sie auf dem Wege eines „harten Klassenkampfes“ die „politische Macht der Arbeiterklasse“ erringen und sichern will, die letztlich mit der Herrschaft der kommunistischen Partei identisch ist. Die auch 1979 von der DKP mehrfach verbreitete Behauptung, sie „wirke auf dem Boden des Grundgesetzes“, ist damit – angesichts ihrer tatsächlichen in offen zugänglichen Publikationen nachzulesenden Zielsetzung – nicht mehr als ein Lippenbekenntnis.

In diesem Zusammenhang muß auch die Beteiligung der DKP an Wahlen gesehen werden. Der DKP-Parteivorstand hatte hierzu in seinem Rechenschaftsbericht zum 5. Parteitag im Oktober 1978 in Mannheim ausgeführt:

„... Wir wissen, daß wir für eine grundlegende Verbesserung unserer Stimmenergebnisse einen langen Atem brauchen ...

Eines ist klar: wir denken gar nicht daran, vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren. Die Erfahrung, daß wir in außerparlamentarischen Bereichen weitaus erfolgreicher waren, veranlaßt uns nicht etwa zu dem Fehlschluß, im Ringen um parlamentarische Positionen künftig kurzzutreten. Wir werden auf unsere selbständige Kandidatur bei Wahlen nicht verzichten, denn wir lassen uns nicht ins Abseits stellen. Wir müssen und werden den außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf noch enger miteinander verbinden ...“

Während bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 der Stimmenanteil der DKP 0,4% betrug, erzielte sie bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg am 28. Oktober 1979 eine Reihe beachtlicher Einzelergebnisse. Es gelang ihr nicht nur, ihren Sitz im Esslinger Kreistag zu halten; erstmals zog sie auch – bei einem Stimmenanteil von 3,7% – mit einem Vertreter in das Tübinger Kreisparlament ein. Im Wahlkreis Tübingen-Stadt waren sogar 6,1% der Stimmen für die DKP abgegeben worden. Die Partei ist inzwischen nach dem Stand vom November 1979 bundesweit in 37 Kommunal- und Kreisparlamenten mit insgesamt 79 Mandaten vertreten.

Anläßlich dieser beiden Wahlen war zugleich deutlich geworden, daß die DKP in der Konstituierung der „Grünen“ als politische Partei eine Gefährdung ihrer eigenen Position sieht. Sie bezeichnete die „Grünen“ als „Scheinalternative“, welche die „vielfältigen Bürgerinitiativen“ spalte und „den gemeinsamen Anliegen“ schade. Die DKP sah es daher als eine wichtige Aufgabe aller Mitglieder der Partei an, „in Gesprächen mit Anhängern und Sympathisanten der Grünen unseren Standpunkt darzulegen und sie zu überzeugen, daß es einen besseren, einen zukunftsträchtigeren Weg gibt“.

Für das Jahr 1978 – neuere Angaben liegen noch nicht vor – hat die DKP Einnahmen in Höhe von DM 13 686 978,– ausgewiesen. Zur

Die Jugendarbeit bleibt einer der wichtigsten Bereiche kommunistischer Aktivitäten.

Aufkleber der SDAJ

Finanzierung des aufwendigen Parteiapparates und der vielfältigen Aktivitäten reichen diese Mittel freilich bei weitem nicht aus. So bleibt die DKP unverändert auf massive Zuwendungen aus der DDR angewiesen, die bereits 1977 die Größenordnung von 50 Millionen DM überschritten hatten.

4.2. „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die 1968 gegründete SDAJ hält unverändert an ihrem Ziel fest, in enger Kooperation mit der DKP, der „Partei der Arbeiterklasse“, auf die Errichtung einer „sozialistischen Bundesrepublik Deutschland“ hinzuwirken. An ihrer engen und „freundschaftlichen Verbundenheit“ mit der DKP, die auch in deren Parteiprogramm von 1978 von neuem bekräftigt wurde, ließ die SDAJ keinerlei Zweifel aufkommen. Freilich blieben ihr im grundsätzlichen wie in der politischen Tagesarbeit auch keinerlei Ermessensspielräume, da der bestimmende Einfluß der DKP auf die Führungsgremien der Jugendorganisation auch 1979 in gleicher Weise fortbestand. Auf dem VI. Bundeskongreß der SDAJ im Mai 1979 in Hamburg, der unter dem Motto stand „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Mach' mit in der SDAJ“ wurde wiederum ein Mitglied des DKP-Parteivorstandes, Werner STÜRMANN, zum Bundesvorsitzenden gewählt. Auf dem Kongreß waren – wie schon bei früheren Anlässen – Delegationen aus der UdSSR und der DDR sowie Abordnungen der DKP, der „Jungen Pioniere“ (JP) und des MSB Spartakus vertreten.



Bundesweit dürften in der SDAJ – wie 1978 – rund 15 000 aktive Mitglieder organisiert sein. Die Vereinigung behauptet allerdings, ihr gehörten 35 000 Personen an, von denen 5000 neu gewonnen

worden seien. In Baden-Württemberg sind der Organisation weiterhin etwa 1000 Mitglieder zuzurechnen, die in 60 örtlichen Gruppen (1978: 54) zusammengefaßt sind. Auch in unserem Bundesland gehört der Landesvorsitzende der SDAJ der DKP an. Mit dem monatlich erscheinenden Sprachrohr „elan – das Jugendmagazin“ und meist unregelmäßig herausgegebenen Kleinzeitschriften versucht die „sozialistische Jugendorganisation“ im Sinne der DKP Einfluß auf die junge Generation zu gewinnen.



„Elan“ – Jugendmagazin der orthodox-kommunistischen SDAJ

Agitationsschwerpunkte sind dabei vor allem die Bereiche Schule, Betrieb und Ausbildung. So trat die SDAJ im vergangenen Jahr mit einer Kampagne „gegen den Lehrstellenmangel“ und gegen die angebliche Vernichtung von Ausbildungsplätzen im Bereich der Bundesbahn auf. Außerdem unterstützte sie mit besonderem Engagement die massive Agitation der DKP gegen die Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef STRAUSS; im ganzen Bundesgebiet initiierte sie Jugendkonzerte unter dem Motto „Rock gegen Rechts“ und „Rock gegen

Strauß“, bei denen sie geschickt Agitation mit Unterhaltung verknüpfte.

Im September 1979 veranstaltete die SDAJ ferner eine „Freundschaftswoche“ zwischen der Jugend der Bundesrepublik Deutschland und der Jugend der DDR. Zahlreiche Funktionäre der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR nahmen an den Veranstaltungen teil.

Der Versuch der SDAJ, in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden, ist wiederum gescheitert. Auf der 51. Vollversammlung des „Deutschen Bundesjugendrings“ (DBJR) am 3./4. Oktober 1979 in Altenberg bei Köln wurde ihr Aufnahmeantrag erneut abgelehnt. Unabhängig davon setzte sie auch in Baden-Württemberg ihre Bemühungen fort, Eingang in weitere Kreis- und Stadtjugendringe zu finden.

4.3. „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die auf Initiative der DKP am 1. Juni 1974 nach dem Vorbild der Staatsjugendorganisationen der sozialistischen Länder gegründeten **„Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)** sehen sich nach eigenem Bekunden als „Weggefährte“ jener Organisationen, die „gegen die Macht der Monopole“ und „für den Sozialismus“ kämpfen. Die JP arbeiten dementsprechend auf allen Ebenen eng mit der DKP und der SDAJ zusammen. Ihr Vorsitzender ist bezeichnenderweise Mitglied in beiden Organisationen.

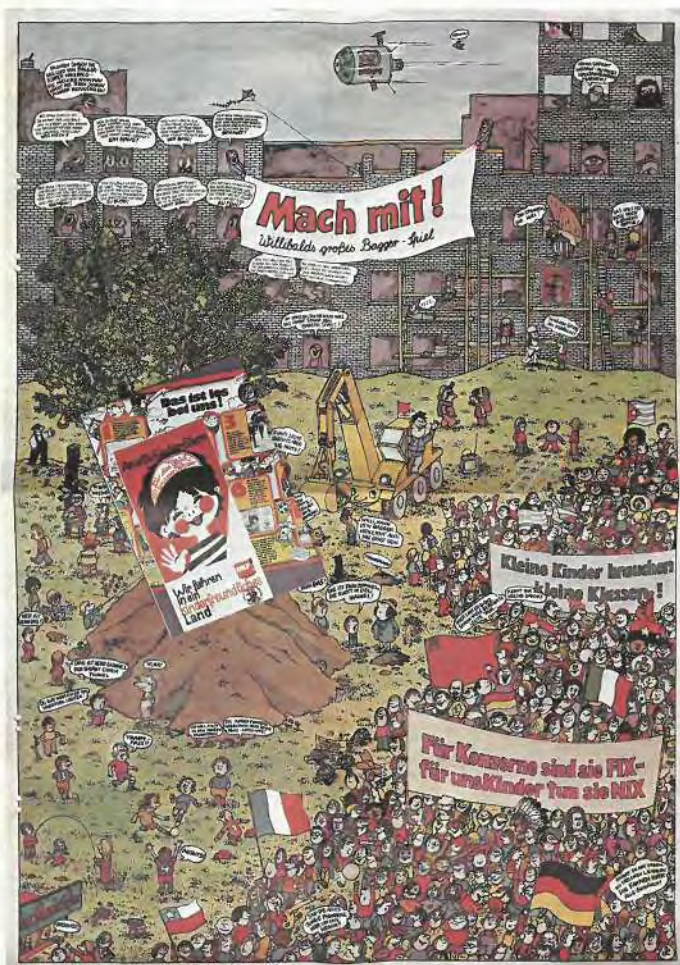
Der Vereinigung, die von einer Bundesleitung geführt wird, gehören inzwischen etwa 2500 Kinder an, die in 335 Gruppen organisiert sind. In Baden-Württemberg haben die JP bisher 17 Gruppen mit rund 170 Kindern aufgebaut. Mitglied der „Sozialistischen Kinderorganisation“ können Mädchen und Jungen im Alter zwischen 6 und 14 Jahren sowie ferner solche Jugendliche und Erwachsene werden, die die Organisation unterstützen und fördern oder eine Leitungsfunktion übernehmen.

Zur Information und Werbung gibt die JP-Bundesleitung die Kinderzeitung „Willibald“ und die „Pionierleiter-Information“ heraus.

Der eigentliche Auftrag der JP ist die geschickte Verquickung von Freizeitgestaltung und Politik in den örtlichen Gruppen, um damit die junge Generation allmählich an die Partei heranzuführen. Wochenendausflüge, Wanderungen sowie Spiel- und Singnachmittage haben die Aufgabe, das kollektive Erlebnis der Kinder zu fördern, die Gruppe nach innen zu stärken und noch unsichere Kinder schneller zu integrieren.

Preisgünstige Ferienreisen in die DDR für Kinder im Alter von 10–14 Jahren dienen in besonderem Maße der Vermittlung ausgewählter und einseitiger „Informationen“ über ein „Land des realen Sozialismus“, für dessen Besuch regelmäßig mit dem scheinbar unverfänglichen Motto „Komm mit in ein kinderfreundliches Land“ geworben wird. Die JP sind vor allem darum bemüht, daß auch Kinder an den Ferienaktionen teilnehmen, deren Eltern

nicht Mitglieder der DKP sind. Der Unkostenbeitrag für den mehrwöchigen DDR-Ferienaufenthalt – in der Regel sind es drei Wochen – liegt je nach Zielort zwischen 60,- DM und 128,- DM,



Beispiel orthodox-kommunistischer Jugendarbeit

einschließlich Fahrtkosten, Verpflegung, Unterkunft und Taschengeld. Im Jahre 1979 dürften etwa 250 Kinder aus Baden-Württemberg dem Aufruf der JP gefolgt sein und ihre Ferien in der DDR verbracht haben.

4.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen

Seit der Gründung im Jahre 1968 gehört es zu den Schwerpunktaufgaben der DKP, Einfluß auf ein ganzes Netz „befreundeter Organisationen“ zu gewinnen, diesen unmerklich geltend zu machen und gegebenenfalls noch zu verstärken. Dieses Ziel verfolgt sie zäh und beharrlich mit der Forderung nach „Herstellung eines breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte“. Die-

„Bündnispolitik“ – wichtiger Bestandteil kommunistischer Strategie.

ses Bündnis, das die Einwirkungsmöglichkeiten der DKP über den engeren Kreis der Parteimitglieder hinaus erweitern soll, dient – wie es im DKP-Programm heißt – der „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“, also einer von mehreren Etappen auf dem Wege zur „tiefgreifenden Umgestaltung“ der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.

Die DKP legte deshalb weiterhin besonderen Wert auf eine mehr oder weniger verdeckte Beteiligung an „demokratischen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bündnissen“. Der Taktik der verteilten Rollen entsprechend traten jedoch gelegentlich auch andere „befreundete Organisationen“ als treibende Kraft auf; so wird etwa die Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote in erster Linie von der **„Deutschen Friedensunion“ (DFU)** – freilich in enger Abstimmung mit der DKP – getragen.

Im Rahmen ihrer „Bündnispolitik“ stützt sich die DKP unter anderem auf folgende Organisationen:

- „Deutsche Friedensunion“ (DFU)
- „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)
- „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)
- „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)
- „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)

Einige dieser Gruppen sind auf Betreiben von Kommunisten gegründet worden, andere hatten sich zunächst ohne erkennbaren kommunistischen Einfluß gebildet, wurden aber später zum Gegenstand kommunistischer Unterwanderung. Der Grad des Einflusses der DKP ist – sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene – unterschiedlich. Während in einigen dieser Organisationen wesentliche Entscheidungen gegen den Willen der DKP in der Regel nicht möglich sind, können in anderen trotz des kommunistischen Einflusses auch eigene, nicht in jedem Fall parteikonforme Vorstellungen entwickelt werden.

„Deutsche Friedensunion“ (DFU)

Eine der aktivsten Organisationen im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik ist die im Jahre 1960 gegründete „Deutsche Friedensunion“ (DFU). Sie konzentriert sich seit Jahren auf die Kampagne gegen die „Berufsverbote“, wendet sich gegen die geplante Produktion von Neutronenwaffen und deren vorgesehene Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland sowie gegen „Antikommunismus“ und „Antisowjetismus“ in unserem Land. Die von der DFU entfaltete publizistische Aktivität in diesen Bereichen entspricht nach Inhalt und Form auffällig jener, die von der DKP betrieben wird.

Die DFU tritt mit ihrer propagandistischen Tätigkeit ferner über eine Reihe eigener Kommissionen und „Initiativen“ an die Öffentlichkeit. Zu diesen gehören beispielsweise

- die DFU-Abrüstungskommission
- der DFU-Arbeitskreis für Mittelstandsfragen

- die DFU-Landesbildungskommission
- die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (mit einer Anzahl regionaler und örtlicher Initiativen)

Nach wie vor sind sowohl im Präsidium als auch im Bundesvorstand der DFU Mitglieder der DKP und ehemalige Angehörige der 1956 verbotenen KPD vertreten.

„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Die seit über 30 Jahren bestehende VVN-BdA ist eine der größten kommunistisch beeinflussten Organisationen im Bundesgebiet. Mehr als die Hälfte der Mitglieder ihres Präsidiums sind zugleich Mitglieder der DKP oder ehemalige Mitglieder der 1956 verbotenen KPD. Die VVN-BdA gehört der prosovjetschen „Fédération Internationale des Résistants“ an. Im Rahmen der von der DKP betriebenen Bündnispolitik fällt ihr die Rolle zu, die von der DKP im Inland betriebene Agitation gegen die angeblich neonazistische, entspannungsfeindliche und undemokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auch international auszuweiten. Die von ihr seit Jahren in extrem überzeichneter Weise geführte Kampagne gegen den in unserem Land nach ihrer Darstellung wiedererwachenden „Faschismus“ verfolgt nicht zuletzt auch den Zweck, die Organisation durch die Zuführung junger Mitglieder vor drohender Überalterung zu bewahren. Diesem Ziel dient offenbar auch das im Mai 1979 einstimmig angenommene „Orientierungs- und Aktionsprogramm“, in dem sich die Gruppe als „Kampfgemeinschaft Gleichgesinnter“ bezeichnet und die „Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Liberalen und Parteilosens“ propagiert.

Alle von der DKP beeinflussten Organisationen haben auch 1979 ihre mehr oder minder weitreichende Übereinstimmung mit deren Kurs dadurch dokumentiert, daß sie mit ihr und den ihr politisch eng verbundenen Vereinigungen SDAJ und MSB Spartakus wiederum gemeinsame Aktionen durchgeführt haben. Kritische Äußerungen ihrer Leitungsgremien oder einzelner maßgeblicher Funktionsträger an die Adresse der DKP oder über Vorgänge und Zustände in kommunistischen Staaten wurden dagegen nicht bekannt.

5. Zur Situation an den Hochschulen des Landes

Die zumeist überregional organisierten politisch extremen Hochschulgruppen führten auch im Jahre 1979 ihre Aktivitäten an den Hochschulen des Landes fort. Sie verfolgten dabei unvermindert das Ziel, durch tendenziöse Darstellung und Kommentierung aktueller (Hochschul-) Probleme Mißtrauen gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schüren, um zumindest Teile der Studentenschaft vor der angeblichen Notwendigkeit ihrer Beseitigung zu überzeugen.

Trotz geringer gewordener Resonanz setzen linksextreme Hochschulgruppen ihre Agitation fort.

Die Mehrzahl der extremistischen Hochschulgruppen agiert dabei als verlängerter Arm der jeweiligen kommunistischen Partei. Folgende linksextreme Studentenvereinigungen sind an den baden-württembergischen Hochschulen besonders aktiv:

Publikationen linksextremer Studentengruppen



„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)

Der orthodox-kommunistische **MSB Spartakus** ist nach wie vor der mitgliederstärkste überregionale Studentenverband. Er ist zwar formal selbstständig, arbeitet jedoch seit seiner Gründung im

Jahre 1971 eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) zusammen. Er bekennt sich – wie die DKP – zum Marxismus-Leninismus und setzt sich offen für die „sozialistische Revolution“ ein. Der Studentenverband, der von einem Bundesvorstand in Bonn geführt wird, ist an nahezu allen Hochschulen im Bundesgebiet vertreten. In Baden-Württemberg zählt er 14 Gruppen.

„Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)

Der SHB, der sich als marxistische Gruppierung bezeichnet, ist einer der zahlenmäßig starken Studentenverbände im Bundesgebiet. Seine Zielsetzung, die sich aus der noch immer gültigen „Grundsatzerklärung“ von 1972 ergibt, ist auf die „sozialistische Umgestaltung“ ausgerichtet. In diesem Zusammenhang hält die Gruppe erklärtermaßen an der Notwendigkeit der „Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten“ fest. Bevorzugter Bündnispartner ist bereits seit Jahren der DKP-nahe MSB Spartakus. Die örtlichen Gruppen des SHB sind in Landesverbänden zusammengeschlossen. Geführt wird der Gesamtverband vom Bundesvorstand in Bonn.

„Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)

Die KHG ist die Studentenorganisation des maoistisch orientierten „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW), deren örtliche Gliederungen zumeist im Anschluß an die Gründung des KBW im Jahre 1973 entstanden waren. Seit 1976 sind jeweils mehrere Gruppen der KHG in „Bezirken“ zusammengefaßt, die sich mit den Bezirksverbänden des KBW decken.

Die KHG, deren Mitglieder oft zugleich dem KBW angehören, tritt an nahezu allen Universitäten, weniger dagegen an den sonstigen Hochschulen des Landes, auf. Der Studentenverband agitiert auf der „Grundlage des Programms des KBW“ und setzt sich für dessen „Verankerung in den studentischen Massen“ ein. Mit dem eindeutigen Bekenntnis zur Programmatik des KBW identifiziert sich die KGH ohne jegliche Abstriche mit der Absicht der Partei, die „politische Macht mit Waffengewalt“ zu erkämpfen.

„Kommunistischer Studentenverband“ (KSV)

Der bereits im Jahre 1971 gegründete KSV hatte – wie seine Mutterpartei, die inzwischen aufgelöste maoistische KPD – 1979 weiter erheblich an Einfluß verloren. Die Tätigkeit der „Zentralen Leitung“ in Köln sowie der wenigen KSV-Zellen in Baden-Württemberg, die der Regionalleitung in Stuttgart unterstanden, war auffällig zurückgegangen und zwang die Organisation im März 1980 dazu, ihre Auflösung zu beschließen.

„Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)

Die „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG) wurden im Jahre 1973 als Studentenverband des maoistischen „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD) gegründet. Sie

streben gemeinsam mit dem KABD die gewaltsame Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ an. Die KSG konnten auch 1979 die bereits seit Jahren deutlich werdende personelle und organisatorische Auszehrung nicht stoppen.

Im Jahre 1979 setzten alle linksextremen Hochschulvereinigungen ihre Polemik gegen das am 1. Januar 1978 in Kraft getretene „Gesetz über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg“ (Universitätsgesetz) fort. Ihre Kritik entzündete sich vor allem an der Abschaffung der verfaßten Studentenschaft. Trotz solcher Angriffe beteiligte sich aber die Mehrzahl der linksextremen Hochschulgruppen auch im vergangenen Jahr an den Wahlen zum Großen Senat, dessen studentische Mitglieder den AStA bilden. Zugleich wurden die Versuche fortgesetzt, Angehörige gemäßigter Studentengruppen an der Übernahme von Funktionen im AStA zu hindern oder die ordnungsgemäße Arbeit in diesem Gremium zu erschweren. Die Ergebnisse der an den 9 Universitäten des Landes durchgeführten Wahlen zeigen, daß der organisierte Linksextremismus gegenüber 1978 seinen Einfluß wieder geringfügig steigern konnte. Dies gilt freilich nicht in gleichem Maße und nicht überall für Hochschulgruppen oder Bündnislisten, die dem Bereich der undogmatischen „Neuen Linken“ zuzurechnen sind. Von allen linksextremen – dogmatisch ausgerichteten – Hochschulvereinigungen konnte sich wiederum der MSB Spartakus, der an 8 von 9 Universitäten ausschließlich in Form von Listenverbindungen – meistens mit dem SHB und „Unorganisierten“ – auftrat, am besten behaupten. Auf diese Listenverbindungen entfielen 38 (1978:28) der in 9 Asten insgesamt zu vergebenden 114 Sitze.

Die Studentenorganisationen des KBW, der KPD, des KABD sowie der albanisch orientierten KPD/ML hingegen konnten im Jahre 1979 „unter offener Flagge“ keinen Sitz in den Allgemeinen Studentenausschüssen erringen. Teilweise kandidierten Angehörige dieser Studentenvereinigungen auf nach außen unverfänglich erscheinenden Listenverbindungen; die Zugehörigkeit zu einer linksextremen Gruppierung wurde aus taktischen Gründen verschwiegen.

Relativ stark vertreten sind – allerdings nur in den Asten der Universitäten Tübingen und Konstanz – Gruppierungen, die aufgrund ihrer Aktivitäten sowie öffentlicher Erklärungen dem Bereich der undogmatischen „Neuen Linken“ zuzuordnen sind.

An einigen Universitäten in Baden-Württemberg (Karlsruhe, Konstanz, Freiburg, Mannheim und Stuttgart) fanden in Fortführung des Protestes gegen das Universitätsgesetz wiederum Wahlen auf privater Basis zum hochschulrechtlich nicht vorgesehenen Studentenparlament und zum AStA (sogenannter Unabhängiger AStA = UStA) statt. An diesen Wahlen beteiligten sich sowohl linksextreme als auch gemäßigte Studentenvereinigungen.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Die Situation des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland war 1979 durch weiteren Mitglieder-rückgang und fortschreitenden Organisationsschwund gekennzeichnet. Lediglich die militanten neonazistischen Gruppen konnten die Zahl ihrer Mitglieder um 400 auf nunmehr 1400 steigern. Dieser Entwicklung entsprechend ging auch die Zahl der in Baden-Württemberg existierenden rechtsextremistischen Vereinigungen, Verlage und Buchdienste zurück, während die Gesamtmitgliederzahl in unserem Lande gegenüber dem Vorjahr konstant blieb.

Mitgliederrückgang und Organisationschwund bei der „alten Rechten“ – wachsende Bedeutung neonazistischer Zirkel.

Zahl der rechtsextremistischen Organisation und deren Mitglieder 1976–1979				
	1976	1977	1978	1979
1. Bundesrepublik Deutschland				
a) Organisationen (ohne Verlage u. Buchdienste)	85	83	76	69
b) Mitglieder/Anhänger	18200	17800	17600	17300
2. Baden-Württemberg				
a) Organisationen (einschl. Verlage u. Buchdienste)	40	40	36	30
b) Mitglieder/Anhänger	2300– 2800	2200– 2500	2100– 2300	2100– 2300

Von den zur „**Alten Rechten**“ zählenden Parteien und Organisationen verfügen nur noch die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (NPD) einschließlich ihrer Jugendorganisation „**Junge Nationaldemokraten**“ (JN) sowie die unter der Bezeichnung „**National-Freiheitliche Rechte**“ auftretende Kräfte um den Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, über ein größeres Mitgliederpotential.

Ideologische und persönliche Streitigkeiten führten zur Auflösung kleinerer Gruppierungen sowie zu Neugründungen auf örtlicher Ebene: Ein Beispiel dafür ist der „Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands – Einigkeit und Recht und Freiheit“ in Mannheim, dessen Gründungsmitglieder 1979 die NPD im Streit verlassen hatten oder ausgeschlossen worden waren. Deutlich zugenommen haben gegenüber dem Vorjahr die Aktivitäten neonazistischer Zirkel sowie deren Bereitschaft zu gewaltsamem Vorgehen. Ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt jedoch, daß Baden-Württemberg auch im vergangenen Jahr kein Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten war, obwohl auch hier erste Ansätze zur Bildung einer Gruppierung nach dem Vorbild der **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS)** zu erkennen waren. Die Strafverfolgungsbehörden ermitteln in diesem Zusammenhang gegen einen größeren Personenkreis in den Räumen Offenburg und Stuttgart.

Die seit 1972 aus Absplitterungen der NPD hervorgegangenen Gruppen der **„Neuen Rechten“** proklamieren – im Gegensatz zur „alten“ oder „konservativen Rechten“ – volkssozialistische sowie nationalrevolutionäre Zielvorstellungen. Sie sind in Baden-Württemberg inzwischen zur völligen Bedeutungslosigkeit abgesunken. Auch die Versuche der **„Naturpolitischen Volkspartei“ (NPV)**, einer Nachfolgeorganisation des aus der **„Aktion Neue Rechte“ (ANR)** hervorgegangenen **„Rechtsblocks für Arbeiter, Bauern und Soldaten“ (RB)**, ihre in den letzten Jahren weitgehend zum Erliegen gekommene Parteiarbeit neu zu aktivieren, sind gescheitert.

Alle rechtsextremistischen Vereinigungen verfolgen – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ein gemeinsames Ziel: Die Bekämpfung und Diffamierung der Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Agitation ist geprägt von einer übersteigerten Betonung des „Volksganzen“ und der „Volksgemeinschaft“ auf Kosten der Rechte und Belange des einzelnen sowie durch mangelnde Distanz zum Dritten Reich bei gleichzeitiger Rechtfertigung oder Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts. Die neonazistischen Gruppen erstreben daneben unverhüllt die gewaltsame Beseitigung unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats in der Ausprägung des Grundgesetzes und die Errichtung eines dem nationalsozialistischen Führerstaat vergleichbaren Systems.

Die seit Jahren angespannte, teilweise sogar prekäre finanzielle Situation der meisten rechtsextremistischen Organisationen blieb auch 1979 unverändert. Lediglich die Vereinigungen um den Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung“ (DNZ), Dr. FREY, verfügen noch immer über ausreichende Mittel, die sie in die Lage versetzen, ihre über weite Strecken militanten publizistischen Angriffe fortzuführen. Haupteinnahmequellen der übrigen Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus sind nach wie vor Mitgliedsbeiträge sowie Spenden von Anhängern und Mitgliedern, die jedoch immer zögernder und spärlicher eingehen.

2. Neonazismus

2.1. Allgemeiner Überblick

In den letzten Jahren haben neonazistische Gruppen und Kleinstzirkel ihre personelle Basis im Bundesgebiet kontinuierlich verbreitern können. Allein von 1978 auf 1979 erhöhte sich ihr Anhängerpotential um 400 auf etwa 1400 Personen, von denen bereits über die Hälfte jünger als 30 Jahre alt ist. Das bedeutet, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder dieser besonders

Neonazistische Kadergruppen konnten ihre personelle Basis verbreitern.

In den USA hergestelltes, im Großraum Stuttgart verteiltes Flugblatt



NSDAP
GAU WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

Nähere Auskunft durch: P.O.Box 21, Reedy, W. Va. 25270 USA

fanatischen neonazistischen „Kampfgruppen“ das Dritte Reich nicht oder zumindest nicht mehr bewußt erlebt hat. Unbelehrbare ehemalige NSDAP-Mitglieder befinden sich inzwischen deutlich in der Minderzahl und waren kaum mehr prägend für die von Aktivisten gebildeten Kadergruppen der unmittelbar zurückliegenden Zeit.

Dem sogenannten harten Kern sind derzeit rund 300 Personen zuzurechnen, davon sind nahezu 200 bereits durch betont militantes, provozierendes Auftreten in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Dieser personelle Zuwachs bei den neonazistischen Gruppen – deren Gesamtzahl von 25 im Jahre 1978 auf 23 Ende 1979 zurückging – ist vor allem auf Absplitterungen von Organisationen der „Alten Rechten“, insbesondere von der Jugendorganisation der NPD, den **„Jungen Nationaldemokraten“ (JN)**, zurückzuführen. Auch andere rechtsextremistische Jugendgruppen, so etwa die **„Wiking-Jugend“**, sind in den letzten Jahren in wachsendem Maße in die Nähe neonazistischer Gruppierungen gerückt und stellen inzwischen ein nicht zu unterschätzendes personelles Reservoir für diese Zirkel dar.

Trotz der erkennbaren Stärkung dieser zu gewalttätigen „Kampfgruppen“ übergehenden Gruppen sind wiederholte Versuche, die im Bundesgebiet operierenden NS-Gruppen unter einer straff geführten Dachorganisation zu vereinen, an der Eigenwilligkeit der jeweiligen Funktionäre gescheitert. Die neonazistischen Zirkel sind daher noch immer ohne eine festere organisatorische Struktur. Sie entwickelten bislang auch keinerlei Neuansätze für ein gemeinsames ideologisches Konzept, sondern knüpfen unkritisch und ohne jede Anpassung an politische, gesellschaftliche und ökonomische Wandlungen, an eine Vielzahl wirrer Einzelforderungen und Thesen des Hitlerschen Nationalsozialismus an. Die Neonazis verbreiten insbesondere offen und militant antisemitische Thesen und machen kein Hehl aus ihrer Verachtung der demokratischen Staatsform, die sie durch ein der NS-Diktatur vergleichbares System ersetzen wollen.

2.2 NS-Gruppen im Bundesgebiet

Zu den fanatischsten Propagandisten neonazistischen Gedankengutes zählt seit Jahren Manfred ROEDER (Jahrgang 1929), der Leiter der von ihm bereits 1971 gegründeten **„Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI)**. ROEDER, der als Rechtsanwalt seit Dezember 1976 mit einem vorläufigen Berufsverbot belegt ist, entzieht sich seit Februar 1978 durch dauernden Aufenthalt im europäischen und außereuropäischen Ausland der Vollstreckung einer gegen ihn erkannten sechsmonatigen Freiheitsstrafe. Er wurde außerdem wegen Verbreitens von Propagandamaterialien verfassungswidriger Organisationen in mehreren Strafverfahren zu Geldstrafen verurteilt.

In den monatlich erscheinenden „Briefen“, die ROEDER seit Juli 1979 unter der Organisationsbezeichnung **„Europäische Freiheitsbewegung“** herausgibt, setzte er seine verleumderische Agitation gegen die Bundesrepublik Deutschland unvermindert

fort. Er verfolgt in jüngerer Zeit einen zunehmend nationalneutralistischen Kurs:

„... Die Europäische Freiheitsbewegung kämpft zuallererst für die Befreiung Europas von allen Besatzungstruppen, für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und eine Erneuerung abendländischer Kultur ...“

Sein fanatischer Haß gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland kommt in dem „6. Brief“ vom Dezember 1979 besonders zum Ausdruck:

„Dies war das zweite Weihnachtsfest im Untergrund, fern der Heimat und dem vertrauten Familienkreis. Aber seien Sie getrost; es erfüllt mich nicht mit Wehmut und schon gar nicht mit Zaghaftheit, sondern mit immer wilderer Entschlossenheit, diesem barbarischen Regime ein schmachliches Ende zu bereiten, das mit heuchlerischen Bekenntnissen über Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit daherkommt, aber gesunde und glückliche Familien verfolgt und zerschlägt ...“

Die seit dem Abtauchen ROEDERs von seiner Ehefrau in unregelmäßigen Zeitabständen in Schwarzenborn/Hessen abgehaltenen „Freundestreffen“ sollen in erster Linie der Förderung des Zusammenhalts der „Freunde“ und der Sammlung von Spenden für die Fortführung der Tätigkeit der DBI dienen. ROEDER selbst erhält im Ausland offensichtlich finanzielle Unterstützung von Gleichgesinnten.

Der Agrarjournalist Thies CHRISTOPHERSEN (Jahrgang 1918) aus Mohrkirch in Schleswig-Holstein, 1944 im KZ Auschwitz als „Sonderführer für Pflanzenzucht“ tätig, ist Leiter der von ihm 1972 gegründeten neonazistischen **„Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)**, die sich in ihrer Zielsetzung eng an die „Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI) Manfred ROEDERs anlehnt.

Bei Veranstaltungen und in den von ihm in seinem „Kritik-Verlag“ herausgegebenen Schriften wie „KRITIK – Die Stimme des Volkes“ und „Die Bauernschaft“ versucht CHRISTOPHERSEN insbesondere, die während der NS-Gewaltherrschaft an den Juden begangenen Verbrechen zu verharmlosen.

Durch Verfügung vom 16. Januar 1980 hat der Bundesminister des Innern mit Wirkung vom 30. Januar 1980 die neonazistische **„Wehrsportgruppe HOFFMANN“ (WSG)** als eine Vereinigung, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, verboten und aufgelöst sowie deren Vermögen beschlagnahmt und eingezogen. Bei den im Zusammenhang mit dem WSG-Verbot in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg durchgeführten Hausdurchsuchungen konnten zahlreiche militärische Ausrüstungsgegenstände, darunter ein Schützenpanzer, ein Flugabwehrgeschütz, mehrere Geländefahrzeuge und Motorräder, die allerdings fast durchweg unbrauchbar waren, beschlagnahmt werden. Bei den ebenfalls in größerer Stückzahl gefundenen Waffen handelte es sich zumeist um nicht funktionsfähige Dekorationswaffen.

Publikationen der vom
Bundesminister des
Innern verbotenen
„Wehrsportgruppe
Hoffmann“



Außerdem wurden umfangreiche Bestände an Uniformen und Kampfanzüge und neonazistisches Propagandamaterial gefunden.

In Baden-Württemberg waren von dem Verbot lediglich zwei WSG-Anhänger betroffen, die in enger Verbindung zum Leiter der Gruppe, dem Werbegrafiker Karl-Heinz HOFFMANN (Jahrgang 1937), Heroldsberg/Mittelfranken, gestanden hatten. Bei ihnen wurden zahlreiche Exemplare der von diesem seit Januar 1979 herausgegebenen WSG-Zeitung „Kommando“ sowie militärische Ausrüstungsgegenstände beschlagnahmt.

Die von Karl-Heinz HOFFMANN 1974 gegründete und nach ihm benannte „Wehrsportgruppe HOFFMANN“ (WSG) zählte unmittelbar vor dem Verbot etwa 400 aktive Anhänger im gesamten Bundesgebiet. Sie war von HOFFMANN selbst als ein „nach militärischen Gesichtspunkten organisierter, straff geführter Freiwilligenverband“ sowie als „paramilitärische Einheit“ bezeichnet worden. Ihre „Wehrsportübungen“, die sie meistens auf dem bei Erlangen gelegenen Schloß Emreuth abhielt, erregten in den vergangenen Jahren wiederholt die besondere, äußerst kritische Aufmerksamkeit in- und ausländischer Medien.

Bereits vor Jahren hatte sich HOFFMANN in einem 19 Punkte umfassenden Programm klar gegen die freiheitliche demokrati-

sche Grundordnung des Grundgesetzes gewandt; unter anderem lehnte er das „Wahlssystem als Methode, geeignete Führungskräfte für den Regierungsapparat zu finden“ ab und forderte stattdessen ein „Selektionsverfahren nach den Grundsätzen des Leistungsprinzips und des Leistungsnachweises“. Außerdem sollte die Regierungsgewalt von einer „in der obersten Führung zusammengefaßten Gruppe“ ausgehen, deren Mitglieder „anonym“ bleiben sollten.

Auch in zahlreichen Interviews hatte HOFFMANN immer wieder heftige Angriffe gegen unser demokratisches Staatswesen gerichtet, dabei unter anderem gegenüber der italienischen Zeitung „OGGI“ 1977 folgendes erklärt:

„Die heutige Demokratie in Deutschland interessiert mich nicht, und daher beteilige ich mich nie an Wahlen. Eine Demokratie ist impotent, eine Diktatur, die den richtigen Mann an der Spitze hat, kann für ein Volk alles tun ...“

Vom Jahre 1973 stammt sein Bekenntnis, „aus grundsätzlichen Erwägungen das Mehrparteiensystem“ abzulehnen und ein „Gegner jeder Spielart demokratischer Ordnung“ zu sein. In Baden-Württemberg war die WSG seit ihrem gemeinsamen Auftreten mit dem „Hochschulring Tübinger und Reutlinger Studenten e. V.“ (HTS) am 4. Dezember 1976 in Tübingen, bei dem es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern gekommen war, nicht mehr in Erscheinung getreten.

2.3. NS-Gruppen in Baden-Württemberg

Die 1979 in Baden-Württemberg festgestellten neonazistischen Aktivitäten gingen zum überwiegenden Teil von Einzelpersonen, aber auch von Anhängern überregional tätiger NS-Gruppen aus. Versuche der in den zurückliegenden Jahren in Baden-Württemberg mit verschiedenen Aktionen hervorgetretenen **„Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (DVG)** sowie der **„Kampfgruppe PRIEM e. V.“ (KGP)**, ihre Tätigkeit neu zu beleben oder sich neu zu formieren, waren nicht von Erfolg begleitet.

2.3.1. „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ (DVG)

Die 1973 gegründete **„Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ (DVG)**, die vor allem im Jahre 1978 eine beträchtliche rechtsextreme Virulenz zeigte, trat 1979 in Baden-Württemberg nicht mehr erkennbar in Erscheinung. Der Vorsitzende der Organisation, Werner BRAUN (Jahrgang 1951), Karlsruhe, der im Oktober 1978 zum zweiten Mal wegen Verwendens von Kennzeichen und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen sowie wegen eines versuchten Vergehens gegen das Waffengesetz durch das Landgericht Karlsruhe rechtskräftig verurteilt worden war, hat die Führung der DVG Anfang 1979 an den kommissarischen Leiter der militanten **„Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS)**, Christian WORCH, Hamburg, abgege-

**Baden-Württemberg
kein Schwerpunktbe-
reich neonazistischer
Aktivitäten.**

ben. Die im Laufe des Jahres auf dessen Veranlassung erschienenen Ausgaben des ehemaligen DVG-Organ „Der Angriff“ erreichten indes nicht einmal näherungsweise die frühere Auflagenhöhe von mehreren tausend Exemplaren. WORCH gelang es im übrigen auch nicht, die nach den Strafverfolgungsmaßnahmen gegen mehrere Aktivisten der DVG weitgehend zerschlagene Gruppe neu zu formieren.

2.3.2. „Kampfgruppe Priem e. V.“ (KGP)

Die 1974 von Arnulf Winfried PRIEM (Jahrgang 1948) in Freiburg/Br. gegründete „**Kampfgruppe PRIEM e. V.**“ (KGP), die in den folgenden zwei Jahren mit mehreren aufsehenerregenden Aktionen in Erscheinung getreten war, zerfiel im Sommer 1976 im Zusammenhang mit dem Wegzug PRIEMs nach Berlin. PRIEM, der dort alsbald Kontakte zu NS-Kreisen aufnahm, beteiligte sich in der Folgezeit mehrfach an Schmier-, Propaganda- und sonstigen Aktionen Berliner Neonazis. Im Zuge der daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden bei Hausdurchsuchungen neonazistisches Propagandamaterial, zahlreiche NS-Uniformteile sowie geringe Mengen Munition gefunden. Das Landgericht Berlin verurteilte PRIEM (zusammen mit sieben weiteren NS-Aktivisten) am 2. November 1979 unter anderem wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr mit Bewährung.

Nachdem in der Vergangenheit mehrere Versuche PRIEMs, seine Gruppe in Freiburg zu reaktivieren, gescheitert waren, konnten im Dezember 1979 erstmals wieder Anzeichen für ein Wiedererstehen der KGP festgestellt werden.

2.4. Neonazistischer Terrorismus

Obwohl es führenden NS-Aktivisten trotz mehrerer Versuche bis heute nicht gelungen ist, eine straff organisierte neonazistische „Bewegung“ im Sinne einer überregionalen, zentral gelenkten Organisation ins Leben zu rufen, mündeten diese Bestrebungen seit Ende 1977 in erste Ansätze zur Bildung konspirativ arbeitender terroristischer „Kampfgruppen“. Diese Gruppen, die sich zunächst vor allem in Hamburg und Schleswig-Holstein organisiert haben – die „**Aktionsfront Nationaler Sozialisten**“ (ANS) unter Leitung des ehemaligen Bundeswehrleutnants Michael KÜHNEN (Jahrgang 1955), Hamburg, und die „**Wehrsportgruppe Schleswig-Holstein**“, die unter der Führung von Uwe ROHWER (Jahrgang 1937) entstand – konnten jedoch bereits im Jahre 1978 durch umfassende Exekutivmaßnahmen weitgehend zerschlagen werden. Ihre Anführer und Aktivisten wurden im September 1979 vom Oberlandesgericht Celle unter anderem wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung, gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung, gemeinschaftlichen schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung, Vergehen gegen das Waffengesetz und Verabredung zu einem Sprengstoffanschlag zu Freiheitsstrafen zwischen 4 und 11 Jahren verurteilt.

Erste Ansätze eines rechtsextremistischen Terrorismus.

Auffällig war, daß der Trend neonazistischer Gruppen, sich die Verhaltensweisen linksextremistischer Terroristen zu eigen zu machen, in den Jahren 1977 und 1978 zunächst vor allem auf den norddeutschen Raum beschränkt blieb. Erst 1979 wurden auch in Baden-Württemberg Anzeichen für einen Zusammenschluß terroristischer Neonazis erkennbar: Im September 1979 konnten die Strafverfolgungsbehörden einen entscheidenden Schlag gegen im Ortenaukreis und im Großraum Stuttgart im Aufbau befindliche NS-Gruppen um den damaligen „Gauführer Schwaben“ der **„Wiking-Jugend e. V.“ (WJ)** führen. Gegen ihn und weitere 15 Personen in meist jugendlichem Alter ist ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) anhängig.

Im Zuge der gegen diese Gruppe geführten Ermittlungen wurden bei Hausdurchsuchungen unter anderem mehrere Schreckschusswaffen, ein Revolver Kaliber .320, ein italienischer Karabiner, 21 Hieb- und Stichwaffen sowie drei Plastik-Attrappen von Maschinengewehren sichergestellt.

Die mit Schwerpunkt im Raum Offenburg aktive Gruppe hatte engen Kontakt zu dem aus Deutschland stammenden in Reedy (West Virginia/USA) wohnhaften George P. DIETZ, der zu den führenden Neonazis außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zählt. DIETZ gibt in den USA zahlreiche NS-Schriften sowie Propagandamaterial heraus, das im gesamten Bundesgebiet zumeist unter der Bezeichnung „White Power Publications“ (W.P.P.) verbreitet wird. Im Großraum Stuttgart wurden in jüngster Zeit mehrfach von DIETZ hergestellte Flugschriften und Plakate verteilt und geklebt, wobei als Herausgeber die Bezeichnung „NSDAP-Gau Württemberg/Hohenzollern“ verwendet wurde. Trotz der durch die Strafverfolgungsmaßnahmen bewirkten empfindlichen Störung der weiteren organisatorischen Verfestigung neonazistischer Zirkel in Baden-Württemberg muß auch hier mit der Fortführung entsprechender Versuche gerechnet werden.

2.5 Neonazistische Ausschreitungen

Die etwa seit 1975 festzustellende rasche Zunahme rechtsextremistischer, insbesondere neonazistischer Ausschreitungen (an erster Stelle stehen Hakenkreuzschmierereien und Klebeaktionen) hielt auch 1979 an. Ihre Gesamtzahl stieg bundesweit von 760 im Jahr 1978 auf nahezu 1200 im Jahr 1979 an; die Zahl der Gewaltakte erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 52 auf 117. Von insgesamt drei Sprengstoffanschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund standen zwei in ursächlichem Zusammenhang mit der Anfang 1979 im Deutschen Fernsehen ausgestrahlten amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, in der das Schicksal der Juden im Dritten Reich dargestellt wurde. Ein Anschlag war gegen eine Sendeanlage des Südwestfunks in Koblenz-Waldesch, ein zweiter gegen eine Fernmeldeanlage der Deutschen Bundespost in Nottuln/Westfalen gerichtet.

Weiterer Anstieg der Zahl rechtsextremistischer Ausschreitungen.

In den USA hergestell-
tes, im Großraum Stutt-
gart verteiltes Flugblatt

FREIHEIT ODER REVOLUTION!

NS-VERBOT AUFHEBEN!



NSDAP GAU WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

Nähere Auskunft durch: P.O. Box 21, Reedy, W.Va. 25270 USA

In Baden-Württemberg erhöhte sich die Zahl neonazistischer Aktionen von 41 im Jahr 1978 auf 65 bis Ende 1979:

Regierungsbezirk	Anzahl der Aktionen	
	1978	1979
Freiburg	9	12
Karlsruhe	18	27
Stuttgart	11	13
Tübingen	3	13
Baden-Württemberg	41	65

Eine Aufschlüsselung der Aktionen ergibt folgendes Bild:

Reg.-Bez.	Schmier- und Klebeaktionen	Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Mitbürger	Sonstige Aktionen (Versand v. Propagandamaterial Drohanrufe u.a.)
Freiburg	8	2	2
Karlsruhe	15	5	7
Stuttgart	3	3	7
Tübingen	9	2	2
Baden-Württemberg	35	12	18



Schändung des jüdischen Friedhofs in Freiburg



Zunahme der Zahl der Verfahren gegen Rechtsextremisten.

Vermutlich als Folge der Inaktivität der DVG verlagerte sich der Schwerpunkt der NS-Aktionen in Baden-Württemberg von Karlsruhe nach Mannheim. Dort wurden nicht weniger als 12 Schmier- und Klebeaktionen bekannt, wovon vor allem das Ehrenmal zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sowie mehrere Brückenbauwerke betroffen waren. Die Täter verwendeten zum Teil Aufkleber der „**NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation**“ (**NSDAP-AO**) und sprühten Parolen wie „Freiheit für Michael KÜHNEN“.

Die zahlreichen Strafverfolgungsmaßnahmen gegen NS-Aktivisten im gesamten Bundesgebiet hatten im Spätjahr 1979 allerdings wieder eine spürbare Verunsicherung der Anhänger dieser Gruppen sowie ein Nachlassen neonazistischer Aktionen zur Folge. So wurden etwa am 9. November, einem nationalsozialistischen „Schlüsseldatum“ (Marsch zur Feldherrnhalle in München 1923 und „Reichskristallnacht“ 1938), in Baden-Württemberg erstmals keinerlei Aktivitäten oder gar spektakuläre Ausschreitungen – wie im Vorjahr – bekannt.

2.6 Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivisten

Die wachsende Stärke und die Militanz neonazistischer Zirkel führten in den vergangenen Jahren auch zu einer erheblichen Zunahme der gegen Rechtsextremisten anhängigen Verfahren:

Verfahren gegen Rechtsextremisten seit 1974 (Bundesgebiet)						
	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Ermittlungs- verfahren	30	50	80	317	610	836
Urteile	22	24	71	91	150	359

Auch im Jahr 1979 nahm die Zahl der Ermittlungsverfahren wieder zu. Die Zahl der **rechtskräftigen** Urteile stieg von 88 im Jahr 1978 auf 207, die der noch nicht rechtskräftigen Urteile von 62 auf 152 an.

In Baden-Württemberg leiteten die Ermittlungsbehörden 1979 zumindest in 79 Fällen Ermittlungsverfahren ein. Hiervon richteten sich 52 gegen Unbekannt; von den 27 weiteren Verfahren waren insgesamt 49 Personen betroffen. Gegen sieben Personen ergingen **rechtskräftige** Urteile oder Strafbefehle. In 10 weiteren Fällen sind die Entscheidungen noch nicht rechtskräftig. U. a. wurden drei Anhänger der neonazistischen „**Deutsch-Völkischen Gemeinschaft**“ (**DVG**) am 7. Februar 1979 durch das Landgericht Karlsruhe zu Jugendstrafen von einem Jahr bzw. 10 Monaten mit Bewährung verurteilt. Darüber hinaus wurde ihnen auferlegt, den 1978 bei einer Schmieraktion am Helmholtz-Gymnasium in Karlsruhe angerichteten Sachschaden in Höhe von DM 75 000,- wiedergutzumachen. Ein weiterer NS-Aktivist, der

ebenfalls der DVG zuzurechnen ist, wurde am 27. November 1979 durch das Landgericht Stuttgart wegen Verbreitens und Vorrätighaltens von NS-Propagandamitteln zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu je 40,- DM = 6000,- DM verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

2.7 Verbindungen zu ausländischen NS-Gruppen

Deutsche Rechtsextremisten verstärkten 1979 ihre Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen; dies trifft in besonderem Maße für die neonazistischen Gruppen zu.

Der Anknüpfung neuer sowie der Festigung bereits bestehender Beziehungen zwischen Neonazis und extremen Nationalisten aus nahezu allen westeuropäischen Ländern dient die jährlich stattfindende „Ijzerbeedevaart“ in Diksmuide/Belgien, ursprünglich ein reines Traditionstreffen flämischer Volksgruppen zur Erinnerung an die Leistungen der belgischen Soldaten im Ersten Weltkrieg an der Ijzerfront. An dieser Großveranstaltung, die am 30. Juni und 1. Juli 1979 abgehalten wurde, beteiligten sich wiederum zahlreiche NS-Aktivisten aus der Bundesrepublik Deutschland.

Ausländische Neonazis unterstützen deutsche NS-Gruppen.



Aus den USA illegal eingeschleuste Schriften der NSDAP-AO

Sehr intensive Verbindungen bestehen noch immer zu der **„NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)**. Diese 1972 von Gary Rex LAUCK (Jahrgang 1953) aus Lincoln, Nebraska/USA, gegründete NS-Organisation verstärkte 1979 weiter ihre Propagandatätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In den jüngsten Ausgaben der „Kampfschrift“ der NSDAP-AO, dem „NS-Kampfuf“, wurde immer unverhohlener zur Gewaltanwendung aufgerufen, die antisemitische Hetze gegen jüdische Mitbürger fortgesetzt und die Verunglimpfung der Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Nach wie vor werden der „NS-Kampfuf“ sowie große Mengen von Hakenkreuzaufklebern und -kleinplakaten – größtenteils über Gesinnungsgenossen im westeuropäischen Ausland – konspirativ in das Bundesgebiet eingeschleust und hier von nazistischen Gruppen oder Einzelpersonen verbreitet. Die Aktivitäten der NSDAP-AO fanden Unterstützung durch die **„White Power Publications“** und die **„Liberty Bell Publications“**, zwei neonazistische Verlage, die von dem Deutsch-Amerikaner George P. DIETZ (Jahrgang 1928) aus West Virginia/USA geleitet werden. Wie LAUCK versucht auch DIETZ, in der Bundesrepublik Deutschland Zellen zu gründen. Dafür stellte er deutschen Neonazis umfangreiches Propagandamaterial zur Verfügung. Die im September 1979 im Ortenaukreis und im Großraum Stuttgart zerschlagenen NS-Gruppen, die sich zu diesem Zeitpunkt noch im Aufbau befunden hatten, standen mit DIETZ in enger Verbindung.

3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Der vorrangig durch die **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)** repräsentierte organisierte Rechtsextremismus verliert weiter an Bedeutung. Die Führung der NPD selbst beurteilt die gegenwärtige Situation und die Zukunftsaussichten der Partei angesichts ihrer Erfolglosigkeit in der politischen Tagesarbeit, fortwährender Wahlniederlagen, mangelnder Einsatzbereitschaft der Mitglieder und der nachhaltigen Protestaktionen politischer Gegner äußerst pessimistisch.

Anlaß hierzu sind letztlich aber auch die spektakulären Aktivitäten neonazistischer Kreise, die auf jüngere NPD-Anhänger eine unübersehbare Anziehungskraft ausüben und dadurch zu einem weiteren Substanzverlust der Partei beigetragen haben.

Angesichts dieser sich weiter zuspitzenden Lage der NPD richteten sich die Bemühungen der Parteiführung im vergangenen Jahr vor allem auf die Überwindung der durch anhaltenden Mitgliederschwund, Verknappung der finanziellen Mittel und zunehmende Resignation der verbleibenden Mitglieder gekennzeichneten Krise der Partei.

Die Unzufriedenheit über den anhaltenden Verlust an inner- und außerparteilicher Attraktivität artikulierte sich beim Bundesparteitag der NPD am 8./9. Dezember 1979 in Ketsch bei Mannheim

Krise der NPD dauert an.

erstmalig öffentlich. In einem Aufruf führender NPD-Funktionäre („Die Partei nach vorne bringen!“) wurde die Kandidatur des früheren stellvertretenden Parteivorsitzenden und ehemaligen Bundesvorsitzenden der **„Jungen Nationaldemokraten“ (JN)**, Günter DECKERT, Weinheim, für den Parteivorsitz unterstützt. Begründet wurde diese Initiative mit den Worten:

„... Wir unterstützen die Kandidatur Günter DECKERTs, weil hinter dem Namen DECKERT der Impuls, die Dynamik und das Sachprogramm stehen, die allein die Partei wieder auf den Weg nach vorne bringen können ...“

Indessen blieb der von einer großen Anzahl vor allem jüngerer Mitglieder erhoffte Wechsel in der NPD-Führungsspitze aus. Vielmehr wurde der bisherige Vorsitzende, Rechtsanwalt Martin MUSSGUNG aus Tuttlingen, von den Parteitags-Delegierten – wider Erwarten deutlich – in seinem Amt bestätigt. DECKERT, der nach seiner Wahlniederlage auf jegliche Funktion im Parteivorstand verzichtete, erkannte die Entscheidung der Delegierten zwar als für alle bindend an. Seine ablehnende Haltung gegenüber der Parteiführung läßt jedoch ein auf dem Parteitag verbreitetes Flugblatt erkennen:

„... Eine Mehrheit aus trägen Veteranen und Möchtegern-Politikern, die heute die alte CDU/CSU-Parole „Keine Experimente“ zu ihrem Leit- und Wahlspruch gemacht hatten, hat im Verein mit einer verkrusteten Funktionärsclique, in der falsche Kameradschaft, Pfründendenken sowie kaputte Existenzen eine unheilvolle Allianz bilden, die erforderliche innere Erneuerung der NPD verhindert und damit unserer Sache einen praktisch nie wieder gutzumachenden Schaden zugefügt ...“

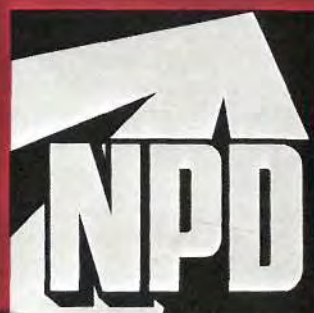
Ob dieser von einer gewichtigen Minderheit in der Partei mitgetragene Aufruf eine Spaltung der NPD einleitet, bleibt abzuwarten. Wie bereits in den Vorjahren mußte die NPD auch 1979 weitere Mitgliedereinbußen hinnehmen. Während die Zahl der Mitglieder im Bundesgebiet auf 8000 (1978 = 8500) zurückging, stagnierte sie im NPD-Landesverband Baden-Württemberg bei rund 950 Personen.

Von den in Baden-Württemberg noch bestehenden 37 Kreisverbänden der NPD, die in vier sogenannten Landesbereichen zusammengefaßt sind, war allenfalls noch etwa ein Drittel aktiv. Sie traten vorwiegend auf örtlicher Ebene durch „NPD-Aktionstage“, Informationsstände und öffentliche Mitgliederversammlungen in Erscheinung.

Die Delegierten des 14. ordentlichen NPD-Landesparteitags, der am 6. Mai 1979 in Tuttlingen stattfand, bestätigten den bisherigen Landesvorsitzenden Jürgen SCHÜTZINGER aus Villingen-Schwenningen in seinem Amt. Der äußere Ablauf des Parteitages verdeutlichte ferner, daß die NPD auch weiterhin dem häufig nachdrücklich zum Ausdruck gebrachten Unwillen einer breiteren Öffentlichkeit begegnet, was sich namentlich bei größeren Veran-

TERROR AGENTENSUMPF GEWALTVERBRECHEN

*Deine
Antwort*



staltungen wie dem Landesparteitag in Tuttlingen durch Protestaktionen Andersdenkender des demokratischen wie des politisch extremen Spektrums manifestiert. Immer deutlicher wird freilich auch, daß die Partei die durch Gegenveranstaltungen jeglicher Art erzeugte überdimensionale Publizität für eigene Zwecke zu nutzen sucht.

Der innere Zustand der NPD spiegelte sich auch in der Beteiligung der Partei an den Wahlen des vergangenen Jahres: Bei den

Kreistagswahlen in Baden-Württemberg am 28. Oktober 1979 hatten sich lediglich noch im Landkreis Ludwigsburg und im Rhein-Neckar-Kreis Kandidaten der NPD zur Wahl gestellt. Die Partei erlangte hier noch insgesamt 0,85 bzw. 0,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und blieb damit erneut ohne Mandate.

An der Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 hatte sich die NPD – nach teilweise heftig geführten internen Diskussionen – erst gar nicht beteiligt. Angesichts der krisenhaften innerparteilichen Situation beschloß die NPD auf einem Kongreß zur Vorbereitung der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 16. März 1980, sich lediglich in 6 der 70 Wahlkreise mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. In einem Wahlprogramm, das unter dem Motto: „Deutschland – ein Einwanderungsland?“ stand, wurde mit Nachdruck die Aufgabe der Integrationspläne in der Ausländerpolitik sowie die Rückkehr der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer in die jeweiligen Heimatländer gefordert. Zu weiteren Programmpunkten wurden der „Schutz des werdenden Lebens“, die „Beseitigung des Gammler- und Rauschgiftunwesens“, die „Beibehaltung des bewährten dreigliedrigen Schulsystems“, die „vorrangige Sicherung der Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ sowie die „Erforschung und Nutzung alternativer Energieträger“ erhoben.

3.1. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Das Selbstbewußtsein der „**Jungen Nationaldemokraten**“ (JN), der im Jahre 1969 gegründeten Jugendorganisation der NPD, ist durch die ihr in den vergangenen Jahren nach und nach zugewachsene Bedeutung innerhalb der um ihre Weiterexistenz ringenden Partei beträchtlich gestiegen. Die JN stehen zwar nach wie vor zu den politischen Aussagen der NPD, lehnen jedoch mehrheitlich die auf dem 13. ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 1979 wiedergewählte Führung der NPD als „Möchtegern-Politiker“ und „unfähige Veteranenriege“ ab, weil diese für die Verwirklichung der Parteiziele „zu wenig kämpferisch“ eintrete. Die JN, die sich als „Elite unseres Volkes“ betrachten, sind entschlossen, die Disziplinierungsversuche der Parteiführung nicht länger hinzunehmen, da nach ihrer Auffassung „die Jungen“ den einzigen noch aktiven Kern der Partei verkörpern, ohne den keine nennenswerte Parteiarbeit mehr möglich sei. Günter DEKERT aus Weinheim, der ungeachtet seiner Wahlniederlage auf dem letzten NPD-Bundesparteitag eine „Erneuerung der NPD“ im Sinne der Vorstellungen der JN erstrebt, gilt inzwischen nahezu unumstritten als der eigentliche Garant dieser innerparteilichen Position.

Der zumindest in Teilbereichen erkennbare Hang der JN zur Militanz sowie die mitunter wachsende Sympathie für neonazistische Aktionen und Tendenzen ließen die Jugendorganisation der NPD vor allem im norddeutschen Raum zu einem bevorzugten Rekrutierungsfeld neonazistischer Gruppen und Zirkel werden. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ansätzen auch in Baden-Würt-

Die militanter gewordenen „Jungen Nationaldemokraten“ gewinnen an Selbstbewußtsein.

temberg sichtbar geworden. Ein in diesem Zusammenhang bereits am 4. März 1978 vom NPD-Parteivorstand gefaßter Beschluß über die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der NPD oder den JN mit der Zugehörigkeit zu neonazistischen Gruppen stieß innerhalb der Partei und ihrer Jugendorganisation zum Teil auf scharfe Ablehnung und blieb infolgedessen bisher ohne erkennbare Wirkung.

Erstmals seit Jahren hat sich freilich auch bei den „Jungen Nationaldemokraten“ die Zahl der Mitglieder verringert. Sie fiel von 1500 im Jahre 1978 auf inzwischen 1400; der JN-Landesverband Baden-Württemberg mußte ebenfalls leichte Verluste hinnehmen und zählte Ende 1979 noch rund 220 Mitglieder (1978: 250). Trotz wachsender Militanz der JN in Einzelbereichen sind ihre Aktivitäten insgesamt zurückgegangen. Sie hatten zumeist nur noch lokalen Charakter und beschränkten sich im wesentlichen auf die Errichtung von Informationsständen und die Durchführung von Fackelzügen, Volksmärschen und Auto-Rallies. Überörtliche Bedeutung hatten lediglich der am 22. Juli 1979 in Ulm durchgeführte 9. ordentliche NJ-Landeskongreß sowie der am 22. und 23. September 1979 in Weinheim abgehaltene 8. ordentliche Bundeskongreß. In Weinheim kam es aus diesem Anlaß erneut zu Tötlichkeiten zwischen Mitgliedern der JN und etwa 300 bis 400 Gegendemonstranten.

4. „National-Freiheitliche Rechte“

Als **„National-Freiheitliche Rechte“** wird jener lose Zusammenschluß rechtsextremistischer Splittergruppen bezeichnet, der dem Herausgeber der **„Deutschen Nationalzeitung“ (DNZ)**, Dr. Gerhard FREY, München, politisch eng verbunden ist. Mit der 1971 gegründeten **„Deutschen Volksunion“ (DVU)** hat sich Dr. FREY darüber hinaus eine organisatorische Basis für seine breitgefächerte publizistische Tätigkeit, mit dem von ihm 1972 gebildeten **„Freiheitlichen Rat“** schließlich ein Koordinierungsinstrument für diese mehr oder weniger eng miteinander kooperierenden rechtsextremen Gruppierungen geschaffen.

Gesamtmitgliederzahl der Gruppen der „National-Freiheitlichen Rechten“		
	1978	1979
Bundesrepublik Deutschland	5500	6300
Baden-Württemberg	450	600

Dem „Freiheitlichen Rat“ gehören neben Dr. FREY – als dem Vorsitzenden der DVU – Repräsentanten der folgenden Organisationen an:

„Bund für Deutsche Einheit – Aktion Oder-Neiße e. V.“ (AKON)
 „Deutscher Block“ (DB)
 „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer
 und Geschädigter – Bundesverband e. V.“ (GOG-BV)
 „Jugendbund Adler“ (JBA)
 „Wiking-Jugend“ (WJ)

Neben der DVU hat in den vergangenen Jahren vor allem die
„Wiking-Jugend“ an Bedeutung gewonnen, da nach und nach
 auch eine Anzahl von Mitgliedern und Funktionären dieses
 Jugendverbands in den Sog neonazistischer Kräfte geraten ist.
 Die übrigen Organisationen der „National-Freiheitlichen Rechten“
 blieben zwar mit ihren politischen Aussagen ohne größere Reso-
 nanz in der Bevölkerung. Dennoch konnten sie – im Gegensatz

*Publikationen der
 „National-Freiheitlichen
 Rechten“*

An alle Deutschen!

Bei über drei Jahrzehnten mafiachist die Bonner Volksherrschaft den Willen der überlebenden Mehrheit des deutschen Volkes nach einem schmerzhaften unter der phantasmagorischen einseitigen Vergangenheitsbewältigung. Unter zutiefst menschenverachtender die Sieger ihre millionenfachen Morde am deutschen Volk 1945 bis 1947 amnestierten und wuschelten, während das Gesicht wie den christlich-antichristlichen Vorlesungen von Gnade, Vergebung und Verdrängung. Die Fortführung dieser Verschleppungsprozesse muß das deutsche Volk in den Augen der Völkergemeinschaft für unheimlich und die Feindschaft unserer Kinder und Kindeskindest. Es geht um die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft. Es geht um die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen. Darum fordern wir im Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen der Deutschen den überbälligen Schlüssel durch Generalamnestie für jedermann und die gleiche Recht auch für unser Volk. Wir stehen und denken an den Zweiten Weltkrieg. Wir rufen alle Deutschen dazu auf, der VOLKSBEWEGUNG FÜR GENERALAMNESTIE beizutreten und den an der Zukunft kommenden Deutschen Deutschland!

National-Zeitung

**Die Deutschen – ein sterbendes Volk?
 „Blutaufrischung“ durch Gastarbeiter?**

**Bringt China uns
 die Wiedervereinigung?**

Centers antideutsche „Moral“

„Hörschall-Musikanten“ für 100 Millionen Mark

**Die Wahrheit muß
 sich durchsetzen**

zum Kreis der nationaldemokratischen Organisationen – überwiegend leichte Mitgliedergewinne buchen.

Zur Stärkung der „National-Freiheitlichen Rechten“ trug nicht zuletzt die Ende des Jahres 1979 von Dr. FREY initiierte und mit beträchtlichem publizistischem Aufwand in der „Deutschen National-Zeitung“ propagierte Gründung der **„Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA)** bei. In einem „an alle Deutschen!“ gerichteten Aufruf forderte Dr. FREY, „Im Bewußtsein unserer Verantwortung für kommende Generationen der Deutschen den überfälligen Schlußstrich durch Generalamnestie für jedwedes behauptete oder tatsächliche Unrecht im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“ zu ziehen. Zugleich rief er „alle Deutschen, die ein gleiches Recht auch für unser Volk wünschen und denen an der Zukunft kommender Generationen liegt“, zum Eintritt in die VOGA auf. Auf der Gründungsversammlung der neuen Organisation am 1. Dezember 1979 in München wurde die VOGA, die ein überraschend großes Interesse fand, zutreffend als eine Aktionsgemeinschaft der „Deutschen Volksunion“ (DVU) bezeichnet.

In Baden-Württemberg trat 1979 von den zur „National-Freiheitlichen Rechten“ zählenden Organisationen lediglich die DVU mit Veranstaltungen in Stuttgart und Karlsruhe in Erscheinung. Hierbei referierte jeweils der seit längerem immer wieder auf DVU-Veranstaltungen auftretende ehemalige Pressereferent des NS-Reichspropagandaministers Dr. Joseph GOEBBELS, Wilfried von OVEN aus Buenos Aires. Insgesamt ist auch in Baden-Württemberg ein geringfügig gestiegenes Interesse an den von Dr. FREY in Publikationen und über von ihm beeinflusste Organisationen verbreiteten rechtsextremen Zielvorstellungen festzustellen.

5. Rechtsextremistische Jugendorganisationen

Von den nicht parteigebundenen rechtsextremistischen Jugendorganisationen traten – wie bereits im Vorjahr – nur der **„Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)** und die **„Wiking-Jugend“ (WJ)** öffentlich in Erscheinung.

5.1 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)

Der BHJ, nach einer vorangegangenen Spaltung 1962 neu gegründet, wird nach dem „Führerprinzip“ geleitet und ist in Leitstellen, Standorte und Stützpunkte gegliedert. In Stuttgart befindet sich die Leitstelle Süd, die für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg zuständig ist. In Baden-Württemberg sind etwa 50 BHJ-Mitglieder in 6 Standorten und Stützpunkten organisiert.

In seinen politischen Aussagen stellt sich der BHJ gegen die demokratische Staatsform, die angeblich durch „Betrug und Korruption“ geprägt ist. Als eines seiner Hauptziele bezeichnet er die Wiedererrichtung des „Großdeutschen Reiches“. Nach einer

Äußerung des Bundesführers des BHJ braucht jedes Volk „Raum zum Leben“; dieser Raum müsse jedoch „erkämpft“ werden. Wegen der in erster Linie politisch und nicht jugendpflegerischen Tätigkeit des BHJ hat der Bundesminister des Innern bereits 1962 den Mitgliedern der Organisation das Tragen gleichartiger Kleidungsstücke untersagt.

5.2. „Wiking-Jugend e. V.“ (WJ)

Zu den ältesten rechtsextremistischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland zählt die 1952 gegründete „Wiking-Jugend“ (WJ), die sich als „national-bündische Jugendbewegung“ versteht und einer verworrenen „Nordland-Ideologie“ huldigt. In ihr machten sich in den letzten Jahren nicht nur in wachsendem Maße militante Tendenzen bemerkbar, die

Über dreißig Jahre ist es her...

1. Über dreißig Jahre ist es her,
als die Amis kamen übers Meer,
als die Sowjets und die Polen
unser deutsches Land gestohlen,
über dreißig Jahre ist es her,

Kehrreim: Und singen ja ja noch sind wir besetzt,
und singen ja ja noch sind wir besetzt,
doch wie lange es auch dauert
und wie lange mancher trauert,
einmal ist der Tag der Einheit da!



2. Aus dem Westen Deutschlands kommen wir,
unsre Freunde sind schon lange hier.
Ihre Staatsform und ihr Cola
preisen wir zu ihrem Wohle,
aus dem Westen Deutschlands kommen wir.
Kehrreim: Und singen ...

3. Aus der Mitte Deutschlands kommen wir,
unsre Freiheit steht nur auf Papier,
denn die Russen, diese schönen,
wollen uns mit Marx verwöhnen,
aus der Mitte Deutschlands kommen wir.
Kehrreim: Und singen ...



4. Aus dem Osten Deutschlands kommen wir,
diesem schönen Land so weit von hier.
Jeder Deutsche hier im Lande
wird gedrückt von einer Bande,
aus dem Osten Deutschlands kommen wir.
Kehrreim: Und singen ...

5. Dreißig Jahre sind bestimmt genug:
Besatzer, schaut auf unsre Wut!
Auch wenn hier die Etablierten
Deutschlands Teilung zementierten,
dreißig Jahre sind bestimmt genug!
Kehrreim: Und singen ...



Weise: Von den blauen Bergen kommen wir ...

Aus der Zeitschrift der
Wiking-Jugend
„Wikingen“

Mitglieder und Funktionäre zeigten vielmehr immer deutlicher auch Sympathien für neonazistisches Gedankengut. Viele der in jüngster Zeit in Zusammenhang mit neonazistischen Aktivitäten und Ausschreitungen festgenommenen Einzeltäter hatten früher einmal der „Wiking-Jugend“ angehört oder sind noch immer dort aktiv.

So überfielen Angehörige der „Wiking-Jugend“ im September 1979 in Berlin ein „gruppentherapeutisches Wohnkollektiv“. Sie drangen, zum Teil maskiert, mit Knüppeln und Eisenstangen bewaffnet in das Heim ein und zerschlugen mehrere Fenster. Ebenfalls im September 1979 gelang es den Strafverfolgungsbehörden in Baden-Württemberg, im Ortenau-Kreis und im Großraum Stuttgart im Aufbau befindliche NS-Gruppen zu zerschlagen. Von den insgesamt 16 Festgenommenen gehörten zumindest sechs der „Wiking-Jugend“ an oder hatten zeitweise Verbindung zu ihr.

In Mannheim erregte die örtliche „Wiking-Jugend“ anlässlich des Volkstrauertages Aufsehen, als einige ihrer Mitglieder im Rahmen einer Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. einen Kranz niederlegten, auf dessen Schleifen zu lesen war: „Unsere Helden leben in unseren Herzen weiter – Wiking-Jugend e. V., Horst Mannheim“.

In Baden-Württemberg zählt die „Wiking-Jugend“ gegenwärtig etwa 40 Mitglieder, die in 5 dem „Gau Schwaben“ zugeordneten Horsten organisiert sind.

6. Rechtsextremistische Publizistik

Eine nicht zu überschätzende Bedeutung für die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts hat noch immer die rechtsextremistische Publizistik. Am bekanntesten ist unverändert die **„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)**, die zusammen mit dem Organ der **„Deutschen Volksunion“ (DVU)**, dem **„Deutschen Anzeiger“ (DA)**, in einer Wochenaufgabe von 100 000 Exemplaren von Dr. Gerhard FREY, München, herausgegeben wird.

Einen gewissen, nach und nach freilich geringer gewordenen Einfluß auf mit rechtsextremen Vorstellungen sympathisierende Kreise hat seit langem die **„Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)** mit den Untertiteln „Deutsche Nachrichten“/„Ost-West-Kurier“. Die Zeitung hält zwar inzwischen eine vermutlich taktisch bedingte Distanz zur NPD; ihre Verantwortlichen stehen jedoch dem Gedankengut dieser Partei, zu deren Gründungsmitgliedern sie zählen, noch immer nahe. Die DWZ erscheint in der „Deutschen Verlags-Gesellschaft mbH“ in Rosenheim in einer Auflage von 25 000 Exemplaren.

Als Monatszeitschriften haben die von Bernhard C. WINTZEK, Asendorf, herausgegebene Publikation „MUT“ (Auflage 13 000), sowie die Zeitung „NATION EUROPA“ (Auflage 9500), verantwortlich Peter DEHOUST, Coburg, eine über den organisierten Rechtsextremismus hinausgehende Bedeutung erlangt.

Im Gegensatz zu diesen Publikationen hat das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“, das in einer monatlichen Auflage von 100 000 Stück erscheint und von der „Deutschen Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ in Stuttgart herausgegeben wird, eine kaum mehr über den Kreis der NPD-Mitglieder hinausreichende Resonanz.

Eine Vielzahl von teils organisationsgebundenen, teils parteipolitisch unabhängigen Schriften erscheint in Kleinstauflagen und wird deshalb in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Hierzu zählen die meisten von neonazistischen Gruppen und Einzelaktivisten verbreiteten, oftmals im Ausland hergestellten Pamphlete. Sie werden überwiegend nur einem bestimmten Empfängerkreis zugestellt.

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

Die weit überwiegende Mehrzahl der im Lande lebenden Ausländer verhält sich loyal zu unserem Staat.

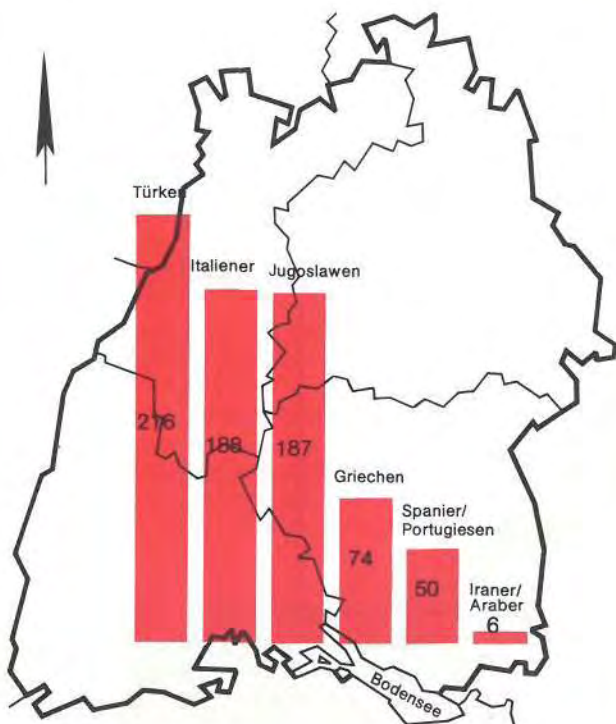
In Baden-Württemberg lebende Ausländer

1. Allgemeiner Überblick

Die Gesamtzahl der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer ist nach wie vor im Ansteigen: sie erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 828300 auf nunmehr 852000, wobei der Anteil der Türken am deutlichsten gewachsen ist.

Obwohl die weit überwiegende Mehrzahl der in unserem Land sich aufhaltenden ausländischen Arbeitnehmer, Studenten, Praktikanten und Familienangehörigen die Gesetze des Gastlandes

Zahlenangaben in 1000



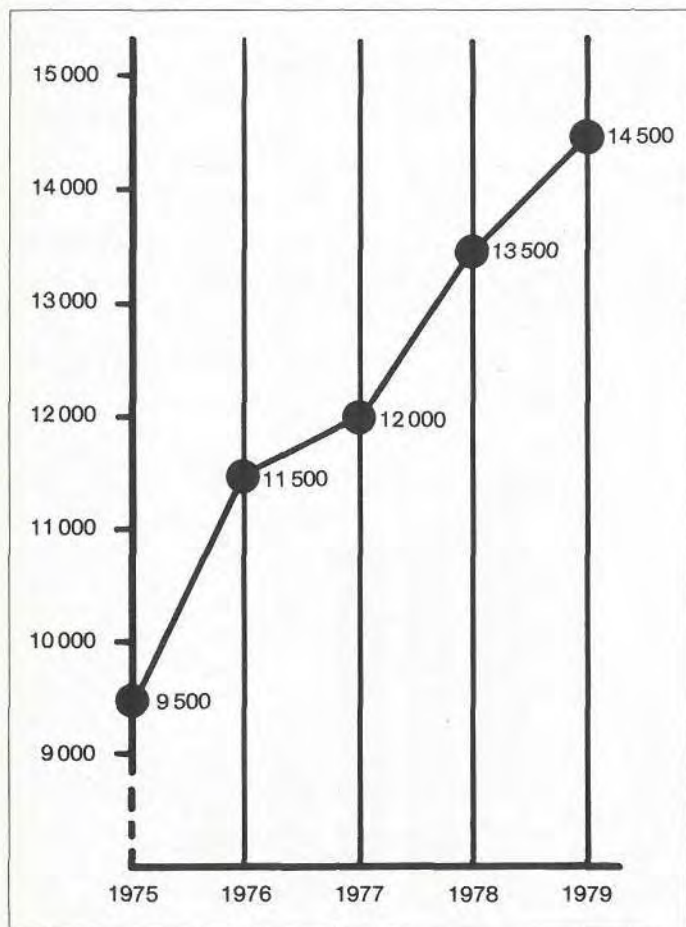
Stand: 30. September 1979

achtet und sich loyal zu unserem Staat und seinen Institutionen verhält, hat die Gefährdung der inneren Sicherheit durch – nur eine kleine Minderheit repräsentierende – Ausländerorganisationen mit extremistischer oder terroristischer Zielsetzung weiter zugenommen.

Auch hält der bereits im Vorjahr erkennbar gewordene Anstieg der Mitgliederzahlen bei gleichzeitigem leichtem Rückgang der Gesamtzahl der politisch extremen Ausländergruppen an. Der Mitgliederzuwachs ist im wesentlichen das Ergebnis nachdrücklicher Fortführung des organisatorischen Ausbaus vor allem der orthodox- und national-kommunistischen Ausländerorganisationen sowie der türkischen rechtsextremistischen Vereinigungen.

Anstieg der Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen.

Mitgliederentwicklung bei den ausländischen Extremistengruppen 1975–1979



Zwar richtet sich die Aktivität der politisch extremen Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Baden-Württemberg noch immer vorwiegend gegen die politischen Verhältnisse in den jeweiligen Heimatländern. In steigendem Maße agitieren diese Organisationen daneben aber auch gegen

Organisationsstand und Stärke ausländischer Extremistengruppen			
Bundesrepublik Deutschland			
Organisationen		Mitglieder	
1978	1979	1978	1979
146	134	81 500	108 200
Baden-Württemberg			
1978	1979	1978	1979
92	90	13 500	14 500

staatliche Organe und gesellschaftliche Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland oder gefährden deren auswärtige Belange durch die Vorbereitung oder Durchführung von Gewaltakten etwa gegen ausländische Einrichtungen, fremde Staaten oder politisch andersdenkende Ausländer. Die schärfsten Angriffe gehen dabei von sozialrevolutionären und marxistisch-leninistischen Gruppen, in zweiter Linie von den orthodox-kommunistischen Organisationen aus. Ausländische Rechtsextremisten spielen insgesamt gesehen nur eine untergeordnete Rolle. Anders zu bewerten ist allerdings die wachsende Aktivität speziell der türkischen rechtsextremistischen, zusehends militanter auftretenden Zusammenschlüsse, die immer häufiger in tätliche Auseinandersetzungen mit Linksextremisten verwickelt sind. Zu berücksichtigen bleibt ferner, daß Gefahren für die innere Sicherheit nicht nur von im Bundesgebiet lebenden ausländischen Extremisten ausgehen, daß vielmehr schwerste Gewalttaten auch von kurzfristig einreisenden Einzeltätern oder Kadern begangen werden.

Die **arabisch-palästinensischen Gruppierungen** reagierten auf die Friedensbemühungen im Nahen Osten mit verstärkter Agitation und einer zeitweise ungezügelter Diffamierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Israels und Ägyptens. Durch sich wieder zunehmend auf Ziele in Westeuropa richtende Anschläge palästinensischer Kommandos hat sich ferner die von solchen Terroraktionen ausgehende Gefahr für die Sicherheit auch der Bundesrepublik Deutschland verschärft. Dagegen haben die **sozialrevolutionären iranischen Studentenvereinigungen** nach dem Sturz des Schah nur noch geringe Aktivitäten entfaltet. Mitglieder dieser Organisationen, die bei Beginn der islamischen Revolution in großer Zahl in den Iran zurückgekehrt waren, um dort ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen, haben inzwischen teilweise ihren Wohnsitz wieder in die Bundesrepublik Deutschland verlegt, da sie mit der Durchsetzung ihrer politischen Ziele im Iran offensichtlich zunächst gescheitert sind.

Im Gegensatz zum Vorjahr beschränkten sich die Aktivitäten **kroatischer Extremisten** 1979 weitgehend auf propagandistische Aktionen gegen das „Tito-Regime“. Der im wesentlichen mit publizistischen Mitteln geführte „Kampf um ein freies Kroatien“ wurde in aller Schärfe fortgesetzt, wobei auch die latente Bereitschaft zu gewaltsamem Vorgehen unverändert bestehen blieb.

Einen zusehends an Bedeutung gewinnenden Schwerpunkt bei der Beobachtung des Ausländerextremismus bilden die **links- und rechtsextremistischen türkischen Vereinigungen**. Die sich zuspitzende innenpolitische Situation in der Türkei führte gleichzeitig auch zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen unter den rivalisierenden extremistischen türkischen Gruppierungen im Bundesgebiet. In einer Reihe von Fällen schlug dabei die verbale Auseinandersetzung bereits in gewaltsame Konfrontation um. In der Bundesrepublik Deutschland stehen inzwischen den rund 27 000 in orthodox-kommunistisch und marxistisch-leninistisch ausgerichteten Vereinigungen organisierten Türken etwa 20 000 türkische Rechtsextremisten und Nationalisten gegenüber, die überwiegend der extrem nationalistischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) nahestehen.

Die **orthodox- und national-kommunistischen Parteien Griechenlands, Italiens, Spaniens und Portugals** konnten ihre Organisationen im Bundesgebiet teilweise ausbauen und neue Mitglieder hinzugewinnen. Weiter fortgesetzt wurden insbesondere die Bemühungen, über von diesen Parteien beeinflusste mitgliederstarke sogenannte Betreuungsorganisationen Landsleute für die jeweiligen parteipolitischen Ziele zu gewinnen.

2. Türken

Die Zahl der in Baden-Württemberg wohnhaften türkischen Staatsangehörigen nimmt weiter zu: Sie stellen mit nunmehr 216 000 Personen (1978: 199 000) über ein Viertel der in unserem Bundesland lebenden Ausländer. Zwar hält sich auch bei ihnen die übergroße Mehrzahl an Recht und Gesetz; dennoch machen sich gerade in diesem Bereich die Folgen einer politischen Polarisierung, die aus der sich zuspitzenden Situation im Herkunftsland resultiert, besonders deutlich bemerkbar. Die zunehmend emotional aufgeladene Auseinandersetzung zwischen links- und rechtsextremistischen Türken in der Bundesrepublik Deutschland wird zwar gegenwärtig noch überwiegend in der Form des verbalen Schlagabtausches geführt; eine Eskalation bis hin zur gewaltsamen Austragung politischer Kontroversen kündigt sich indes bereits an.

2.1 Orthodox-kommunistische türkische Organisationen

Die seit 1922 in der Türkei verbotene **Türkische Kommunistische Partei“ (TKP)** (Exilsitz: Ost-Berlin) ist in der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch nicht durch eigene Gliederungen vertreten.

Die Polarisierung zwischen türkischen Rechts- und Linksextremisten nimmt weiter zu.



Sie bedient sich stattdessen zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele mehrerer von ihr beeinflusster sogenannter Betreuungsorganisationen. Eine dieser Gruppierungen ist die im Februar 1977 gegründete **„Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF).**



Sympathisanten der extrem nationalistischen türkischen Parteien. In immer häufiger verbreiteten Flugschriften wurde der Bundesrepublik Deutschland mehrfach vorgeworfen, „Tummelplatz der türkischen Faschisten“ zu sein. Auf Kundgebungen, darunter in Stuttgart und Mannheim, wurden die deutschen Behörden nachdrücklich aufgefordert, „alle türkischen faschistischen Organisationen“ zu verbieten.

In wachsendem Maße mischen sich die Vertreter der kommunistisch beeinflussten FIDEF auch in kontroverse Fragen und Probleme der deutschen Innenpolitik ein und agitieren in teilweise maßloser Polemik gegen Repräsentanten demokratischer Parteien.

Neben der FIDEF hat das ebenfalls orthodox-kommunistisch gelenkte **„Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit“ (TBOEK)** seine Anhängerschaft unter den türkischen Landsleuten vergrößern können. Ihm gehören Mitgliedsvereine in Weinheim, Mannheim, Stuttgart, Nürtingen und Villingen-Schwenningen an.

2.2 Türkische Organisationen der „Neuen Linken“

Zu den mitgliederstärksten und aktivsten Vereinigungen der türkischen „Neuen Linken“ gehören die **„Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF)** und die **„Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATÖF)**, beide beeinflusst von der illegalen **„Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)**.



Erklärtes Hauptziel dieser zunächst prochinesisch, seit einigen Jahren proalbanisch orientierten Gruppen ist die gewaltsame Beseitigung der gegenwärtigen Staatsform in der Türkei und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“.

In Baden-Württemberg ist es der ATIF gelungen, die Basis ihrer Mitgliedsorganisationen in Heilbronn, Böblingen, Stuttgart, Plochingen und Ulm zu verbreitern und eine Reihe von türkischen Arbeitervereinen, darunter in Pforzheim und Schömburg, zu unterwandern.

Die bereits 1963 gegründete ATÖF versteht sich gleich ihrem Dachverband, der **„Konföderation der Studenten aus der Türkei“ (TÖK)**, als die „kämpferische“ Vertretung der türkischen

Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. Mitgliedsorganisationen bestehen an den Universitäten in Stuttgart und Konstanz. In der Öffentlichkeit traten Angehörige der TKP/ML und ihrer „Frontorganisation“, der teilweise getarnt operierenden **„Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO)**, vor allem durch Schmieraktionen, unter anderem an privaten und öffentlichen Gebäuden in Pforzheim, Mühlacker und Stuttgart, in Erscheinung. Die örtlichen Gruppen der ATIF und ATÖF konzentrierten dagegen ihr politisches Engagement vorrangig auf Demonstrationen und suchten die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, insbesondere mit Angehörigen und Sympathisanten der MHP, die pauschal als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden.

Der im Februar 1978 gegründeten prochinesischen **„Föderation türkischer Volksvereinigungen in Europa“ (HBF)** ist bisher nur in Radolfzell ein türkischer Arbeitnehmerverein als Mitgliedsorganisation beigetreten.

2.3 Rechtsextremistische türkische Vereinigungen

Der Anstieg der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer türkischer Gruppen in Baden-Württemberg auf etwa 3000 im Jahre 1979 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß nunmehr weitere in der **„Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTDF)** zusammengeschlossenen **„Idealistenvereine“** in dem Einflußbereich der extrem nationalistischen türkischen **„Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP)** geraten sind.



Mit Rücksicht auf den Beschluß des türkischen Verfassungsgerichts vom 28. Juni 1976, der die MHP zwang, ihre Zweigorganisationen im Ausland – und damit auch im Bundesgebiet – aufzulösen, sind die Mitglieder dieser Organisation dazu übergegangen, sich in sogenannten „Idealisten-“ oder „Kulturvereinen“ zu organisieren.

Wegen der militant nationalistischen und antikommunistischen Agitation dieser Gruppen ist es in immer stärkerem Maße zu heftigen Zusammenstößen mit türkischen Kommunisten und anderen linksgerichteten Kräften gekommen. Deren ständig wiederholte Behauptung, Nationalisten, insbesondere die Anhänger

der „Grauen Wölfe“, terrorisierten ihre politischen Gegner im Bundesgebiet, konnte bisher freilich nur in wenigen Fällen erhärtet werden. Allerdings muß bei einer Reihe von Vorfällen davon ausgegangen werden, daß türkische Nationalisten tätliche Auseinandersetzungen mit Linksextremisten zumindest mitverursacht haben. Bei einer Vielzahl von solchen an Brutalität zunehmenden Aktionen ist es aber den deutschen Sicherheitsbehörden schlechthin unmöglich, mit hinreichender Sicherheit festzustellen, welche der – zumeist mit gleicher Aggressivität vorgehenden – gegnerischen Gruppen mit den Gewalttätigkeiten begonnen oder sie durch ihr Verhalten zumindest ausgelöst hat.

Obwohl Baden-Württemberg bisher kein Schauplatz größerer Konfrontationen gewesen ist, wird die die türkischen Extremisten kennzeichnende wachsende Gewaltbereitschaft auch in unserem Land eine weitere Verschärfung der Situation zur Folge haben. In Baden-Württemberg gehören der ADÜTDF inzwischen 20 Mitgliedsvereine an. Örtliche Schwerpunkte ihrer politischen Aktivität bildeten sich vor allem in Mannheim, Heilbronn, Waiblingen, Böblingen und Reutlingen. In einigen dieser Städte kam es im Laufe des Jahres verschiedentlich zu rechtsgerichteten Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit dem politischen Gegner.

Die „Islamische Revolution“ im Iran hat in den vergangenen Monaten auch unter streng gläubigen Türken ein rasch um sich greifendes islamisches Sendungsbewußtsein angefaßt. Es findet bereits seinen Niederschlag in einem aufkeimenden politischen Engagement in den „Islamischen Kulturzentren“, „Islamischen Vereinen“ und „Muslimgemeinden“, das von rechtsgerichteten türkischen Kräften als Nährboden für ihre parteipolitischen Zwecke genutzt wird.

Islamisch-nationalistische Tendenzen vertritt in besonderem Maße die nationalistische, orthodox-islamische türkische **„Nationale Heilspartei“ (MSP)**, die im vergangenen Jahr verstärkt Aktivitäten entfaltet und einen starken Zulauf an Mitgliedern zu verzeichnen hatte.

Seit etwa drei Jahren wurden darüber hinaus in zahlreichen Städten (darunter in Stuttgart, Pfullendorf, Friedrichshafen, Albstadt und Schömburg) betont national und streng konservativ ausgerichtete, den Lehren des Korans verpflichtete türkisch-islamische Vereinigungen gegründet. Gegen diese Vereine, die sich vorrangig der Religionsschulung und -ausübung widmen, wird seit geraumer Zeit die Anschuldigung erhoben, sie seien von türkischen Rechtsextremisten unterwandert und würden von den „Grauen Wölfen“ und der orthodox-islamischen MSP gesteuert.

Obwohl diese Vorwürfe bisher nur in wenigen Einzelfällen Bestätigung gefunden haben, muß davon ausgegangen werden, daß diese Vereinigungen, denen in erster Linie gläubige Moslems angehören, den nationalistischen und fanatisch religiös geprägten türkischen Parteien MHP und MSP jedenfalls teilweise unkritisch gegenüberstehen und damit anfällig für deren politische Ziele und Methoden sind.

3. Iraner

Der Sturz des Schah, die Rückkehr des Ayatollah KHOMEINI nach 15jährigem Exil am 1. Februar 1979 in den Iran und der damit verbundene Beginn der „Islamischen Revolution“ veränderten auch die Situation der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden iranischen Extremisten grundlegend.

Mitglieder der 1961 in Frankfurt/M. als Dachverband gegründeten linksextremistischen **„Conföderation Iranischer Studenten – National-Union“ (CISNU)** und der ihr angeschlossenen Gruppierungen kehrten im Frühjahr 1979 in großer Zahl in den Iran zurück, um der Revolution zum Sieg zu verhelfen.

Als unmittelbare Folge kamen daraufhin in der Bundesrepublik Deutschland die Aktionen extremistischer Iraner, die in den Vorjahren vielfach die Grenze zur Gewalt überschritten hatten, weitgehend zum Erliegen. In Baden-Württemberg blieben die **„Iranischen Studentenvereine“ (ISV)** an den Universitäten in Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Freiburg und Konstanz weitgehend inaktiv.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1979 kehrten allerdings zahlreiche CISNU-Mitglieder, denen die Durchsetzung ihrer sozialrevolutionären Ziele im Iran offensichtlich zunächst mißlungen war, wieder in das Bundesgebiet zurück und nahmen die Agitation gegen die „neuen Machthaber im Iran“ auf. So führten sie Ende August/Anfang September 1979 in Bonn unter dem Motto: „Völkermord – gestern SCHAH – heute KHOMEINI“ mehrere Demonstrationen durch, an denen sich auch eine Reihe kurdischer Linksextremisten unter Führung der orthodox-kommunistischen **„Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland“ (AKSA)** beteiligte.

Im Gefolge dieser tiefgreifenden Umwälzung im Iran wurden **„United Islamic Students Association“ (UISA)** zur dominierenden iranischen Studenten-Vereinigung im Bundesgebiet.

Die UISA ist eine religiöse Vereinigung islamisch-nationalistischer Anhänger des Ayatollah KHOMEINI, deren Mitglieder und Sympathisanten seit Jahren die politischen und religiösen Vorstellungen ihres Führers verbreitet haben und die seit der Eskalation der Ereignisse im Iran zu einem betont aggressiven Aktionismus übergegangen sind. Die Besetzung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Teheran am 4. November 1979 ermunterte Angehörige der UISA, auch im westlichen Ausland ähnliche Aktionen durchzuführen. So drang am 5. November 1979 eine Gruppe von iranischen Extremisten in das Gelände der US-Botschaft in Bonn-Bad Godesberg ein und forderte „die unverzügliche Überstellung des Massenmörders Schah an die Revolutionsgerichte des Iran“.

Die UISA entwickelt sich immer deutlicher zum „Sprachrohr“ des iranischen Regimes und tritt des öfteren durch Veranstaltungen und Demonstrationen, in denen sie zur „Solidarität mit der islamischen Regierung im Iran“ aufruft, öffentlich in Erscheinung. Darüber hinaus übt sie in Flugblattaktionen eine zuweilen ungezüg-

gelte Kritik an der Berichterstattung der Massenmedien über die Vorgänge im Iran.

4. Araber

Die im Bundesgebiet sich aufhaltenden Funktionäre palästinensischer Widerstandsorganisationen, etwa der sozialrevolutionär-nationalistischen AL FATAH, der marxistisch-leninistischen „**Volksfront für die Befreiung Palästinas**“ (PFLP) und der prosovietisch orientierten „**Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas**“ (DFLP), setzten die Bemühungen zur Stärkung ihres politischen Einflusses bei den in den palästinensischen und arabischen „Arbeiter- und Studentenvereinen“ organisierten Landsleuten fort.



Dennoch führte die allen gemeinsame scharfe Ablehnung des zwischen Ägypten und Israel geschlossenen Friedensvertrages zu keiner Einigung der noch immer zersplitterten Organisationen des palästinensischen Widerstandes. Während die im Nahen Osten operierenden Einheiten auf den Friedensschluß mit der Vorbereitung von Kommando-Unternehmen auch gegen Ziele in mehreren Ländern Westeuropas reagierten, wollen die im Bundesgebiet aktiven Vereinigungen ihren Protest mit publizistischen Mitteln fortsetzen.

So trat der „**Palästinensische Studentenverband**“ (PSV) mit seinen Mitgliedsvereinen an den Universitäten Karlsruhe, Tübingen, Freiburg und Konstanz vor allem mit Flugblattaktionen unter dem Motto: „NEIN zum israelisch-ägyptisch Separatvertrag ist ein JA zum Frieden!“ in Erscheinung. Die sozialrevolutionäre „**General-Union Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin**“ (GUAS), die ebenfalls den palästinensischen Widerstand unterstützt, sowie die ihr angeschlossenen „**Arabischen Studentenvereine**“ (ASV) an den Universitäten Heidelberg, Stuttgart, Tübingen und Freiburg polemisierten



GENERALUNION ARABISCHER STUDENTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND & WESTBERLIN

الاتحاد العام لطلبة العرب
في ألمانيا الغربية وبرلين الغربية

heftig gegen die Friedensbemühungen im Nahen Osten und bezeichneten diese als eine „imperialistische Verschwörung, die den Endsieg des arabischen Befreiungskampfes nicht verhindern kann“.

Aus Anlaß des 14. Jahrestages der „Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch den palästinensischen Widerstand“ führten palästinensische Arbeiter und Studenten aus Mannheim und Heidelberg sowie das vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) getragene „Nahost-Komitee Heidelberg“ am 7. Januar 1979 in Ludwigshafen am Rhein eine Solidaritätsveranstaltung unter dem Motto „14 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“ durch. Am 24. März 1980 gedachten die gleichen Organisationen – ebenfalls in Ludwigshafen – auf einer von 300 Personen besuchten Veranstaltung mit dem inoffiziellen Repräsentanten der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) beim Bonner Büro der „Liga der Arabischen Staaten“, Dr. AL FRANGI, der Schlacht zwischen Palästinensern und Israelis am 21. März 1968 bei Karameh. Dr. AL FRANGI erklärte, alle Palästinenser würden sich „gegen den sogenannten Friedensvertrag“ zwischen Ägypten und Israel wenden und gab erneut die Parole aus: „Revolution bis zum Sieg!“. In Flugblättern wurde der „Al-Karameh-Tag“ als „Tag der Würde“ verherrlicht und die Anerkennung der PLO als der „einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes“ durch die Bundesregierung gefordert.

In Stuttgart widmete sich die 1977 gegründete, über einen längeren Zeitraum jedoch inaktive „**Arabische Arbeiterschaft Stuttgart und Umgebung e. V.**“ wieder verstärkt der Mitgliederwerbung. Zugleich hat sich im Großraum Stuttgart ein weiterer Ausländerverein, die „**Arabische Arbeiterunion Stuttgart und Umgebung**“, gebildet.

Insgesamt sind freilich die palästinensischen und arabischen Vereinigungen im Jahre 1979 bezüglich Umfang und Militanz nicht mehr in gleicher Weise wie in den Vorjahren in der Öffentlichkeit aufgetreten.

5. Griechen

Die „**Kommunistische Partei Griechenlands**“ (**KKE**) ist noch immer in zwei sich gegenseitig befehdende Flügel gespalten: in die national-kommunistische **KKE-Inland** und in die prosovjetsch ausgerichtete **KKE-Ausland**.

Die KKE-Inland setzte die Bemühungen fort, ihre gegensätzliche Position zu dem prosovjetschen Flügel der Partei den griechischen Landsleuten verständlich zu machen und dadurch ihr insgesamt geringeres Anhängerpotential zu vergrößern. Zwar ist es der Partei gelungen, ihre Eigenständigkeit zu bewahren; größere Erfolge blieben ihr jedoch im Bundesgebiet versagt.

Die orthodox-kommunistische KKE-Ausland hat die auf ihrem X. Parteitag 1978 festgelegte Strategie der Funktionärsschulung und Mitgliederwerbung konsequent weiterverfolgt. Vor allem hat sie versucht, ihren Einfluß auf die Tätigkeit des „**Bundes Griechischer Gemeinden**“ (**OEK**) weiter zu verstärken. Erste Erfolge zeigten sich bereits bei den Wahlen in den örtlichen Gliederungen des OEK, wo es der Partei weithin gelang, ihre Funktionäre in die Vorstände wählen zu lassen. Aus dieser gestärkten Position heraus versuchte die KKE-Ausland, anstehende Probleme griechischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nach ihren Vorstellungen zu lösen. So wurden in einer Broschüre des OEK Vorschläge veröffentlicht, die unter anderem eine Änderung des Ausländergesetzes, eine Beteiligung der Ausländer an der kommunalen Selbstverwaltung und vor allem eine Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung für ausländische Kinder zum Ziele haben. Der Bund wird dabei – wie auch die KKE-Ausland selbst – in „brüderlicher Weise“ von der „**Deutschen Kommunistischen Partei**“ (**DKP**) unterstützt.

Die „**Kommunistische Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten**“ (**KKE-ML**) ist in den letzten Jahren zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Dies versuchte die „**Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands**“ (**ML-KKE**) für sich zu nützen, indem sie sich – freilich ohne nennenswerte Erfolge – bemühte, ihrer politischen Arbeit eine breitere, personelle Basis zu schaffen.

Der rechtsextremistischen „**Fortschrittlichen Vereinigung der Griechen in Deutschland e. V.**“ (**PEEG**) ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, mehr Resonanz bei ihren Landsleuten zu gewinnen. Auch die Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit mit dem rechtsextremistischen „**Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e.V.**“ (**CTIM**) und die gemeinsame Gründung eines „**Koordinierungskomitees der europäischen antikommunistischen Emigranten**“ brachten nicht den erwarteten Auftrieb.

6. Italiener

Die eurokommunistische Tendenzen verfolgende „**Kommunistische Partei Italiens**“ (PCI) konnte ihre für das Jahr 1979 gesteckten Ziele nur zum Teil verwirklichen: Es gelang ihr zwar, die Partei organisatorisch zu straffen, ein weitergehender Erfolg in Gestalt eines Mitgliederzuwachses blieb ihr indes versagt. Ihre Gesamtmitgliederzahl im Bundesgebiet blieb mit rund 4200 gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert.

Bei ihrer politischen Arbeit stützt sich die PCI vor allem auf den von ihr beeinflussten „Italienischen Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien“ (FILEF), der mit fast 7000 Mitgliedern ihre aktivste Hilfsorganisation im Bundesgebiet ist. Allerdings kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß keineswegs alle Mitglieder der FILEF mit den Zielen der PCI übereinstimmen; viele sind dem Verband in erster Linie deshalb beigetreten, um Kontakte zu Landsleuten zu pflegen. Den rasch und deutlich spürbaren kommunistischen Einfluß nehmen sie dabei in Kauf.

Wahlwerbung der neofaschistischen MSI-DN zur Europawahl 1979

■ **CON GLI EMIGRANTI
A DESTRA**



■ **PER L'EUROPA DI
CHI LAVORA**

■ **VOTARE PER CAMBIARE**

■ **PER UNA ITALIA ORDINATA
IN UNA EUROPA LIBERA**

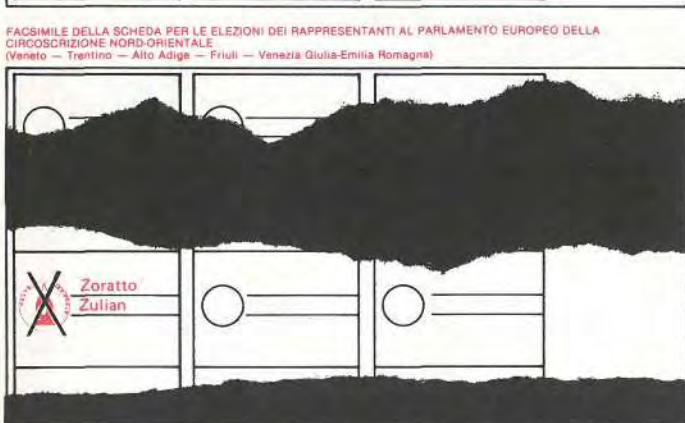
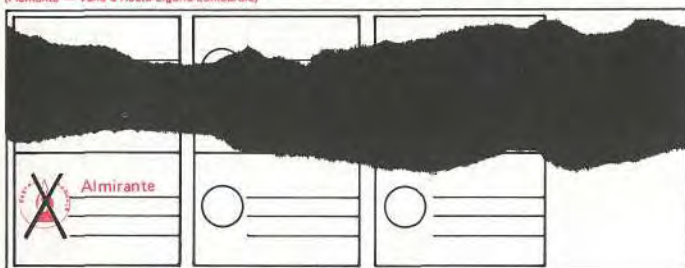


COME SI VOTA

Si vota segnando una croce sulla Fiamma, a fianco si possono anche segnare le preferenze scrivendo il nome o il numero del candidato.

Dem rechtsextremistischen „**Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (CTIM)**“, das seinen Sitz in Stuttgart hat, gehören bundesweit etwa 3500 Mitglieder an, davon allein in Baden-Württemberg etwa 1200. Mit 15 sogenannten Sektionen und Kontaktstellen ist das CTIM in unserem Land am stärksten vertreten. Seine offizielle Aufgabe ist es, italienische Arbeitnehmer im Ausland sozial und kulturell zu betreuen. Einen beträchtlichen Teil seiner Aktivität widmet das CTIM in Wahrheit jedoch der politischen Beeinflussung italienischer Landsleute im Sinne der neofaschistischen „**Italienischen Sozialen Bewegung – Nationale Rechte**“ (MSI-DN).

Der Generalsekretär der MSI-DN, Giorgio ALMIRANTE, wurde im Mai 1979 aus Anlaß des im Zusammenhang mit der Europawahl stehenden „Europatages der italienischen Emigranten“ in Stuttgart von mehr als 500 Landsleuten aus dem Bundesgebiet und Abordnungen der CTIM-Komitees aus Belgien, Holland, der Schweiz und Frankreich stürmisch gefeiert.



Im Oktober 1979 berichtete der Generalsekretär des CTIM, Bruno ZORATTO, Stuttgart, im Parteiorgan der MSI-DN, „Secolo d'Italia“, über die Zusammenarbeit zwischen dem CTIM und der rechtsextremistischen griechischen „**Fortschrittlichen Vereini-**

Ausriß aus der Wahlwerbung der neofaschistischen MSI-DN zur Europawahl 1979

gung der Griechen in Deutschland" (PEEG) sowie über die Gründung eines „Koordinierungskomitees der europäischen anti-kommunistischen Emigranten“, das angeblich dem Zweck dienen soll, in gemeinsamen Aktionen die „Feinde der Freiheit“ zu entlarven.

7. Jugoslawen

Obwohl Baden-Württemberg im Jahre 1979 von politisch motivierten Gewaltaktionen kroatischer Extremisten verschont blieb, ist unser Land weiterhin Schwerpunktgebiet und bevorzugte Operationsbasis militanter kroatischer Emigrantenvereinigungen. Im Rahmen ihrer fortdauernden Agitation griffen diese Organisationen, denen in Baden-Württemberg insgesamt etwa 500 Mitglieder zuzurechnen sind, in aller Schärfe die politischen Verhältnisse in Jugoslawien – vor allem die angebliche Unterdrückung der Minderheiten durch die Serben – an und forderten, notfalls unter Anwendung von Gewalt, die Errichtung eines unabhängigen Staates Kroatien.

Erneut war diese Forderung sodann in einem von kroatischen Extremisten im Bundesgebiet verbreiteten Flugblatt, in dem unter anderem die „10 Gebote eines kroatischen Revolutionärs“ abgedruckt sind, enthalten. Wiederum wurde unverhohlen zum bewaffneten Kampf aufgerufen. Ferner verlangten die Urheber, jeder kroatische „USTASCHA“ habe für die Errichtung eines „kroatischen Armee- und Revolutionsstabes“ zu votieren, der die „Pflicht zur Mobilisierung aller Patrioten in der ganzen Welt im Kampf für die Erneuerung des UNABHÄNGIGEN STAATES KROATIEN und der Vernichtung des serbokommunistischen Jugoslawien“ übernehmen müsse.

In diesem Zusammenhang läßt sich auch zusehends deutlicher erkennen, daß manche kroatischen Extremisten sogar eine sowjetische Okkupation in Kauf nehmen würden, wenn ihr mit großem Fanatismus verfolgtes Ziel der Wiedererrichtung eines kroatischen Staates anders nicht zu erreichen wäre. So veröffentlichte die in Lund/Schweden erscheinende Emigranten-Zeitschrift „HRVATSKI LIST“ (Kroatische Berichte) im September 1979 einen Beitrag der im Bundesgebiet seit dem Jahre 1968 verbotenen „**Kroatischen Revolutionären Bruderschaft**“ (HRB) mit der Überschrift: „Wir verteidigen nicht, wir vernichten Jugoslawien“. Darin wird die Ansicht vertreten, daß eine russische Okkupation Kroatiens zwar schwer zu ertragen wäre, dabei aber zu bedenken sei, daß unter dem „Druck und Terror des Jugoslawentums“ das kroatische nationale Wesen seine Eigenständigkeit verliere, denn „alle Okkupationen jugoslawischer Diktatoren“ seien auf die „Auslöschung des kroatischen Namens“ gerichtet. Deshalb sei es besser, ein „Kroaten-Sklave“ als ein „Nichts, ein Jugoslawe“ zu sein.

Soweit Aktivitäten kroatischer Extremisten in die Öffentlichkeit drangen, gingen sie fast ausschließlich vom „**Kroatischen Nationalrat**“ (HNV), einer nationalistischen Dachorganisation kroati-

scher Emigrantenvereinigungen, aus. So führte im Juni 1979 der „Koordinationsausschuß der HNV-Ortsverbände in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit albanischen Emigranten in Stuttgart, dem Sitz des Ausschusses, eine Kundgebung durch. Das Motto der Veranstaltung „II. Kroatischer Tag der Menschenrechte“ fand auch Verwendung bei der Herstellung von Aufklebern, die im gesamten Stadtgebiet zu sehen waren. Leiter der Kundgebung war der führende HNV-Funktionär Petar HINIC, Stuttgart.

Ein weiterer Anlaß für den HNV, an die Öffentlichkeit zu treten, war die Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt/M., das im September 1979 die förmliche Auslieferung des Exilkroaten Ljubomir DRAGOJA an Jugoslawien für zulässig erklärt hatte. In diesem Zusammenhang kam es zu mehreren Protestaktionen kroatischer Extremisten; eine gewisse Beruhigung kehrte erst wieder ein, als die Bundesregierung am 15. Dezember 1979 die Auslieferung DRAGOJAs an Jugoslawien abgelehnt hatte.

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

Die geheimdienstlichen Operationen kommunistischer Nachrichtendienste gegen die Bundesrepublik Deutschland dauern an.

*Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg
Zeitraum 1970–1979
(aus Sicherheitsgründen können nur Prozent- und keine absoluten Zahlen genannt werden)*

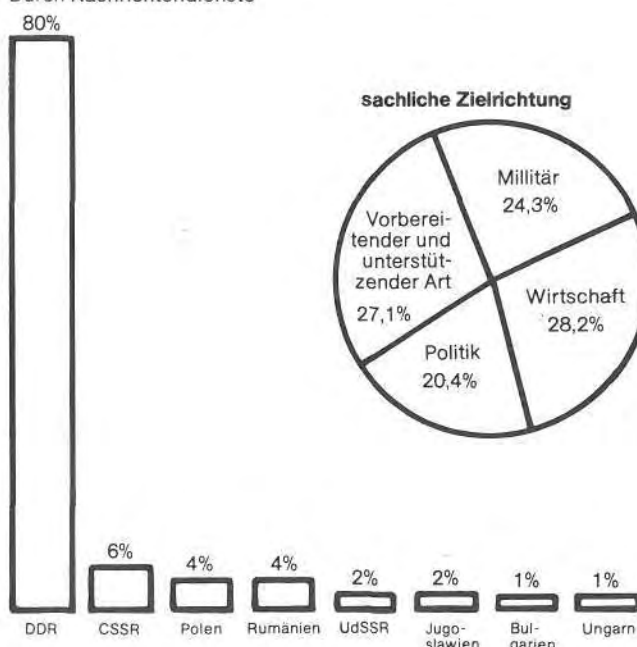
1. Allgemeiner Überblick

Herausragendes Ereignis des Jahres 1979 war der Übertritt des ehemaligen Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Oberleutnant STILLER, in die Bundesrepublik Deutschland.

Werner STILLER arbeitete bis Januar 1979 als operativer Führungsoffizier in der Abteilung XIII der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des MfS, dem Auslandsnachrichtendienst der DDR. Seine Aussagen führten zu Ermittlungen, deren Ergebnis unter anderem die Enttarnung von 60 mutmaßlichen Agenten war, die in der Bundesrepublik Deutschland auf die Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft angesetzt waren.

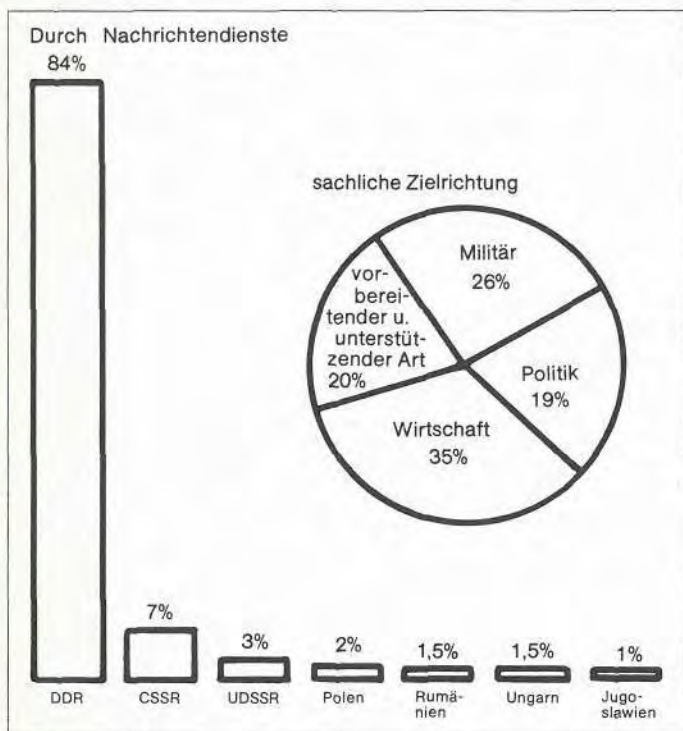
Die Steigerung der Zahl der in Baden-Württemberg erkannten Werbungen und Werbungsversuche, die insbesondere von Nachrichtendiensten der Staaten des Warschauer Paktes ausgingen, läßt das verstärkte Bemühen dieser Dienste erkennen, erlittene Rückschläge durch die Werbung neuer Agenten auszugleichen. In

Durch Nachrichtendienste



ihr spiegelt sich aber auch die ansteigende Zahl der Selbstgestellter und eine verbesserte Aufklärungsquote als Arbeitsergebnis des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Das sachliche Schwergewicht der gegnerischen Ausspähungsmaßnahmen lag in Baden-Württemberg mit 35% bei der **Wirtschaftsspionage**, gefolgt von der **militärischen Spionage** mit 26% und der **politischen Spionage** mit 19%. Die übrigen Aufträge waren vorbereitender und unterstützender Art (siehe Schaubilder 1 und 2).



Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg im Jahr 1979

Von der Wirtschaftsspionage bedroht, teilweise bereits betroffen sind die Elektroindustrie, die Elektronische Datenverarbeitung, Forschungsstätten der Wirtschaft, die optische Industrie und Rüstungsbetriebe.

Jeder vierte Spionageauftrag richtete sich gegen Kasernen und andere militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO.

Ziele der politischen Spionage waren insbesondere Verwaltungsbehörden, die Ostemigration, Universitäten und Parteien.

Gegenüber 1978 ging die Zahl der beim Landesamt für Verfassungsschutz insgesamt angefallenen Verdachtshinweise auf vermutete Spionageaktivitäten leicht zurück. Dagegen stieg die Zahl der Fälle, bei denen ein Kontakt zu einem kommunistischen Nachrichtendienst festgestellt wurde (Erkenntnisfälle), um 15% an.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte im Jahre 1979 zwei Personen rechtskräftig wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR zu Freiheitsstrafen von je einem Jahr. Die Vollstreckung der Strafen wurde zur Bewährung ausgesetzt (vgl. hierzu im einzelnen Nr. 5.1).

2. Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste

Werbungen, Werbungsversuche und Aufträge sind **operative Spionageaktivitäten**; sie verdeutlichen die von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Spionagebedrohung. Erkenntnisfälle schließen die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete nachrichtendienstliche Tätigkeit ein, berücksichtigen darüber hinaus aber auch Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten, bei denen es weder zu Werbungen noch zur Erteilung von Aufträgen gekommen ist.

2.1 Werbungen, Werbungsversuche 1979

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	81 (77)
CSSR	9 (13)
UdSSR	6 (—)
Polen	6 (5)
Jugoslawien	2 (5)

() Zahlen des Vorjahres

2.2 Aufträge 1979

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	84 (77)
CSSR	7 (3)
UdSSR	3 (1)
Polen	2 (10)
Rumänien	1,5 (7)
Ungarn	1,5 (—)
Jugoslawien	1 (1)
Bulgarien	— (1)

() Zahlen des Vorjahres

Einer weiteren Verdeutlichung der nachrichtendienstlichen Werbungs- und Auftragsstätigkeiten der Staaten des kommunistischen Machtbereichs gegen die Bundesrepublik Deutschland dienen für den Zeitraum 1970–1979 die Schaubilder 3 und 4.

2.3 Erkenntnisfälle 1979

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent
DDR	41 (52)
Rumänien	29 (21)
CSSR	10 (11)
Polen	10 (7)
UdSSR	7 (4)
Ungarn	2 (1)
Jugoslawien	1 (3)
Bulgarien	— (1)

() Zahlen des Vorjahres

3. Die Werbung von Agenten

3.1 Kontakthanlässe

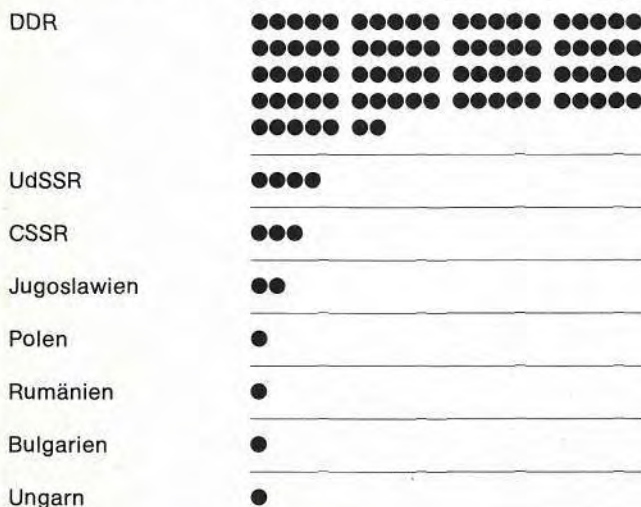
Kontakte von Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland zu gegnerischen Nachrichtendiensten ergaben sich zum überwiegenden Teil während eines Aufenthalts im kommunistischen Machtbereich. Verwandtenbesuche, Messe-, Urlaubs- und Geschäftsreisen waren die häufigsten Kontakthanlässe.

Bei Reisen in die DDR bleibt den dortigen Nachrichtendiensten vor der Einreise von Besuchern noch ausreichend Zeit, um anhand

Erkannte Werbungen und Werbungsversuche

Zeitraum 1970–1979

Durch Nachrichtendienste



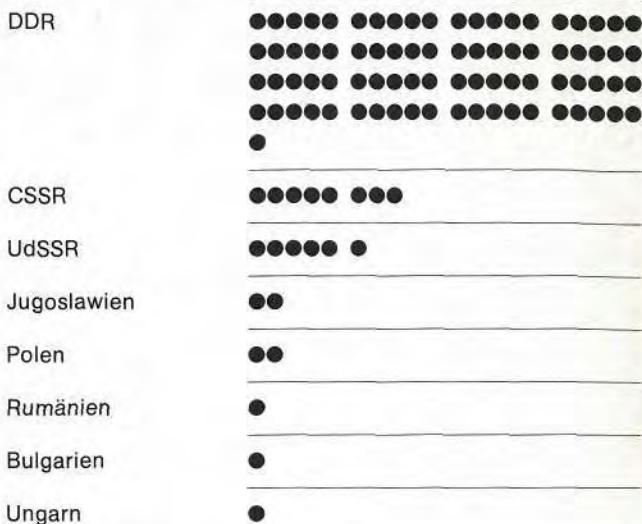
Erkannte Werbungen und Werbungsversuche
Zeitraum 1970–1979
(aus Sicherheitsgründen können nur Verhältnis- und keine absoluten Zahlen genannt werden)

Erkannte Werbungen
und Werbungsversuche
1979
(aus Sicherheitsgründen
können nur Verhältnis-
und keine absoluten Zah-
len genannt werden)

Erkannte Werbungen und Werbungsversuche

1979

Durch Nachrichtendienste



der eingereichten Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung die für ihre Zwecke interessanten und geeignet erscheinenden Personen auszuwählen. Das zu verwendende Antragsformular enthält Fragen nach allen für eine Kontaktierung wichtigen Daten des Einreisewilligen. Die verlangten Angaben werden vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ausgewertet.

Die Darstellung der Aktivitäten der Ostblock-Nachrichtendienste veranschaulicht den herausragenden Platz der DDR-Nachrichtendienste. Aus Sicherheitsgründen können nur Prozent- und keine absoluten Zahlen genannt werden.

Zielpersonen waren insbesondere Angehörige des öffentlichen Dienstes und Personen, von denen aufgrund ihrer Ausbildung, ihres Arbeitsplatzes, ihrer gesellschaftlichen Position und ihrer derzeitigen oder für die Zukunft zu erwartenden Zugangsmöglichkeiten nachrichtendienstlich interessante Informationen zu erwarten sind. Ihre Ansprache erfolgt meist unter „falscher Flagge“ und unter „Legende“, wobei der Angesprochene über den wahren Auftraggeber und die wirkliche Natur der ihm angesonnenen Tätigkeit getäuscht wird.

Bei den außerhalb des kommunistischen Machtbereichs angesprochenen Personen erfolgte die erste nachrichtendienstliche Kontaktaufnahme hauptsächlich brieflich oder telefonisch, häufig

nach Stellengesuchen in überregionalen Tageszeitungen und Fachzeitschriften.

Angeschrieben wurden vor allem Journalisten, Ingenieure und Studenten. Die ihnen angebotene Nebenbeschäftigung hatte die Berichterstattung über bestimmte Fachbereiche – meist Wirtschaft und Technik – oder allgemein eine „freie Mitarbeit“ zum Gegenstand. Studenten wurden in der Regel zu fachbezogenem Informationsaustausch oder zur Diskussion allgemeiner studentischer Probleme aufgefordert.

Bei Personen mit Wohnsitz in der DDR oder in anderen Ländern des kommunistischen Machtbereichs führen oft Bemühungen um Übersiedlung oder Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, Westreisen, Westkontakte und nicht zuletzt auch Gefängnisaufenthalte zu einer nachrichtendienstlichen Ansprache.

3.2 Werbungsverfahren

Die Werbungspraktiken der kommunistischen Nachrichtendienste haben sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert. Täuschungen, das Inaussichtstellen oder Gewähren von Vorteilen verschiedenster Art, ferner die Ausnützung menschlicher Beziehungen und charakterlicher Schwächen, nicht selten auch Drohungen und Nötigungen in offener oder versteckter Form gehören zu den Methoden, die diese Nachrichtendienste bei Werbungen anwenden.

4. Die Führung von Agenten

Für die geheimdienstliche Ausspähung der Bundesrepublik Deutschland setzen die Nachrichtendienste vor allem der Staaten des Warschauer Paktes überwiegend Einzelagenten ein, die vom kommunistischen Machtbereich aus, aber auch von sogenannten „legalen Residenturen“ – das sind nachrichtendienstliche Stützpunkte in amtlichen und halbamtlichen Auslandsvertretungen – geführt werden.

Das wichtigste Führungsmittel ist der persönliche Treff des Agenten mit seinem Führungsoffizier. Wegen des geringen Risikos und infolge des von westlichen und neutralen Ländern freizügig gestalteten Reiseverkehrs bevorzugen die kommunistischen Nachrichtendienste auch weiterhin Trefforte im eigenen Machtbereich – vor allem Ostberlin –. Daneben werden die nachrichtendienstlichen Verbindungen über Instruktoren, Kuriere, tote Briefkästen (TBK), Deckadressen und Geheimschriften sowie über Telefon und Agentenfunk aufrechterhalten.

Genießt der Agent das Vertrauen der Führungsstelle und gilt es, ihn in besonderem Maße zu schützen, etwa weil er Geheimnisträger ist oder sich aus anderen Gründen durch häufige Berlin-Reisen verdächtig machen würde, so werden Treffs gelegentlich auch im Bundesgebiet sowie im westlichen und neutralen Ausland abgewickelt.

5. Einzelfälle

Im folgenden werden zwei die kommunistischen Nachrichtendienste und ihre Arbeit kennzeichnende aktuelle Vorgänge dargestellt:

5.1

Am 13. November 1979 verurteilte der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart das Ehepaar Harald und Valerie L. wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit u. a. zu je einem Jahr Freiheitsstrafe. Die Vollstreckung der Strafen wurde zur Bewährung ausgesetzt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Der Verurteilung waren umfangreiche nachrichtendienstliche Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz vorausgegangen, die am 26. August 1978 zur Festnahme des Ehepaares L. durch Beamte des Landeskriminalamtes führten.

Aufgrund der Geständnisse und des vorliegenden Beweismaterials sah es das Gericht als erwiesen an, daß das Ehepaar L. von 1975 bis 1978 für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR geheimdienstlich gegen die Bundesrepublik Deutschland tätig gewesen war.

Anläßlich einer im Sommer 1975 durchgeführten Besuchsreise in die DDR wurde Harald L. von MfS-Mitarbeitern angeworben. Auftragsgemäß führte er wenig später seine damalige Freundin und jetzige Ehefrau Valerie dem MfS zu. Beide verpflichteten sich im November 1975 auch förmlich gegenüber ihrem Auftraggeber. Ihren drei Führungsoffizieren, die sich „Rudolf“, „Exner“ und „Wenzel“ nannten, und die ihnen unter anderem Decknamen und eine Deckadresse sowie Codewörter für den Fall mißlungener Aktionen gaben, beschaffte das Ehepaar L. bis Juli 1978 das jeweils gewünschte Material und befolgte sonstige Weisungen. Zwischen September 1975 und Juli 1978 traf sich Harald L. rund zwanzigmal mit seinen Führungspersonen in Ostberlin. Valerie L. nahm an mindestens zwölf dieser Treffs teil.

Für seine nachrichtendienstliche Tätigkeit erhielt das Ehepaar L. insgesamt ca. 30 000,— DM.

5.2

Der 30jährige Konstrukteur Walter H. suchte über eine Annonce im „Mannheimer Morgen“ einen neuen freiberuflichen Wirkungskreis im Maschinen- und Metallbau. Zwei Tage später erhielt er den Anruf eines „Hans Dörner“ aus Berlin, der ihm eine „interessante Tätigkeit“ offerierte. Einzelheiten des Angebots sollten bei einem Gespräch im Interhotel „Berolina“ in Ostberlin erörtert werden. Ein Gesprächstermin wurde sofort am Telefon vereinbart. Wegen des ihm eigenartig erscheinenden Anrufs aus Ostberlin kamen Herrn H. jedoch nachträglich Bedenken, die ihn veranlaßten, sich noch vor dem Reisetermin über den Hintergrund des Angebots zu erkundigen. Er erfuhr dadurch rechtzeitig von

dem Versuch eines DDR-Nachrichtendienstes, mit ihm in Kontakt zu treten.

Hans Dörner ist nach Erkenntnissen der Behörden für Verfassungsschutz ein bereits aus mehreren Fällen bekannter Telefon- und Briefanbahner eines DDR-Nachrichtendienstes.

6. Folgerungen

Die Erfolge der Abwehr im Jahr 1979 zeigen, daß die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland imstande sind, den verstärkten Spionageaktivitäten fremder Mächte wirksam zu begegnen. Nicht zuletzt eine sachgerechte Aufklärung der Bevölkerung über deren Ausspähungsziele und -methoden mindert die Gefährlichkeit der hierzulande operierenden kommunistischen Nachrichtendienste beträchtlich. Dies beweist die wachsende Zahl derjenigen Bundesbürger, die nach einer nachrichtendienstlichen Ansprache – anstatt sich in eine Agententätigkeit zu verstricken und dadurch früher oder später Strafverfolgung gewärtigen zu müssen – den besseren Weg wählt und sich rechtzeitig an den Verfassungsschutz wendet.

Gruppen- und Organisationsregister

	Seite
A	
Aktion Neue Rechte (ANR)	65
Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)	65, 70 ff.
Arabische Arbeiterschaft Stuttgart und Umgebung e. V.	97
Arabische Arbeiterunion Stuttgart und Umgebung	97 f.
Arabische Studentenvereine (ASV)	97
B	
Bewegung 2. Juni	18, 19
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI)	68 f.
Bund für Deutsche Einheit – Aktion Oder-Neiße (AKON)	81
Bund Griechischer Gemeinden (OEK)	98
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	83 f.
Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)	44
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	48
C	
Conföderation Iranischer Studenten – National-Union (CISNU)	95 f.
D	
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	96 f.
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	59
Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG)	70 ff., 75 f.
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	67 f.
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	59
Deutsche Friedensunion (DFU)	59 f.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	17 f., 40 ff., 48 ff., 55 ff., 98
Deutsche Volksunion (DVU)	81 ff.
Deutscher Block (DB)	81
E	
Europäische Freiheitsbewegung	67 f.
F	
Fantasia-Solidaritätskomitee	25

	Seite
Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa (ADÜTDF)	93ff.
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	92f.
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FIDEF)	91f.
Föderation türkischer Volksvereinigung in Europa (HBF)	93
Fortschrittliche Vereinigung der Griechen in Deutschland e.V. (PEEG)	98, 100f.
Forum Neue Erziehung (FNE)	41
Freiheitlicher Rat	81
G	
Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter – Bundesverband e.V. (GOG-BV)	81
General-Union Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (GUAS)	97
Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV)	35
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	47f.
Gruppe 9. Juni	24
H	
Hochschulring Tübinger und Reutlinger Studenten e.V.	70
I	
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)	95f.
Iranische Studentenvereine (ISV)	
Italienische Soziale Bewegung – Nationale Rechte (MSI-DN)	100f.
Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien (FILEF)	99
J	
Jugendbund ADLER (JBA)	81
Junge Nationaldemokraten (JN)	64, 67, 78, 80f.
Junge Pioniere (JP)	55, 57f.
K	
Kampfgruppe Priem e.V. (KGP)	70ff.
Komitee für Demokratie und Sozialismus (KDS)	17, 32, 46f.

	Seite
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	59
Komitee für Italiener in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (CTIM)	99f.
Komitee gegen § 218	35
Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)	35, 62f.
Kommunistische Liga (KL)	48
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	16f., 40ff., 62ff.
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	16f., 36ff., 39ff., 62f.
Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) (Ausland)	98
Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) (Inland)	98
Kommunistische Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten (KKE-ML)	98
Kommunistische Partei Italiens (PCI)	99f.
Kommunistische Studentengruppen (KSG)	44, 62f.
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	43ff., 62ff.
Kommunistischer Bund (KB)	17f., 44ff.
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	17f., 28ff., 32ff., 46, 62ff., 97
Kommunistischer Jugendbund (KJB)	35
Kommunistischer Jugendverband (KJVD)	42
Kommunistischer Studentenbund Marxisten-Leninisten (KSB/ML)	37f.
Kommunistischer Studentenverband (KSV)	42, 62
Konföderation der Studenten aus der Türkei (TÖK)	92f.
Koordinierungskomitee der europäischen antikommunistischen Emigranten	98, 101
Kroatischer Nationalrat (HNV)	101f.
L	
Liberty Bell Publications	77
Liga der Arabischen Staaten	97
Liga gegen den Imperialismus	42
M	
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechen- lands (ML-KKE)	98
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	55, 60, 61f.

	Seite
N	
Nahost-Komitee Heidelberg	97
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	64, 67, 77 ff.
National-Freiheitliche Rechte	64, 81 ff.
Nationale Heilspartei (MSP)	94 f.
Naturpolitische Volkspartei (NPV)	65
NS-Gruppen	67 ff., 70 ff., 76, 80 f.
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisationen (NSDAP-AO)	75, 77 f.
P	
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)	97
Palästinensischer Studentenverband (PSV)	96 f.
Partei der Arbeit Albaniens (PAA)	36
Partei der Nationalen Bewegung (MHP) – türkische –	90, 93 ff.
R	
Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten (RB)	65
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)	38 f.
Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB)	38 f.
Revolutionäre Zellen	15 f., 18, 27 f.
Rote Armee Fraktion (RAF)	15 f., 18 ff., 20 ff., 24 ff.
Revolutionärer Jugendverband Deutschland (RJVD)	43 f.
Rote Garde	38
Rote Hilfe e. V. (RH)	41
Rote Hilfe Deutschlands (RHD)	38 f.
S	
Soldaten- und Reservistenkomitee (SRK)	35
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	48
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	55 ff., 60
Sozialistischer Hochschulbund (SHB)	62, 63
Sozialistischer Jugendbund (SJB)	48
Spartacusbund	48
Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATÖF)	92 f.
T	
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	93

	Seite
Türkische Kommunistische Partei (TKP)	90f.
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	92f.
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit (TBOEK)	92
U	
United Islamic Students Association (UISA)	95
V	
Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands – Einigkeit und Recht und Freiheit	65
Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)	95
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	59, 60
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (VRV-SR)	35f.
Vereinigung Kultur und Volk (VKV)	42
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)	83
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	96
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden (Volksfront)	38, 39ff.
W	
Wehrsportgruppe HOFFMANN (WSG)	68 ff.
White Power Publications	77
Wiking-Jugend (WJ)	67, 72, 81, 84 ff.

Impressum

**Herausgeber und
verantwortlich
für den Inhalt:**

Innenministerium
Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Layout und Produktion:

Klaus Grundgeiger,
Andreas Karl
Heusteigstraße 86A
7000 Stuttgart 1

Fotos:

Joachim Bertsch
Heusteigstraße 86A
7000 Stuttgart 1

Druck:

Druckerei Maisch + Queck
7016 Gerlingen

Nachdruck nur
mit Genehmigung
des Herausgebers